

31. Sitzung

am Dienstag, dem 7. Dezember 2021

Inhalt

Fragestunde

Anfrage 1: Inklusive Beschulung von Kindern und Jugendlichen mit einer Diagnose im Autismus-Spektrum

Anfrage der Abgeordneten
Christopher Hupe, Dr. Solveig Eschen,
Björn Fecker und Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen
vom 10. November 2021 1708

Anfrage 2: Bismarck und Kolonialismus

Anfrage der Abgeordneten Ralph
Saxe, Kai-Lena Wargalla, Björn Fecker
und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 10. November 2021 1711

Anfrage 3: Wie stellt sich die Verkehrsentwicklung in Oslebshausen dar?

Anfrage der Abgeordneten Hartmut
Bodeit, Heiko Strohmann und Fraktion
der CDU
vom 12. November 2021 1716

Anfrage 4: Wann wird der Kleingartenentwicklungsplan 2025 vorgelegt?

Anfrage der Abgeordneten Martin
Michalik, Silvia Neumeyer, Heiko
Strohmann und Fraktion der CDU
vom 16. November 2021 1717

Anfrage 5: Alkoholkonsumverbot am Bremer Hauptbahnhof?

Anfrage der Abgeordneten Marco
Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion
der CDU
vom 16. November 2021 1719

Die schriftlich beantworteten Anfragen der Fragestunde finden Sie im Anhang.

Aktuelle Stunde

Die schwarzen Kassen der Bildungsbehörde – Nachlässigkeit oder System?

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP).....1721
Abgeordnete Miriam Strunge (DIE
LINKE).....1723
Abgeordneter Christopher Hupe (Bündnis
90/Die Grünen).....1726
Abgeordnete Gönül Bredehorst (SPD).....1727
Abgeordnete Yvonne Averwesser (CDU).....1728
Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP).....1730
Senatorin Sascha Karolin Aulepp1730

**Wirtschaftliche Sanierung des öffentlichen Klinikverbunds Gesundheit Nord gGmbH (GeNo) – Forderung nach Vorlage einer Personalstrategie
Antrag der Fraktion der CDU vom 28. September 2021
(Drucksache 20/508 S)**

Abgeordneter Rainer Bensch (CDU).....1732
Abgeordneter Arno Gottschalk (SPD)1733
Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp (DIE
LINKE).....1734
Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis
90/Die Grünen)1735
Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP).....1737
Abgeordneter Rainer Bensch (CDU).....1738
Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis
90/Die Grünen).....1739
Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp (DIE
LINKE).....1739

Abgeordneter Arno Gottschalk (SPD)	1741
Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP)	1742
Senatorin Claudia Bernhard.....	1742
Abgeordneter Rainer Bensch (CDU)	1745
Abstimmung	1745

**Taubenpopulation durch die zügige
Errichtung öffentlicher Taubenschläge
kontrollieren und reduzieren!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 8. Dezember 2021
(Drucksache 20/367 S)**

**Taubenpopulation durch die zügige
Errichtung öffentlicher Taubenschläge
kontrollieren und reduzieren!
Bericht und Antrag der städtischen
Deputation für Klima, Umwelt,
Landwirtschaft und Tierökologie
vom 16. September 2021
(Drucksache 20/502 S)**

Abgeordnete Silvia Neumeyer (CDU)	1746
Abgeordneter Olaf Zimmer (DIE LINKE)	1747
Abgeordneter Philipp Bruck (Bündnis 90/Die Grünen).....	1747
Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP)	1748
Abgeordneter Arno Gottschalk (SPD)	1749
Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer	1750
Abgeordnete Silvia Neumeyer (CDU)	1752
Abstimmung	1752

**Ortsgesetz zur Änderung ortsrechtlicher
Regelungen im Bereich der kommunalen
Abfallentsorgung
Mitteilung des Senats vom 23. November
2021
(Drucksache 20/622 S)**

Dazu

**Änderungsantrag der Fraktionen der
SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE
LINKE
vom 7. Dezember 2021
(Drucksache 20/641 S)**

Abgeordneter Martin Michalik (CDU)	1752
Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen).....	1753
Abgeordneter Arno Gottschalk (SPD)	1754
Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp (DIE LINKE).....	1755
Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP)	1756

Abgeordneter Arno Gottschalk (SPD)	1757
Abgeordneter Martin Michalik (CDU)	1759
Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen)	1759
Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.....	1760
Abstimmung	1762

**172. Ortsgesetz über eine
Veränderungssperre nach dem
Baugesetzbuch für die Grundstücke
innerhalb des Geltungsbereichs des
Bebauungsplans 2535 für ein Gebiet in
Bremen-Obervieland zwischen
Kattenturmer Heerstraße, Neuenlander
Straße und dem Flughafen Bremen
Mitteilung des Senats vom 23. November
2021
(Drucksache 20/623 S).....** 1763

**Erstes Gesetz zur Änderung des
Haushaltsgesetzes der Freien Hansestadt
Bremen (Stadtgemeinde) für das
Haushaltsjahr 2021
Mitteilung des Senats vom 30. November
2021
(Drucksache 20/632 S).....** 1763

**Bericht des städtischen
Petitionsausschusses Nr. 23
vom 3. Dezember 2021
(Drucksache 20/638 S).....** 1763

**Viertes Ortsgesetz zur Änderung des
Ortsgesetzes über die Beiträge für die
Kindergärten und Horte der
Stadtgemeinde Bremen und Vorlage des
Evaluierungsberichtes
Mitteilung des Senats vom 7. Dezember
2021
(Drucksache 20/640 S).....** 1763

Anhang zum Plenarprotokoll

Schriftlich vom Senat beantwortete
Anfragen aus der Fragestunde der
Stadtbürgerschaft vom 7. Dezember 2021 1765

**Anfrage 6: Landesmindestlohn bei der
Fremdvergabe von
Reinigungsleistungen durch
Immobilien Bremen**

Anfrage der Abgeordneten Ingo Tebje,
Sofia Leonidakis und Fraktion DIE
LINKE
vom 16. November 2021 1765

Anfrage 7: Entstehen Schüler:innen, die sich bei Klassenfahrten in Schullandheime für vegetarische beziehungsweise vegane Kost entscheiden, Mehrkosten?

Anfrage der Abgeordneten Philipp Bruck, Christopher Hupe, Jan Saffe, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16. November 2021 1766

Anfrage 8: Photovoltaikanlage für das neue Hallenbad in Horn

Anfrage der Abgeordneten Ingo Tebje, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 16. November 2021 1766

Anfrage 9: Mit sicherem Gefühl ins Theater – Angebot von 2G-Plus-Abenden in Bremer Kultureinrichtungen

Anfrage der Abgeordneten Kai-Lena Wargalla, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16. November 20211767

Anfrage 10: Wann gibt es Planungssicherheit für das Klinikum Links der Weser?

Anfrage der Abgeordneten Rainer Bensch, Sandra Ahrens, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 23. November 20211768

Anfrage 11: Straßenbahnverlegung aus der Obernstraße

Anfrage der Abgeordneten Hartmut Bodeit, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 30. November 20211769

Konsensliste1770

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Sandra Ahrens, Jens Eckhoff, Uwe Felgenträger, Mazlum Koc, Carsten Meyer-Heder, Mustafa Öztürk, Ilona Osterkamp-Weber, Muhammet Tokmak, Falk-Constantin Wagner.

Präsident Frank Imhoff eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr.

Präsident Frank Imhoff: Die 31. Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Medien.

Zur Reihenfolge der Tagesordnungspunkte wurde vereinbart, dass im Anschluss an die Aktuelle Stunde Tagesordnungspunkt 7 aufgerufen wird. Es wurde außerdem vereinbart, dass eine Behandlung des Tagesordnungspunktes 11 in dieser Sitzung sichergestellt werden soll.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, die Sie der digital versandten Tagesordnung mit Stand von heute, 13 Uhr, entnehmen können. Dieser Tagesordnung können Sie auch die Eingänge gemäß § 37 der Geschäftsordnung entnehmen, bei denen interfraktionell vereinbart wurde, sie nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen. Es handelt sich um den Tagesordnungspunkt 19 und den Tagesordnungspunkt 20.

Meine Damen und Herren, weiterhin haben Sie für diese Sitzung die Konsensliste übermittelt bekommen. Es handelt sich um die Zusammenfassung der Vorlagen, die ohne Debatte und einstimmig behandelt werden sollen. Auf dieser Liste stehen die Tagesordnungspunkte 13, 14, und 18.

Um diese Punkte im vereinfachten Verfahren zu behandeln, bedarf es eines einstimmigen Beschlusses der Stadtbürgerschaft.

Ich lasse jetzt darüber abstimmen, ob eine Behandlung im vereinfachten Verfahren erfolgen soll. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit dem vereinfachten Verfahren einverstanden.

(Einstimmig)

Ich lasse jetzt gemäß § 22 der Geschäftsordnung über die Konsensliste selbst abstimmen.

Wer der Konsensliste seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt der Konsensliste zu.

(Einstimmig)

Nachträglich wurde interfraktionell vereinbart, die miteinander verbundenen Tagesordnungspunkte 3 und 4 und außerdem die Tagesordnungspunkte 9 und 16 für diese Sitzung auszusetzen.

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? – Das ist nicht der Fall!

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, Abgeordneter Heinrich Löhmann [AfD] Abgeordneter Frank Magnitz [AfD])

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(Abgeordneter Peter Beck [BIW])

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen elf frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Anfrage 1: Inklusive Beschulung von Kindern und Jugendlichen mit einer Diagnose im Autismus-Spektrum
Anfrage der Abgeordneten Christopher Hupe, Dr. Solveig Eschen, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 10. November 2021

Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Abgeordneter Christopher Hupe (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

1. Welche konkreten Förderangebote werden im Rahmen der inklusiven Beschulung grundsätzlich

für Kinder und Jugendliche mit einer Diagnose im Autismus-Spektrum, differenziert nach Frühkindlichem Autismus und Asperger-Syndrom, vorgehalten, und wie bewertet der Senat diese?

2. Wie viele schulpflichtige Kinder und Jugendliche mit einer Diagnose im Autismus-Spektrum gibt es in Bremen, bitte differenziert nach Grundschule, Schulen der Sekundarstufe 1, SEK I, und Schulen der Sekundarstufe 2, SEK II, und wie ist sichergestellt, dass sie umfänglich inklusiv beschult werden können?

3. Welchen Stellenwert misst der Senat der Notwendigkeit zu, dass Kinder mit einer Diagnose im Autismus-Spektrum ihre bisherigen Unterstützungsangebote in den Tageseinrichtungen für Kinder auch mit dem Wechsel in die Grundschule weiter erhalten können und wie kann dies sichergestellt werden?

Präsident Frank Imhoff: Diese Anfrage wird beantwortet durch Senatorin Sascha Karolin Aulepp.

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Zahl der Kinder und Jugendlichen, für die eine Diagnose im Autismus-Spektrum angegeben wird, hat in den Schulen in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen.

Sonderpädagogische Förderangebote für Schüler:innen mit einer Störung im Autismus-Spektrum werden im Rahmen der inklusiven Beschulung systemisch über die Zuweisung der „Stunden für Inklusion“ erbracht. Durch Beratung des ReBUZ, Regionale Beratungs- und Unterstützungszentren, und Fortbildungen des Landesinstituts für Schule werden die Lehrkräfte darin unterstützt, die inklusive Beschulung so anzulegen, dass klare Strukturen und geplante Auszeiten zur Reizreduzierung strukturell für alle Schüler:innen im gemeinsamen Unterricht berücksichtigt werden.

In vielen Schulen werden zusätzlich Materialien und Prinzipien des TEACCH-Programms angewendet. Daneben besteht für betroffene Schüler:innen mit entsprechend hohen Bedarfen die Möglichkeit einer Unterstützung durch persönliche Assistenzen, damit sie am Unterricht, den pädagogischen Angeboten und am Schulalltag teilnehmen können. Eine Differenzierung nach Erscheinungs-

formen wird nur bei Anträgen auf Assistenzleistungen vorgenommen, da der Asperger-Autismus dem SGB VIII und die übrigen Erscheinungsformen dem SGB IX zugeordnet sind mit der Folge unterschiedlicher Zuständigkeiten, Verfahren und Träger.

Sowohl die pädagogischen Förderangebote als auch die Schulbegleitung sind durch den aktuellen Fachkräftemangel und die dadurch bedingte zunehmende Schwierigkeit geprägt, die vorhandenen Stellen zeitnah zu besetzen.

Zu Frage 2: Die Zahl der Kinder mit einer Diagnose im Autismus-Spektrum lässt sich nicht exakt bestimmen, da die Eltern nicht verpflichtet sind, eine entsprechende Diagnose anzugeben oder der Autismus eines Schulkindes im Rahmen eines anderen Förderbedarfes mitberücksichtigt und nicht explizit als solcher benannt wird. Die Zahl der Anträge auf Schulbegleitung sowie die der Schüler:innen mit einem Autismus im Förderbedarf Wahrnehmung und Entwicklung liefert zumindest einen Anhaltspunkt.

Im Bereich der Schulbegleitung für Schüler:innen mit einer seelischen Behinderung nach Paragraph 35a SGB VIII sind nach den eingereichten Diagnosen 161 dem Bereich Asperger-Autismus zuzuordnen, davon 49 in der Primarstufe, 95 in der SEK I und 17 in der SEK II.

Im Bereich der Schulbegleitung für Schüler:innen mit einer Beeinträchtigung im Bereich körperliche und motorische Entwicklung nach Paragraph 112 SGB IX liegen Autismus-Diagnosen in 35 Fällen vor, davon 21 in der Primarstufe, zwölf in der SEK I und zwei in der SEK II.

Bei Schüler:innen, die im Bereich Wahrnehmung und Entwicklung Unterstützung durch eine Drittkraft erhalten, liegt in 105 Fällen eine Autismus-Diagnose vor, davon 61 Mal in der Primarstufe, 37 Mal in der SEK I und sieben Mal in der SEK II.

Die umfängliche Beschulung dieser Kinder ist vielfach vom Vorhandensein einer persönlichen Assistenz oder Drittkraft abhängig. Aufgrund steigender Fallzahlen und des Fachkräftemangels im pädagogischen Bereich gelingt die Stellenbesetzung durch die Träger vor allem im SGB VIII-Bereich zunehmend nicht mehr unmittelbar. Die zuständigen Stellen unterstützen die Träger einzelfallbezogen bei der Fallsteuerung und Suche nach geeigneten Kräften.

Zu Frage 3: Der Senat misst der Notwendigkeit einer guten Übergangsgestaltung und -begleitung von Kita auf Grundschule insbesondere für Kinder mit einer Diagnose im Autismus-Spektrum einen hohen Stellenwert bei. Mit dem Übergang vollzieht sich jedoch ein Wechsel des Rechtskreises und der damit verbundenen Zuständigkeit. Vor Schulbeginn richtet sich die Unterstützung in diesem Bereich als Heilpädagogische Einzelleistung nach Paragraph 79 SGB IX beziehungsweise die Möglichkeit einer persönlichen Assistenz nach Paragraph 78 in Verbindung mit Paragraph 113 SGB IX und befindet sich als Sozialleistung in der Zuständigkeit des Jugendamtes.

Mit dem Eintritt in die Schullaufbahn wechselt die Zuständigkeit, und der Teilhabebedarf muss im Kontext Schule und vor dem Hintergrund der veränderten Anforderungen und Bedarfe neu bestimmt werden. Bei einer Zuordnung zum Personenkreis nach dem SGB IX ist über die zuständige Schule ein Antrag bei der Senatorin für Kinder und Bildung zu stellen, bei einer Zuordnung zum Personenkreis nach Paragraph 35a SGB VIII ein Antrag beim Amt für Soziale Dienste. Bei SGB IX-Fällen wird versucht, die Assistenz aus der Kita auch in der Schule weiter einzusetzen, wenn dies sinnvoll und gewünscht ist. Bei den SGB VIII-Fällen können die notwendigen Feststellungen oftmals noch nicht bis zur Einschulung getroffen und die Assistenz unmittelbar bewilligt werden. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Herr Abgeordneter, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Christopher Hupe (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, die habe ich. Frau Senatorin, Sie haben die fehlenden persönlichen Assistenzen angesprochen, die häufig die Beschulung schwierig machen. Welche Alternativen sehen Sie oder welche Ziele verfolgen Sie, um trotzdem eine Beschulung dieser Schüler:innen sicherzustellen?

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Das ist insgesamt eine sehr komplexe Fragestellung: Wie gelingt inklusive Beschulung im System Schule, in dem, das hat die Antwort des Senats auch deutlich gemacht, unterschiedliche Systeme und Unterstützungsmöglichkeiten aufeinandertreffen? Im Bereich des Förderbedarfs Wahrnehmung und Entwicklung ist deshalb die Unterstützung nicht in erster Linie einzelfallbezogen, sondern es wird geschaut, wie kann Inklusion in einer Klasse insgesamt gelebt werden.

So etwas ist natürlich auch im Bereich weiterer Förderbedarfe vorstellbar und wünschenswert, um deutlich zu machen, es geht darum, dass die gesamte Klasse, die gesamte Schule, die Kinder gemeinsam inklusiv beschult werden und die einzelnen Kinder nicht mehr eine Person neben sich sitzen haben. Das ist aber in vielen Fällen notwendig, insbesondere auch bei der Frage: Wie schaffe ich es, ganz konkret kleinteilig Bezugspersonen, Beziehungen zu ermöglichen und keine Reizüberflutung zu verursachen und im Hinblick darauf zu sagen: Wie erreichen wir die gerade schon genannte systemische Lösung auch in anderen Unterstützungsbedarfen?

Daran arbeiten wir, insbesondere auch um zu sagen, dass man am Ende nicht mehr Erwachsene in der Klasse hat als Kinder. Auch Gespräche mit dem Landesbehindertenbeauftragten haben deutlich gemacht, dass eine individuelle Unterstützung nicht dazu führen darf, dass die Kinder dadurch noch singulärer in der Klasse betrachtet werden. Aber das ist ein komplexer Prozess, der noch in der Erarbeitung ist.

Präsident Frank Imhoff: Herr Abgeordneter Hupe, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Christopher Hupe (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, eine Frage habe ich noch. Bewertet der Senat das grundsätzliche Angebot an Förderangeboten für diese Schüler:innen beziehungsweise die Unterstützungsangebote für die Lehrkräfte als ausreichend, unabhängig von der Frage nach den persönlichen Assistenzen?

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Ich habe gerade die Haltung des Senats deutlich gemacht: Dass es insgesamt schwierig ist, die erforderlichen Fachkräfte zu gewinnen, um das im Unterricht so umzusetzen, dass wir allen Kindern gerecht werden. Ich kann jetzt als Kinder- und Bildungsministerin sagen, natürlich würde ich mir wünschen, dass Lehrkräfte, dass Beschäftigte in der Schule die Möglichkeit haben, Kinder so gut, so optimal wie möglich zu unterstützen und natürlich würde auch ich mir mehr Menschen in den Klassenräumen und übrigens auch in den Kitas wünschen, die differenziert und aus unterschiedlichen Blickwinkeln mit den Kindern arbeiten und auf die Kinder zugehen.

Präsident Frank Imhoff: Frau Senatorin, eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann. – Bitte sehr, Frau Bergmann!

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Sie haben schön ausgeführt, ich glaube, dem können wir alle zustimmen, dass wir diese Idee von inklusiver Bildung haben. Trotzdem hätte ich noch ein paar konkrete Fragen: Gibt es genügend Assistenzen, also da, wo diagnostiziert, verordnet oder anberaumt ist, dieses Kind braucht eine Assistenz, gibt es da genügend? Wie viele fehlen und gibt es Kinder, die nicht beschult werden können, weil entsprechende Assistenzen fehlen?

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Sehr geehrte Frau Abgeordnete, das Thema ist durchaus auch in der Deputation an der einen oder anderen Stelle Thema. Wie ich gerade in der Antwort des Senats ausgeführt habe, stehen wir in der Tat auch bei den persönlichen Assistenzen vor der Problematik, dass es den Trägern, die die Assistenzen anstellen und zur Verfügung stellen, zunehmend weniger leicht gelingt, Fachkräfte zu bekommen. Das heißt, da sind Stellen unbesetzt und das heißt natürlich auch, dass Kinder länger auf ihre Assistenzen warten müssen.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage, Frau Abgeordnete? – Bitte sehr!

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Ja, die bezieht sich auf diese Übergänge, bei denen man bemüht ist, beim Übergang von der Zuständigkeit von der Sozialbehörde zur Bildungsbehörde dieselbe Person als Begleitung zu belassen. Wo kann man dies beantragen, wo bekommen die Familien, die betroffen sind, die Anträge? Ist das flächendeckend? Ist das strukturell organisiert, dass alle Familien diese Informationen haben?

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Ja, sowohl die Beschäftigten als auch die Träger der Kitas haben ein großes Interesse, dass die Kinder, die bei ihnen eine Unterstützung und über die Unterstützung in der Gruppe hinaus auch eine persönliche Assistenz haben einen guten Übergang in die Grundschulen bekommen, da werden die Eltern entsprechend informiert. Natürlich haben die Grundschulen ein hohes Interesse daran, dass Förderbedarfe nicht nur möglichst frühzeitig erkannt, sondern auch zügig erfüllt werden, um den Kindern einen guten Start in die Grundschule zu ermöglichen. Von daher werden Eltern sowohl aus dem System Kita als auch aus dem System Grundschule entsprechend informiert.

Präsident Frank Imhoff: Frau Senatorin, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Wir bedanken uns für die Beantwortung!

**Anfrage 2: Bismarck und Kolonialismus
Anfrage der Abgeordneten Ralph Saxe, Kai-Lena Wargalla, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 10. November 2021**

Herr Kollege Ralph Saxe, Sie haben das Wort.

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die Rolle von Otto von Bismarck im deutschen und europäischen Kolonialismus im Kontext des Bremer Erinnerungskonzeptes Kolonialismus und der vorhandenen Bismarckstatue am zentralen Ort?

2. Hat der Senat dazu Gespräche mit Vertreter:innen der vom Kolonialismus und strukturellen Rassismus Betroffenen geführt, und wenn ja, welche Ergebnisse ergaben die Gespräche zum weiteren Umgang mit der Statue?

3. Welche Schritte hat der Senat zur Fortsetzung und Intensivierung des Bremer Erinnerungskonzeptes Kolonialismus unternommen, und mit welchen personellen und finanziellen Ressourcen wurden diese hinterlegt?

Präsident Frank Imhoff: Diese Anfrage wird beantwortet durch Staatsrätin Carmen Emigholz.

Staatsrätin Carmen Emigholz: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Otto von Bismarck ist als Protagonist der deutschen Kolonialpolitik zu problematisieren. Auf seine Einladung hin teilten die europäischen Mächte bei der Kongokonferenz 1884/1885 in Berlin den afrikanischen Kontinent unter sich auf.

In den 2019 verabschiedeten „Kulturpolitischen Leitlinien zum Umgang mit dem kolonialen Erbe“ ist keine explizite Bewertung der Rolle Otto von Bismarcks und der Bismarck-Statue vorgesehen. Vielmehr wird die Bearbeitung kolonialer Spuren im öffentlichen Raum insgesamt als Aufgabenfeld benannt.

Unbestritten ist, dass Bismarck für eine autoritäre und koloniale Tradition steht, die Teil unserer Geschichte ist und zu der wir uns kritisch verhalten müssen. Zur historischen Wahrheit gehört aber

auch, dass Bismarck eine ambivalente Persönlichkeit ist, die in Deutschland zum Beispiel die uns immer noch sehr wichtigen Sozialversicherungssysteme eingeführt hat. Hierfür ist geplant, eine entsprechende Informationstafel am Sockel des Denkmals anzubringen.

Zu Frage 2: Die Bismarckstatue findet im Rahmen des Projektes „Dekoloniale Erinnerungskultur in der Stadt“ kritische Erwähnung. Bei dem Projekt handelt es sich um eine interaktive Stadtkarte, in der Orte mit kolonialem Bezug vorgestellt werden. Die Tour und die Texte wurden unter Einbezug des vom Senator für Kultur moderierten Bürgerdialogs „Kolonialismus und seine Folgen“, in dem auch Vertreter:innen der vom Kolonialismus und strukturellem Rassismus Betroffenen involviert sind, erarbeitet. Auf der Grundlage des aktuellen Projekts ist eine tiefere Aufarbeitung der Statue möglich. Gemeinsam mit der Erinnerungstafel kann so ein kritisch reflektierender Rahmen im Umgang mit der Statue geschaffen werden.

Zu Frage 3: Die Landeszentrale für politische Bildung plant im Bereich der deutschen Kolonialgeschichte eine Zusammenarbeit mit Universitäten und Hochschulen, insbesondere zur Vorbereitung der jährlichen Veranstaltung am 11. August zum Gedenken an den Völkermord in Namibia in Bremen. Die Fortschreibung und Intensivierung des Bremer Erinnerungskonzeptes Kolonialismus erfolgt bei der Landeszentrale für politische Bildung mit dem bereits vorhandenen Personal.

Der Senator für Kultur hat für die Jahre 2022 und 2023 erneut jeweils 20 000 Euro für das Thema Kolonialismus in den Haushalt eingestellt. Das Geld steht vornehmlich für die Fortführung des Bürgerdialogs „Kolonialismus und seine Folgen“ sowie die Konzeption und Koordinierung der sich daraus ergebenden Projektideen im Kulturbereich zur Verfügung. Das Ausweisen von Orten mit Kolonialbezug im Stadt-raum und die künstlerische Beschäftigung mit dem Thema Kolonialismus und seinen Folgen stehen weiterhin im Vordergrund. Der Bürgerdialog wird im Auftrag des Senators für Kultur von Frau Professorin Dr. Anna Greve vom Focke-Museum, Bremer Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte, moderiert. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Herr Kollege Saxe, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, erwartungsgemäß habe ich ein paar

Nachfragen. Ich möchte eine Vorbemerkung machen: Ich schätze Ihre Haltung zum Thema Kolonialismus sehr, auch die Rede, die Sie hier das letzte Mal dazu gehalten haben, war aller Ehren wert. Trotzdem muss ich die Frage stellen und noch ein paar andere kritische Fragen: Werden Sie mit dieser Antwort Ihren eigenen Ansprüchen, auch an Ihr Ressort, gerecht?

Staatsrätin Carmen Emigholz: Mit den Antworten der Anfrage in der Fragestunde, bei denen wir gehalten sind, präzise zu sein, können wir das Spektrum unserer Arbeit selten vollumfänglich abbilden. Das ist die Wahrheit. Hinzu kam aber, das will ich nicht beschönigen, dass wir gerade jetzt während der Haushaltsabschlüsse aller großen Einrichtungen, mit den Haushaltsberatungen und dem Wiedererstarken von Corona einen erhöhten Arbeitsanfall haben, der uns das Bearbeiten nicht unbedingt leichter macht. Deshalb biete ich Ihnen sehr gern Gespräche an.

Für das Stolpern bitte ich mich zu entschuldigen, aber, wenn ich zwischendurch die Maske tragen muss, bekomme ich keine Luft, ich habe Asthma.

Präsident Frank Imhoff: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Ich finde auch, die Rolle von Bismarck wird in dieser Antwort ein bisschen beschönigt. Sie haben zwar zu Recht gesagt, er hätte zur Kongokonferenz eingeladen, nur wird nicht erwähnt, dass danach als Opfer dieser Aufteilung mindestens 20 Millionen Menschen des afrikanischen Kontinents umkamen.

Würden Sie mir zustimmen, dass der zweite Punkt, nämlich Gespräche mit Vertreter:innen der von Kolonialismus und strukturellem Rassismus Betroffenen zu führen, die nach unserem Bürgerschaftsantrag eingeladen werden sollten, um die problematische Rolle Bismarcks herauszuarbeiten, bisher nicht erfüllt wurde und noch nicht einmal die Tafel angebracht wurde, die zumindest überfällig gewesen wäre?

Staatsrätin Carmen Emigholz: Das trifft teilweise zu. Ich habe Ihnen gesagt, dass wir eine hohe Arbeitsverdichtung haben. Wir werden uns aber selbstverständlich, ich habe heute vorsorglich noch einmal mit vielen Beteiligten gesprochen, nach den Weihnachtsferien, wenn der Haushalt beschlossen ist und die Haushaltspositionen angewiesen sind,

darum kümmern, das ist keine Frage. Ich biete Ihnen auch gern noch ein bilaterales Gespräch an.

Ich weiß, wie viel Herzblut Sie da hineinstecken und es ist sicherlich keine böse Absicht, irgendjemanden treffen zu wollen. Sie wissen, das Afrikanetzwerk ist an den Gesprächen beteiligt, es sind viele beteiligt, aber wir können immer noch besser werden, hören uns auch gern Anregungen von Ihrer Seite an und nehmen die, soweit möglich, gern auf.

Präsident Frank Imhoff: Frau Staatsrätin, da noch mehrere Fragen zu erwarten sind, würde ich Ihnen empfehlen, das Papier vom Mikrofon herunterzunehmen, dann kann man Sie unten noch viel besser verstehen. – Danke schön!

Herr Kollege Saxe, Sie haben bestimmt noch eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Ich habe noch eine Frage zum hinterlegten Personal. Das haben wir in Frage drei nachgefragt. Ich bin mit dem Verein „Der Elefant!“ Mitveranstalter der Gedenkveranstaltung am 11. August, die eine hervorragende Veranstaltung ist. Das ist ein großer Fortschritt, den wir hier in Bremen gemacht haben.

In der Antwort steht, für die Landeszentrale für Bildung gibt es nicht mehr Personal, und Frau Professorin Dr. Greve, die am Focke-Museum auch noch eine andere Arbeit hat, lädt im Museum zu einer Gesprächsrunde. Meinen Sie wirklich, dass das ausreicht? Auch angesichts dessen, dass die Landeszentrale für Bildung gesagt hat: Mehr als die Gedenkveranstaltung können wir wirklich nicht schaffen.

Staatsrätin Carmen Emigholz: Zunächst einmal bin ich nicht die Dienstherrin der Landeszentrale für Bildung. Das ist die Bildungssenatorin und das sollte sie auch bleiben. Wir arbeiten sehr gut mit den Kolleginnen und Kollegen und auch mit der Landeszentrale für Bildung zusammen. Das will ich vorausschicken.

Ich kann nur für unser Haus sprechen: Natürlich macht sich insbesondere auch unser Fachreferat Museen Gedanken über die Aufarbeitung und wir sind bundesweit in Netzwerke eingebunden. Da wird sich in den nächsten Monaten noch mehr entwickeln. Das werden wir Ihnen dann aber gesondert, gern auch in der Deputation, präsentieren.

Präsident Frank Imhoff: Herr Kollege Saxe, haben Sie noch eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Es gibt Bestrebungen, ich nehme jetzt einmal den größeren Rahmen, in Berlin eine Gedenkstätte einzurichten. Sind Sie auch der Meinung, dass solch eine Gedenkstätte dort Sinn machen würde und dass es vielleicht auch nützlich wäre, wenn wir zum Thema Kolonialismus in Bremen ein Dokumentationszentrum bekommen würden?

Staatsrätin Carmen Emigholz: Ich würde diese Debatten, die ich gerade angekündigt habe, gern abwarten, um zu schauen, welchen Mehrwert wir generieren können. Wir müssen zur Kenntnis nehmen und nehmen auch gern zur Kenntnis, dass das Überseemuseum dort auch sehr aktiv ist und dass wir noch einiges an Impulsen seitens des Bundes und auch aus den Fachgesprächen zu erwarten haben, die wir auf Arbeitsebene führen. Wir sind in diese Kontexte gut eingebunden.

Präsident Frank Imhoff: Frau Staatsrätin, eine weitere Zusatzfrage durch den Abgeordneten Heiko Strohmann. – Bitte schön, Herr Kollege!

Abgeordneter Heiko Strohmann (CDU): Frau Staatsrätin, meine Frage bezieht sich darauf: Auf welcher wissenschaftlichen Basis, aus welcher Quelle heraus wurde die Antwort des Senats erarbeitet?

Staatsrätin Carmen Emigholz: Aus welcher Quelle heraus? – Das macht unser zuständiges Fachreferat in Zusammenarbeit mit unserer hochgradig spezialisierten Kollegin, die auf koloniale Fragen spezialisiert ist, nämlich Frau Professorin Dr. Anna Greve vom Focke-Museum. Die übrigens ein Delegat des Senators für Kultur für die Bearbeitung dieser speziellen Fragen hat.

Präsident Frank Imhoff: Eine weitere Zusatzfrage Herr Kollege? – Bitte sehr!

Abgeordneter Heiko Strohmann (CDU): Ich frage noch einmal: Mit welchen Institutionen arbeiten diese hochspezialisierten Mitarbeiter zusammen? Die Fragen zu Bismarcks Rolle, zu der Kongokonferenz und ob die größte Leistung von Bismarck die Sozialversicherung war, werden in der Bundesrepublik Deutschland differenziert diskutiert. Wenn ich mir das Bundesarchiv anschau, da sind die Quellen ein bisschen anders in der Interpretation.

Deswegen: Arbeiten sie mit noch jemandem zusammen, oder ist das aus eigenem besten Wissen und Gewissen beantwortet?

Staatsrätin Carmen Emigholz: Es gibt bei der KSL einen angelegten Bereich, der sich mit kolonialen Fragen auseinandersetzt und einen Arbeitskreis, der in diesem Zusammenhang arbeitet. Wenn Sie konkrete Informationen haben möchten, welche wissenschaftlichen Quellen insgesamt bei der Beratung herangezogen werden, würde ich Ihnen diese gern per Post zuschicken.

Präsident Frank Imhoff: Frau Staatsrätin, eine weitere Zusatzfrage durch den Abgeordneten Claas Rohmeyer. – Bitte schön, Herr Kollege!

Abgeordneter Claas Rohmeyer (CDU): Frau Staatsrätin, es ist nicht das erste Mal, dass aus den Reihen Ihrer Regierungskoalition Attacken gegen dieses Denkmal gefahren werden. Die Abgeordnete Frau Strunge, die sich auch gerade erhoben hat, hat sich im Rahmen der damals anstehenden notwendigen und dankenswerterweise durch das Kulturstaatsministerium mitfinanzierten Sanierung des Sockels des Denkmals gegen eine Sanierung und für den Verfall dieses Denkmals ausgesprochen.

Auch in der Debatte, auf die der Abgeordnete Herr Saxe eingegangen ist, hatten wir, ich komme zur Frage, Herr Präsident, Punkte, die er eben in seiner Frage erneut thematisiert hat.

Geben Sie eine Schutzklärung für dieses Denkmal ab, das zur deutschen Geschichte mit Licht und Schatten gehört, oder können wir erneut mit Attacken aus der Koalition auf diesen Denkmalstandort rechnen?

(Zuruf Abgeordnete Antje Grotheer [SPD])

Staatsrätin Carmen Emigholz: Herr Abgeordneter! Jede Partei ist hier vertreten, weil sie einen bestimmten ethischen und politischen Kontext vertritt und diesem Kontext sind auch Überzeugungen zugeordnet. Dass eine linke Koalition die Taten des Kolonialismus eventuell anders bewertet als eine konservative, dafür würde ich in bestimmten Punkten fast meine Hand ins Feuer legen.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das stimmt nicht!)

Das ist unsere Arbeitserfahrung, nicht auf Bundesebene, das sage ich ganz ehrlich, aber es gibt nicht

nur diese Arbeitskontexte. Das ist so. Wenn Sie uns unterstellen, wir reißen mal eben Denkmale ab und sind nicht in der Lage, das vernünftig mit Tafeln auszustatten, ist es das eine. Das andere ist, dass ich auch für mich sagen muss, immer diese Allmacht des früheren Denkens präsentiert zu bekommen, erfüllt mich gelegentlich an Tagen, an denen mir das Heroentum von Menschen, die eine andere Vergangenheit haben, noch einmal vor Augen geführt wird, was als zeitgeistige Erscheinung sinnvoll sein mag, mit Beklommenheit.

Mich erfüllt das auch mit Beklommenheit, denn wir müssen uns unserer Vergangenheit stellen! Was erwarten wir von den Menschen, wenn wir uns so verhalten? Deswegen sollte keine Entscheidung in Stein gemeißelt sein, sondern sich an den Erkenntnissen orientieren. Wir müssen gemeinsam einen vernünftigen Umgang finden, weswegen ich gesagt habe, dass es sich bei Bismarck um eine ambivalente Persönlichkeit handelt.

Das möchte ich deswegen erwähnen, weil mir wichtig ist hervorzuheben, dass wir alle gut daran tun, Menschen in ihrer ganzen Wirkung und ihrer ganzen Tätigkeit zu sehen. Vorurteile werden von denen geschürt, die einfache Wahrheiten auf komplizierte Fragen haben, und von denen grenzen sich hoffentlich alle Demokraten ab. Das ist mir ausgesprochen wichtig!

Aber ich möchte genauso sagen, dass mich diese Tatbestände schon lange bedrücken, und möchte für meine Partei, die SPD, ausnahmsweise einmal nicht formal und nicht als Verwaltungsbeamtin sagen, dass wir gerade in Bremen mit Gunther Hilliges eine große Tradition der Aufarbeitung geschaffen haben.

(Beifall SPD)

Präsident Frank Imhoff: Herr Kollege Rohmeyer, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Claas Rohmeyer (CDU): Bismarck ist sicherlich kein Demokrat, ich habe eben von Licht und Schatten gesprochen und diese kritische Auseinandersetzung ist notwendig. Trotzdem: Würden Sie diese Linie, die sich in Teilen Ihrer Koalition widerspiegelt, die international unter dem Begriff „Cancel Culture“ firmiert, unterstützen?

Staatsrätin Carmen Emigholz: Langsam, Herr Rohmeyer! Also „Cancel Culture“ finde ich schon eine schwierige Wortschöpfung, weil Culture ein allumfassender Begriff ist. Deswegen wäre ich da sehr

vorsichtig, ich schließe mich auch nicht jeder Bewegung an. Ich schließe mich aber der ethischen Haltung an, dass dieser Kolonialismus zu hinterfragen ist, auch die patriarchalen Strukturen, die damit verbunden sind, und auch das Machtgehabe und die Haltung einer Gesellschaft, die vergessen hat, dass andere Länder und Völker auch überleben müssen.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Herr Abgeordneter, eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Claas Rohmeyer (CDU): Da sind wir uns völlig einig, Frau Staatsrätin! Es geht aber darum, ob man auch sichtbare Stacheln im öffentlichen Erinnerungsbewusstsein durch alte Denkmale erhält und aktualisiert. Ich teile die Meinung von Herrn Saxe, dass die Tafel längst überfällig ist, aber legen Sie dieselben Maßstäbe an Erinnerungskultur an, wenn diese Koalition, wenn dieser Senat ein antidemokratisches totalitäres System wie die Novemberrevolution hier in Bremen sogar propagandistisch feiert?

(Unruhe)

Staatsrätin Carmen Emigholz: Ich würde sagen, da haben wir diese Handlungsfrage, die ich vorhin diskutiert habe. Wir werden uns an bestimmten Punkten nicht einig werden, Herr Rohmeyer, und wir werden uns da auch nicht unterhaken können. Die Vielstimmigkeit des Parlamentes wird immer eine solche bleiben, und ob es nicht irgendwann einmal auch andere Entscheidungen der Politik geben kann? Man muss sagen: Der Stadtraum, der besetzt wird, wird auch damit behauptet.

Die Frage, die damit zusammenhängt, ist eine sehr tiefgreifende, eine sehr ernstzunehmende und mit Sicherheit nicht trivial zu beantwortende. Deswegen werde ich keine lebenslange Garantieerklärung geben, aber ich werde jetzt auch nicht sagen, dass wir sofort so etwas machen, sondern wir haben einen Ensembleschutz. Ganz sicher! Wir werden sehen, wie weit die angebrachte Tafel ihre Wirkung erzielt und wir werden das im Auge behalten.

Was nicht passieren darf, bei allem Schutz, ist eine Manifestation von bestimmten Haltungen und von einem bestimmten Gebaren, denn das wird auch die Menschen tangieren, die bei uns jetzt ein Zuhause gefunden und mit dieser Haltung generationenlang Erfahrung gemacht haben.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Frau Staatsrätin, eine weitere Zusatzfrage durch die Abgeordnete Miriam Strunge. – Bitte sehr!

Abgeordnete Miriam Strunge (DIE LINKE): Auch auf die Gefahr hin, dass der Puls von Herrn Rohmeyer jetzt noch einmal in die Höhe schnellt, würde ich gern fragen, ob Sie, Frau Staatsrätin, mir beantworten können, ob es derzeit Bestrebungen gibt, die Straße Bismarckstraße umzubenennen oder zumindest mit einer Legende zu versehen, die auch die Rolle Bismarcks kritisch reflektiert?

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Staatsrätin Carmen Emigholz: Soweit ich weiß, ist diese Debatte noch nicht abgeschlossen. Wenn sie abgeschlossen sein sollte, würde ich den Vorschlag machen, dass wir Menschen dieser Initiative in die Deputation einladen und das präsentiert bekommen. Ich möchte unbedingt, dass das gekennzeichnet wird, das ist gar keine Frage. Das können Sie bei mir voraussetzen.

Präsident Frank Imhoff: Frau Staatsrätin, eine weitere Zusatzfrage liegt durch den Abgeordneten Elombo Bolayela vor. – Bitte schön, Herr Kollege!

Abgeordneter Elombo Bolayela (SPD): Frau Staatsrätin, der Bürgerdialog läuft, wenn ich mich gut erinnern kann, jetzt schon vier Jahre. Er war erfolgreich, aber natürlich ist durch die Pandemie alles ein bisschen weniger geworden. Wir haben weiterhin das Geld reserviert. Welchen Zeitrahmen könnten Sie sich für einen Zwischenbericht zu diesem Bürgerdialog vorstellen?

Die zweite Frage ist: Wir haben jetzt noch Gelder für das Thema Kolonialismus, auch im Bereich der Wissenschaft, aber auch der Restitution. Mir ist noch nicht ganz klar: Was erreicht man damit? Wir reden schon seit Ewigkeiten zu dem Thema Kolonialismus. Mir fehlen immer wieder Zwischen- und Abschlussberichte.

Staatsrätin Carmen Emigholz: Zunächst einmal, Herr Abgeordneter, vielen Dank für die Fragen! Ich würde Ihnen die Fragen so beantworten: Natürlich ist es richtig, dass die Pandemie bestimmte Kontaktformen nicht leichtgemacht hat, aber auch in dieser Zeit sind Internetkommunikationsformen entwickelt worden, die eine kontinuierliche Arbeit ermöglicht haben. Das ist das eine.

Das andere ist, dass natürlich eine vor-Ort-Beschau gerade von Plätzen und von Wirkungen immer wieder notwendig, wichtig und richtig ist, um etwas zu tun, aber es wird auch etwas getan. Allein die besondere, auf die Eigenhistorie bezogene Ausstellung des Überseemuseums spricht für sich. Das ist auch ein Verdienst der Initiative, die sich um diese Thematiken kümmert.

Das möchte ich dem Kollegen Herrn Saxe bei aller Kritik von heute auch gern sagen: Er, die ganze Initiative haben meine volle Wertschätzung für dieses enorme Engagement, das ist wichtig, und dass wir uns bemühen werden, das jetzt, wenn wir die Haushaltsberatungen hinter uns haben, noch einmal stärker zu forcieren. Das steht außer Frage und deshalb würde ich Ihnen vorschlagen: Ich rechne die Ferienzeiten nicht mit, aber vor den Sommerferien bekommen Sie selbstverständlich einen Bericht.

Präsident Frank Imhoff: Frau Staatsrätin, Sie sehen, das Thema bewegt. Eine weitere Zusatzfrage von der Abgeordneten Kai-Lena Wargalla. – Bitte schön!

Abgeordnete Kai-Lena Wargalla (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Rohmeyer hat sich gerade sehr dezidiert für den Erhalt und das Nicht-infragestellen der Bismarckstatue positioniert. Wir als Koalition haben eben, ohne uns zu positionieren, die Frage aufgeworfen, wie man damit in Zukunft umgeht. Die Frage wurde gar nicht von uns näher aufgeworfen, sondern im Zuge der „Black Lives Matter“-Proteste von schwarzen Aktivist:innen, von „People of Color“-Aktivist:innen.

Würden Sie mir zustimmen, Frau Staatsrätin, dass es nicht an uns weißen Kartoffeln ist, ohne Rücksicht auf andere Stimmen zu bestimmen, wie mit solchen Denk- und Ehrenmalen umgegangen wird, sondern dass wir auf diejenigen hören sollten, die Nachfahren der vom Kolonialismus Betroffenen sind, diejenigen, die heutzutage von Rassismus betroffen sind?

Staatsrätin Carmen Emigholz: Der letzte Teil meiner Antwort auf die Fragen von Herrn Rohmeyer hat sich genau mit dieser Frage beschäftigt, wenn ich Sie daran erinnern darf.

Präsident Frank Imhoff: Können Sie sich erinnern? – Gut! Frau Staatsrätin, weitere Fragen liegen nicht vor und wir bedanken–. Oh doch, eine weitere Zusatzfrage durch die Abgeordnete Birgit Bergmann. – Bitte sehr!

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Sehr geehrte Frau Senatorin – –, ich bitte Sie um Verzeihung, Frau Staatsrätin! Halten Sie Kartoffel für den angemessenen Ausdruck, um hier präzise Leute zu bezeichnen?

Staatsrätin Carmen Emigholz: Sehr geehrte Frau Abgeordnete, eine Bewertung der Abgeordnetenbeiträge hinsichtlich der Wortwahl und -gestaltung steht mir nicht zu.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Frank Imhoff: Frau Staatsrätin, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Wir bedanken uns für die Beantwortung!

Anfrage 3: Wie stellt sich die Verkehrsentwicklung in Oslebshausen dar?

Anfrage der Abgeordneten Hartmut Bodeit, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 12. November 2021

Herr Kollege Bodeit, Sie haben das Wort.

Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU): Wir fragen den Senat:

1. Wie werden sich nach Ansiedlung des toom-Baumarktes in Oslebshausen die Zufahrten über die Autobahn und die Oslebshausener Heerstraße entwickeln?
2. Welche Auswirkungen ergeben sich dadurch für das Nahversorgungszentrum Oslebshausen?
3. Inwiefern wird die Verkehrsentwicklung bei weiteren Bauvorhaben berücksichtigt?

Präsident Frank Imhoff: Diese Anfrage wird beantwortet durch Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Nach Ansiedlung des toom-Baumarktes wird montags bis freitags mit täglichen Mehrverkehren von 2 330 Fahrten gerechnet. Samstags werden tägliche Mehrverkehre von 3 750 Fahrten erwartet. Circa 55 Prozent der jeweiligen Fahrten werden von beziehungsweise in Richtung Autobahn verkehren. Die übrigen 45 Prozent werden von beziehungsweise in Richtung Oslebshausener Heerstraße fahren. Die Daten wurden im Rahmen

eines mit der Verkehrsabteilung abgestimmten Verkehrsgutachtens ermittelt.

Zu Frage 2: Es sind keine negativen Auswirkungen auf das Nahversorgungszentrum Oslebshausen zu erwarten.

Zu Frage 3: Die allgemeine Verkehrsentwicklung sowie die durch das Bauvorhaben entstehenden Verkehre werden bei räumlich beziehungsweise zeitlich ähnlich gelagerten Bauvorhaben berücksichtigt. Bei der Aufstellung von Bebauungsplänen oder der Umsetzung größerer Bauvorhaben werden Verkehrsgutachten erstellt. Im Rahmen dieser Gutachten werden Verkehrszählungen vorgenommen, die die vorherrschenden Verkehrsmengen ermitteln, und Prognosen über die zu erwartenden Neuverkehre erstellen. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Herr Abgeordneter, haben Sie eine Zusatzfrage zu diesen Antworten? – Bitte sehr!

Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU): Sie haben gerade das Verkehrsgutachten angesprochen. Jetzt habe ich entnommen, weil Sie von den Verkehrsgutachten sprachen: Sind das mehrere Verkehrsgutachten? Wenn ja, wer hat die in Auftrag gegeben oder wer hat die erstellt?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Nein, es geht um ein Verkehrsgutachten, das hatte ich in der Antwort zu Frage eins gesagt. Generell war Ihre Frage in Frage drei, ob das generell beachtet wird und deswegen habe ich gesagt, im Rahmen von Gutachten werden Verkehrszählungen vorgenommen. Es handelt sich aber nur um ein Gutachten, das hier in Auftrag gegeben worden ist.

Präsident Frank Imhoff: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU): Ja, nach dem Auftraggeber hatte ich noch gefragt.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Das ist unser Ressort. Wir sind die Auftraggeber für solche Gutachten.

Präsident Frank Imhoff: Frau Bürgermeisterin, weitere Zusatzfragen liegen zu diesem Themenkomplex nicht vor und wir bedanken uns für die Beantwortung!

Anfrage 4: Wann wird der Kleingartenentwicklungsplan 2025 vorgelegt?

Anfrage der Abgeordneten Martin Michalik, Silvia Neumeyer, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 16. November 2021

Herr Kollege Michalik, Sie haben das Wort.

Abgeordneter Martin Michalik (CDU): Wir fragen den Senat:

1. Aus welchen Gründen konnte der Kleingartenentwicklungsplan 2025 für die Stadtgemeinde Bremen bisher noch nicht vorgelegt werden?
2. Welche thematischen Schwerpunkte und konkreten Maßnahmen konnten bereits identifiziert werden und sind bisher im Erarbeitungsprozess berücksichtigt?
3. Wann soll der Kleingartenentwicklungsplan 2025 der zuständigen Deputation für Klima, Umwelt und Tierökologie vorgestellt werden?

Präsident Frank Imhoff: Diese Anfrage wird beantwortet durch Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Herr Präsident, meine Damen und Herren, für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Bei dem Kleingartenentwicklungsplan 2025 handelt es sich um ein komplexes interdisziplinäres Planwerk, welches der Zusammenarbeit verschiedener Referate und Institutionen bedarf.

Anders als bei anderen Konzepten werden hierbei bereits während des Erarbeitungsprozesses erste praktische Maßnahmen eingeleitet.

Die sehr zeitaufwändige Bestandserfassung aller Bremer Kleingartenanlagen, inklusive Parzellen, Rahmengrün und öffentlichen Grünanlagen, hat deutlich mehr Zeit in Anspruch genommen, als ursprünglich kalkuliert wurde und ist daher für Teilbereiche noch nicht abgeschlossen.

Aufgrund knapper Personalressourcen und der wechselnden Geschäftsleitung beim Landesverband der Gartenfreunde wird eine zügige Bearbeitung erschwert, es wurden jedoch bereits erfolgreich wichtige Maßnahmen zur Behebung erfasster Missstände begonnen.

Zu Frage 2: Der Kleingartenentwicklungsplan umfasst fünf Handlungsfelder: Erstes Handlungsfeld „Leerstände“, zweites Handlungsfeld „Sanierungsstau Pflege Rahmengrün“, drittes Handlungsfeld „Organisation“, viertes Handlungsfeld „Kaisenhäuser“, fünftes Handlungsfeld „Wochenendhausgebiete“.

Die Handlungsfelder werden von unterschiedlichen Referaten federführend bearbeitet, wovon die Handlungsfelder eins, zwei und drei in der Zuständigkeit des Fachbereichs Umwelt und die anderen beiden in der des Fachbereichs Bau liegen. In einem gemeinschaftlichen Arbeitskreis mit dem Landesverband der Gartenfreunde und dem Umweltbetrieb Bremen, der nach Bedarf zusammenkommt, werden die übergeordneten Ziele des Planwerkes diskutiert sowie die jeweiligen Zwischenergebnisse zu den Handlungsfeldern vorgestellt.

Neben einer konzeptionellen Erarbeitung der genannten Handlungsfelder wurden folgende konkrete Maßnahmen begonnen, die teilweise über den Klimaschutzfonds beziehungsweise über den Bremen-Fonds finanziert werden: Im ersten Handlungsfeld „Leerstände“ die Nutzbarmachung brachgefallener Parzellen zur Wiederverpachtung und Entwicklung einer Leerstands Börse, im zweiten Handlungsfeld „Sanierungsstau Pflege Rahmengrün“ die Aufwertung des Rahmengrüns, und im vierten Handlungsfeld „Kaisenhäuser“ der Abbruch von Kaisenhäuseruinen.

Zu Frage 3: Im Frühjahr 2022 sollen die Zwischenergebnisse der Deputation vorgestellt werden. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Herr Abgeordneter, haben Sie eine Zusatzfrage zu diesen Themen? – Bitte sehr!

Abgeordneter Martin Michalik (CDU): Mit welchem Budget rechnen Sie dafür und ist dieses bereits im Haushalt für die nächsten zwei Jahre hinterlegt?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Das hängt immer davon ab, welchen Bereich wir uns anschauen. Ich hatte die fünf Handlungsfelder aufgezählt. Erst einmal will ich sagen: Wir sind überaus froh, jetzt eine dauerhafte und unbefristete Stelle genau für diesen ganzen Themenkomplex Kleingartengebiete und Kleingartenentwicklungsplan eingestellt zu haben.

Wenn wir uns den Sanierungsstau „Pflege“ anschauen: Da ist es so, dass wir, ich muss einmal kurz nachsehen, Gelder eingestellt haben: 245 000 Euro für 80 Hektar. Wir haben ungefähr 120 Hektar städtisches Rahmengrün. Wir haben 245 000 Euro darin, also zu wenig. Ich liefere Ihnen das gern nach, ich habe das jetzt leider nicht alles aufgelistet. Wir haben aber, wie ich gesagt habe, durch das Handlungsfeld Gelder zur Verfügung gestellt bekommen.

Unser größtes Problem ist im Moment nicht das Geld, sondern wir müssen erst einmal erfassen, welche Parzellen, welche Kleingärten wem gehören. Wir haben gedacht, es gibt einen Generalvertrag, der Landesverband der Gartenfreunde hat das auch gedacht. Dann haben wir die Schränke aufgemacht und festgestellt, wir haben über 200, die meisten kommen aus den 1950er Jahren. Deswegen sind wir auch auf die Hilfe des Landesverbands der Gartenfreunde angewiesen, damit wir erst einmal herausfinden, wer für welchen Garten zuständig ist.

Laut Pachtverträge sind die Kleingartenvereine selbst für das Rahmengrün zuständig. Wir wissen nur: Die schaffen das nicht mehr. Die Vorstände sind überaltert, viele Pächter auch. Deswegen versuchen wir, mit denen Lösungen zu erarbeiten. Für die Pflege dieses Rahmengrüns erklären wir uns zusammen mit dem Umweltbetrieb Bremen wieder verantwortlich, allein aus Verkehrssicherheitsgründen.

Wir haben definitiv zu wenig Geld, das will ich auch einmal sagen, um die Kaisenhäuser abzureißen. Wir haben noch, wenn ich das richtig erinnere, 120 Kaisenhäuser, nein, das stimmt nicht, 160, die noch von Auswohnberechtigten bewohnt werden. Insgesamt haben wir im Bestand 1170 und wir haben wirklich sehr viele in einem Ruinenzustand. Das hat etwas mit der Vergangenheit zu tun, und der Praxis, dass man Abrissvereinbarungen abgeschlossen hat, aber die Kaisenhäuser dann nie abgerissen hat. Da sind wir im Übrigen auf einem sehr guten Weg um eine Lösung zu finden.

Ich hatte angekündigt, wir geben Ihnen auch wieder einen Zwischenbericht. Auch wenn der Kleingartenentwicklungsplan noch nicht vollendet ist, haben wir doch viele Maßnahmen umgesetzt. Wir haben nicht nur eine Dienstvereinbarung getroffen, dass wir intakte Kaisenhäuser jetzt nicht mehr abreißen, sondern wir sind gerade im engen Austausch mit dem Landesverband der Gartenfreunde, um auch eine Regelung zu finden, dann, wenn ein

Kaisenhof von einem Besitzer an den nächsten übergeht, nur noch eine kleingärtnerische Nutzung zuzulassen. Wenn es Probleme gibt, weil darin noch ein Öltank ist, erklären wir uns bereit, diese Kosten zu übernehmen, weil wir sehen, dass wir die Kleingartenvereine nicht auf diesen Kosten sitzen lassen können. Das müssen wir aber noch einmal ermitteln.

Gern gebe ich Ihnen aber in der nächsten Deputations Sitzung oder bilateral eine Aufstellung der Kosten.

Präsident Frank Imhoff: Frau Bürgermeisterin, weitere Zusatzfragen liegen zu diesem Themenkomplex nicht vor. – Wir bedanken uns für die Beantwortung!

Anfrage 5: Alkoholkonsumverbot am Bremer Hauptbahnhof?

Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 16. November 2021

Herr Kollege Lübke, Sie haben das Wort.

Abgeordneter Marco Lübke (CDU): Wir fragen den Senat:

1. Welche konkreten Pläne verfolgt der Senat, um die Aufenthaltsqualität des sehr stark von Obdachlosen, Trinkenden, Drogenkonsumierenden, Dealenden und so weiter geprägten Bremer Hauptbahnhofes zu steigern?

2. Welche rechtlichen Möglichkeiten sieht der Senat grundsätzlich, um ein generelles Alkoholkonsumverbot rund um den Bremer Hauptbahnhof einzuführen und durchzusetzen?

3. Inwieweit ist es mit der geplanten Attraktivitätssteigerung des ÖPNV vereinbar, dass die am Hauptbahnhof befindlichen Haltestellenbänke oftmals durch die Trinkenden beziehungsweise Menschen ohne Fahrabsicht vereinnahmt werden und somit nicht für die Fahrgäste des ÖPNV zur Verfügung stehen?

Präsident Frank Imhoff: Diese Anfrage wird beantwortet durch Staatsrat Olaf Bull.

Staatsrat Olaf Bull: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Senat verfolgt eine ressortübergreifende und ganzheitliche Strategie zur Verbesserung der Situation am Hauptbahnhof. Allein durch eine Erhöhung der Polizeipräsenz oder Verbote kann die Situation nicht gelöst werden. Durch den Senator für Inneres ist deshalb im Jahre 2018 eine Sicherheitspartnerschaft Hauptbahnhof eingerichtet worden, zahlreiche Maßnahmen wurden bereits ressortübergreifend umgesetzt. Die Lage hat sich aber auch pandemiebedingt noch nicht nachhaltig verbessert. Um das zu ändern, hat der Koordinator der Sicherheitspartnerschaft Hauptbahnhof mit den beteiligten Ressorts einen Aktionsplan für das weitere Vorgehen entwickelt. Dieser wird zeitnah in den Senat eingebracht.

Zu Frage 2: Für ein generelles Alkoholkonsumverbot ist ein formelles Gesetz erforderlich. Dieses kann auf unterschiedliche Weise ausgestaltet sein. In Betracht kommt erstens die Schaffung einer einschlägigen Verordnungsermächtigung, mittels derer der Senat ermächtigt wird, unter bestimmten Bedingungen Alkoholkonsumverbotszonen auszuweisen.

In Betracht kommt zweitens die Änderung des Gesetzes über Rechtsetzungsbefugnisse der Gemeinden und in einem weiteren Schritt des Ortsgesetzes über die öffentliche Ordnung oder aber drittens die Schaffung eines eigenständigen Gesetzes analog des Gesetzes über das Verbot des Mitführens und der Abgabe von Glasflaschen oder Trinkgläsern in bestimmten Gebieten vom 11. April 2017. Die Einhaltung dieser Regelung muss sodann durch die Polizei und den Ordnungsdienst überprüft werden.

Über eine rechtliche Grundlage und deren Nachhaltigkeit hinaus wird eine Voraussetzung für das Gelingen sein, den heute Alkohol konsumierenden Personen eine Möglichkeit zum tolerierten Aufenthalt an anderen Plätzen zu ermöglichen.

Zu Frage 3: Das Ortsgesetz über die öffentliche Ordnung untersagt es bereits in § 3 Nummer 1, sich dauerhaft zum Zwecke des Alkoholkonsums auf Straßen, der Öffentlichkeit zugänglichen öffentlichen Flächen oder Bänken niederzulassen und dadurch die Nutzung durch andere unzumutbar zu beeinträchtigen. Der Senat sieht es als erforderlich an, dass die Funktionsbereiche des Hauptbahnhofs für ihre vorgesehene Nutzung freigehalten werden.

Verstöße nach der zitierten Vorschrift an den Haltestellen können derzeit jedoch durch Ordnungs-

kräfte nur schwer nachgewiesen werden. Rechtsgrundlage könnte künftig zum Beispiel eine Regelung im Ortsgesetz über die öffentliche Ordnung durch den Senator für Inneres sein. Durch diese sollen Polizei und Ordnungsdienst bei einer missbräuchlichen Nutzung schneller und für die Betroffenen nachvollziehbar handeln können.

Dessen ungeachtet ist eine klarere Ausweisung und bessere Ausgestaltung von Aufenthaltsorten und Toleranzflächen für die verschiedenen Gruppen im Bahnhofsbereich erforderlich, um Nutzergruppen zu entzerren und Konflikte zu verringern. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Herr Abgeordneter Lübke, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Marco Lübke (CDU): Ich komme noch einmal auf die Antworten zurück. Sie haben unter Frage zwei Antworten gegeben, wonach es rechtliche Möglichkeiten gibt, das zu unterbinden oder durchzusetzen. Meine Frage ist: Wie sehen Sie das als Senat? Halten Sie das für zielführend und auch praktikabel und richtig, dieses umzusetzen, um das Problem dort in den Griff zu bekommen?

Staatsrat Olaf Bull: Herr Abgeordneter, wir hielten es für richtig, aber es gibt Wechselwirkungen mit dem von mir beschriebenen sogenannten Haltestellenortsgesetz. Dieses Gesetz hätte für uns Priorität, weil es Handlungssicherheit bringt, denn der Alkoholkonsum findet an Haltestellen teilweise sehr intensiv statt und dort sollte er nach Vorstellung des Senators für Inneres unterbunden werden.

Präsident Frank Imhoff: Herr Staatsrat, eine weitere Zusatzfrage durch die Abgeordnete Sofia Leonidakis. – Bitte schön, Frau Kollegin!

Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE): Herr Staatsrat, stimmen Sie mir zu, dass die Beschlussfassung eines etwaigen Gesetzes der Zustimmung des Gesetzgebers, nämlich dieses Parlamentes, bedarf?

Staatsrat Olaf Bull: Frau Abgeordnete, da würde ich Ihnen auf gar keinen Fall widersprechen. Der Senator für Inneres und der Senat werden ganz sicher für dieses Gesetz in der Bürgerschaft werben, weil wir es für richtig halten. Wir würden in diesem Gesetz überhaupt keinen Akt der Vertreibung sehen, sondern würden das einfach als wichtige Maßnahme verstehen, um Verhalten, das am Bahnhof Konflikte auslöst, von dort zu verbannen. Wobei

verbannen ein hartes Wort ist. Ich würde sagen, dieses Verhalten dort zu unterbinden und zu sanktionieren.

Präsident Frank Imhoff: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte schön!

Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE): Herr Staatsrat, stimmen Sie mir zu, dass Sie da für Ihr Ressort sprechen und nicht für den gesamten Senat oder die gesamte Koalition?

Staatsrat Olaf Bull: Die Antwort, die ich Ihnen vorgetragen habe, habe ich Ihnen für den gesamten Senat vorgetragen und ich hoffe sehr, dass der Senat sich in Kürze hinter der Haltung des Senators für Inneres versammelt.

Präsident Frank Imhoff: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte schön!

Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE): Herr Staatsrat, zu der von Ihnen skizzierten Erforderlichkeit von Aufenthalts- und Toleranzflächen: Existieren die?

Staatsrat Olaf Bull: Ich glaube, bei diesen Flächen haben wir noch gewissen Nachholbedarf, damit wir am Ende sagen können, wir haben einen Bahnhof für alle. Das räume ich ein. Einen wesentlichen Schritt sehe ich im Ausbau des Szenetreffs.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE): Würden Sie mir zustimmen, dass der Szenetreff an sich noch keine Toleranz- oder Aufenthaltsfläche ist?

Staatsrat Olaf Bull: Ich stimme Ihnen zu.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage, Frau Kollegin? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE): Dann frage ich Sie, wie denn Ihre Herangehensweise ist. Was unternehmen Sie, um solche Toleranz- und Aufenthaltsflächen zu schaffen?

Staatsrat Olaf Bull: Wir beabsichtigen gemeinsam mit der Sozialdeputation und der Innendeputation eine Anhörung der Anrainer und aller weiteren Akteure am Bahnhof durchzuführen, um bei diesem wichtigen Thema „Akzeptierte Orte“ weiterzukommen.

Präsident Frank Imhoff: Vielen Dank, Herr Staatsrat, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

(Die vom Senat schriftlich beantworteten Anfragen der Fragestunde finden Sie im Anhang zum Plenarprotokoll ab Seite 1765.)

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, möchte ich Ihnen mitteilen, dass interfraktionell vereinbart wurde, den Tagesordnungspunkt 10, Errichtung einer Hundefreilauffläche im Waller Park, auszusetzen.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Abgeordneten Birgit Bergmann, Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP folgendes Thema frist- und formgerecht eingebracht worden:

Die schwarzen Kassen der Bildungsbehörde – Nachlässigkeit oder System?

Dazu als Vertreterin des Senats Senatorin Sascha Karolin Aulepp.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Birgit Bergmann.

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ganz frisch klingt uns Bildungspolitikern von Donnerstag die Information noch in den Ohren, dass die Senatorin für Kinder und Bildung dem Martinsclub Bremen e. V. 1,8 Millionen Euro zu viel überwiesen und diese nicht zurückgefordert hat. So konnte sich die Bildungsbehörde erneut unerlaubte Rücklagen in Millionenhöhe schaffen.

In einer nicht offiziellen Sitzung wurden wir Bildungspolitikern und Bildungspolitikern vertraulich in Kenntnis gesetzt, und zwar um 19:30 Uhr bei einer Sitzung, die um 14:00 Uhr begann. Parallel zu dieser Aufklärung arbeitete der „Weser-Kurier“ aber schon an seiner Story. Die Informationen waren also wieder einmal in der Welt, bevor sie uns Abgeordnete erreichten.

So durften wir im „Weser-Kurier“ dann abends ausführlich lesen, was wir in der Sitzung der Bildungsdeputation gehört hatten, dass eine zweite schwarze Kasse bei der Bildungsbehörde aufgetaucht ist. Ans Licht gekommen ist die Sache durch eine Beratungsfirma, die beim ersten Vorfall dieser

Art beauftragt wurde. Im September kam nämlich ans Licht, dass die Bildungsbehörde in gleicher Form in der Stadtteil-Schule e. V. neun Millionen Euro Gelder gleichermaßen geparkt hatte. Als Freie Demokraten halten wir diesen wiederholten Umgang mit Steuergeldern in einem Haushaltsnotlagefeld für ein Ereignis, das dringend ins Parlament gehört. Und weil dieser Umgang jetzt eben kein Einzelfall, sondern nach unserer Wahrnehmung auch ein Symptom für etwas ist, haben wir die heutige Aktuelle Stunde beantragt: Wir müssen reden!

Ja, so werden manche denken, die Opposition macht einmal wieder eine Welle. Das Geld ist doch da. Es ist nicht weg. Man hat sich ein wenig Flexibilität verschafft, ohne dass kriminelle Energie sichtbar geworden ist. So what? – Das ist richtig, das Geld ist noch da, aber es ist dennoch dem aktuellen Haushalt entzogen und wir alle kennen die aktuellen Herausforderungen im Bildungsbereich und die angespannte Finanzsituation in Bremen. Während man munter mit erweitertem Verständnis Finanzierungen mit abstrusen Argumenten in den Corona-Fonds schiebt, der ja auch irgendwann von unseren Kindern zurückgezahlt werden muss, hält man in der Hinterhand diese schwarze Kasse als Puffer. Das macht die neue Entdeckung für sich selbst schon zu einem kritischen Thema.

(Beifall FDP)

Dabei – und da bitte ich, gut zuzuhören – urteilen wir als FDP-Fraktion nicht, ob hier vorsätzlich und absichtlich oder nur gewohnheitsmäßig maulschelnd gehandelt wurde. Wir urteilen im Übrigen auch nicht darüber, wer dafür zur Verantwortung gezogen werden muss. Das wird durch die externe Prüfung durch KPMG und die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen geklärt werden müssen, und das ist auch gut so. Aber was jenseits der juristischen Bewertung dieser Unregelmäßigkeiten offensichtlich ist, ist Folgendes: Wenn solche Geldschiebereien möglich sind, dann ist das ein Indiz dafür, dass Arbeitsabläufe nicht gut und transparent organisiert sind.

Wir hören in der Bildungsdeputation immer wieder davon, dass man Anwalt der Kinder sein müsse, dass es nicht um Konzepte, sondern darum gehe, allen Kindern ein Angebot zu machen und von vielen kleinteiligen Herzensprojekten, die natürlich jedem Freude machen, die zu hören. Aber manchmal, so nach sechs Stunden Bildungsdeputations-sitzung, frage ich mich: Gibt es eigentlich über-

haupt ein Verständnis dafür, was es heißt, eine Behörde in dieser Größenordnung zu führen, zu verantworten und zu steuern und Probleme im Maßstab vom Land Bremen zu lösen?

Wir sprechen ja hier von behördlichem Kerngeschäft. Es ist die zentrale Aufgabe der Bildungsbehörde, Finanzmittel zuzuweisen, für den Umgang mit Trägern und Kooperationspartnern eine Struktur zu schaffen, Abläufe festzulegen und diese zu optimieren und zu kontrollieren, kurz, das ganze Bildungssystem funktional zu organisieren.

Es funktioniert eben genau an der Stelle nicht, an der man das Versagen ganz klar an Zahlen und Abläufen ablesen kann. Im Sommer ging es um die neun Millionen Euro schwere schwarze Kasse bei dem Verein Stadtteil-Schule, das war im September. Heute sprechen wir über 1,8 Millionen Euro geparkte Gelder beim Martinsclub Bremen e. V. Das ist das zweite Mal. Wann erreicht uns die nächste Hiobsbotschaft? Sind inzwischen alle Akten gesichtet oder werden wir nach weiteren drei Monaten wieder vor geparkten Millionen Euro stehen? Unsere Ahnungen sind trübe.

Sie sind es auch, weil noch an anderen Stellen deutlich wird, wie sehr das Kerngeschäft vernachlässigt wurde und möglicherweise wird. Wir hatten nämlich eine Berichtsbitte in der Bildungsdeputation eingereicht und nachgefragt, wie die Abrechnung in den letzten Haushaltsjahren mit den freien Trägern in der Kindertagesbetreuung erfolgt ist.

In der Vorbereitung auf die heutige Aktuelle Stunde habe ich mir natürlich diese Antwort noch einmal aufmerksam durchgelesen, und da lesen wir, dass Verwendungsnachweise für Träger bis 2017 rückwirkend einfach nicht durchgeführt wurden, über Jahre schlicht nicht erfolgt sind. Das wird mit Personalwechsel und offenen Stellen und ressortinternen Umstrukturierungen und Priorisierungen und vielem mehr begründet. Kann man das bei einer Behörde in dieser Größenordnung fassen? Wir sprechen nicht von einem Zeitraum von zwei Monaten, sondern von fünf Jahren.

Die Antwort lässt darauf zurück schließen, dass auch Personalmanagement nach Zuruf und Wellenschlag geschieht und nicht nach neuzeitlichen Prinzipien einer nachhaltigen Personalentwicklung. Außerdem gab es keine aktuellen Antragsformulare zur Referenzwertfinanzierung für die freien Kitaträger. Eine transparente Darstellung von Förderrichtlinien: Fehlanzeige.

Wenn ich mir diese Antwort einmal auf der Zunge zergehen lasse und im Kontext mit den beiden Schwarzgeldkassen, über die wir reden, betrachte, dann kristallisiert sich für mich folgende Frage: Wenn solches Kerngeschäft so intransparent läuft und Gelder so geparkt oder Prüfungen verschuldert werden, wenn so mit dritten Playern – Martinsclub Bremen e. V., Stadtteil-Schule e. V., freien Trägern – umgegangen wird, wenn die Sachen, die man an Zahlen, Daten, Fakten festmachen kann, nicht stimmen, wie und wer sollte Ihnen dann vertrauen, gute Bildung organisieren zu können? Der Zweifel bekommt da ordentlich Nahrung, würde ich sagen.

Das unzureichende Organisationsvermögen zeigt sich auch in über 1 000 fehlenden Kitaplätzen, die wir nach 13 Jahren Rechtsanspruch immer noch nicht anbieten können. Es zeigt sich darin, dass es in Schulen seit Jahren hineinregnet und uns die Decken einstürzen, wir über Nacht Schulen schließen müssen, die Sanierung von Sporthallen und Schulen einfach nicht gestemmt bekommen und es zeigt sich in fehlender Struktur für die Verwirklichung eines flächendeckenden Ganztagschulbetriebes.

Was wir gut organisiert haben, waren iPads. Hier sind Bundesmittel sinnvoll und schnell genutzt worden. Ein Stadtstaat hat auch Vorteile, weil es nicht unendlich viele Landkreise als Schulträger gibt, aber deutscher iPad-Champion zu sein, das reicht halt nicht.

Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Bildungsbehörde, ich nehme an, dass manche dieser Debatte lauschen: Meine beruflichen Erfahrungen sind breit, und ich weiß, wie es ist, in einem nicht funktionierenden System durchzuhalten und an seinem Platz Gutes zu leisten. Ich weiß, das gibt es auch in der Bildungsbehörde. Sie meine ich nicht. Ihnen danke ich fürs Durchhalten und Ihre engagierte Arbeit! Natürlich gibt es auch die, die aufgegeben haben und in ihre innere Emigration gegangen sind, weil sie nicht mehr können, ja.

Liebe Frau Aulepp, in Bezug auf Sie kann ich nur wiederholen, dass es mir leidtut, dass Sie als Person das alles abbekommen, aber Sie sind eben der Kopf dieser Behörde, und das ist das Erbe, das Sie angetreten haben, und es ist Ihre Verantwortung, diese organisatorische Schieflage auf die Reihe zu bekommen.

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Macht sie doch gerade!)

Weggegangen, gestorben oder in andere Behörden gewechselt sind die, die es wissen könnten, aber einige Wenige, die nah an den Dingen waren, die sind noch da. Vielleicht macht es Sinn, sich mit diesen noch einmal zu unterhalten.

Was den politischen Kollegenkreis angeht, da hätte ich einen Wunsch an den Weihnachtsmann auf dem Zettel. Manchmal wünschte ich mir einfach, es gäbe mehr Koalitionspolitiker, die mit Sachverstand und Herz aus ihren Fraktionen heraus – so, wie Christopher Hupe vorhin zum Beispiel – eine aktive Bildungsbegleitung im Sinne einer konstruktiven Fehlerkultur leben. Es wäre so wichtig, um solche Menschen in den Reihen der Koalition zu wissen, die selbst aussprechen, was nicht gut läuft, anstatt im Kreis herum kleinste Selbstverständlichkeiten zu belobhüdeln.

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Die Frage ist: Muss man das immer alles öffentlich machen?)

Der Mut, Dinge, die nicht gut laufen, aus der Koalition zu benennen, wäre auch deswegen wichtig, weil eine konstruktive Korrektur nachvollziehbarerweise eher aus den eigenen Reihen als aus der Opposition gehört und ernst genommen wird oder werden kann. Fehler geschehen nun einmal, solange der Mensch handelt. Umso wichtiger ist es, dass wir ein Umfeld erzeugen mit einer Fehlerkultur.

(Beifall FDP)

Aber in Anbetracht der Lage benennen wir als FDP-Fraktion das, was jetzt nach unserer Überzeugung nötig ist: Erstens, die Zuständigkeiten in der Behörde müssen glasklar definiert sein. Es ist so häufig, dass die Träger nicht wissen, wo sie mit ihren Themen landen können, und auch die internen Beschäftigten können nicht immer ihre Zuständigkeiten benennen.

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Von wem reden Sie denn?)

Zukünftig muss für jeden völlig transparent sein, wer für Schulplätze, Schulausbau, Sanierungen, Mittelzuweisungen, Stundenkontingente oder Coronaverordnungen zuständig ist und wo man es einsehen kann. Zweitens, Arbeitsabläufe müssen gut und transparent organisiert sein, inklusive Vertretungsregelungen. Übrigens hat sich, wo es an Personen hängt, auch das Vieraugenprinzip bewährt. Drittens, es muss klare Aufgaben und Stel-

lenbeschreibungen geben, die wirklich gut beschrieben und die auch leistbar sind, und zwar bis in die Schulen und in die Kitas hinein. Viertens, die Grundprinzipien einer funktionierenden Organisation im Haus müssen mit externer Begleitung neu buchstabiert und gelernt werden und dann auf die diversen Zuständigkeitsfelder ausgerollt werden. Dass die Buchhaltung nun erst einmal extern kontrolliert wird, ist ein guter Schritt in diese Richtung.

Meine Damen und Herren, für uns als Freie Demokraten hat dieser nun als zweiter in der Öffentlichkeit aufgetauchte Finanzvorfall in der Bildungsbehörde die Frage provoziert, ob es sich um ein systemisches Versagen bei Abrechnung und Controlling von Zuwendungsempfängern und anderen in der Bildungsbehörde handelt. Auch wenn kein Vermögensschaden für die Stadt Bremen entstanden sein sollte, widerspricht diese Praxis den Grundsätzen der Haushaltsklarheit und -wahrheit und missachtet die Budgethoheit des Parlaments. Daher werden wir mit hoher Wachheit die Arbeit des Beratungsunternehmens begleiten.

Es steht für uns auch die Frage im Raum, ob sich dieses Phänomen durch die ganze Bildungsbehörde und vielleicht auch durch andere Ressorts zieht. Wir brauchen in Bremen mehr als vieles andere ein funktionierendes Schulsystem, um unsere anstehenden Herausforderungen zu meistern. Im Moment können wir an den sichtbaren Daten und Fakten nicht ablesen, wie viele schwarze Kassen und andere Unregelmäßigkeiten sich noch auftun werden, die Untersuchungen sind ja noch nicht zu Ende. Aber bereits jetzt sind die finanziellen Unregelmäßigkeiten ein deutliches Symptom für organisatorische Inkompetenz.

Die Bildungsbehörde zu einem funktionierenden System zu wandeln, das in der Lage ist, die großen Bildungsaufgaben unserer Zeit zu bewältigen, Frau Senatorin Aulepp, das ist Ihre Aufgabe. Daran werden wir Freien Demokraten Sie, wenn nötig, immer wieder neu erinnern und auch messen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall FDP)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Miriam Strunge.

Abgeordnete Miriam Strunge (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als die fast neun Millionen geparkten Euro bei dem Verein Stadtteil-Schule aufgetaucht sind, da

war ich entsetzt darüber, wie über Jahre ein so hoher Betrag angespart werden konnte, ohne dass es irgendjemandem aufgefallen ist.

Der Umgang der Bildungssenatorin Sascha Karolin Aulepp damit, war hier allerdings vorbildlich. Sie hat für Transparenz gesorgt, als sie es erfahren hat, sie hat die Öffentlichkeit informiert, und sie hat Aufklärung gefordert. Sie hat nicht nur geredet, sondern sie hat auch gehandelt und eine externe Firma beauftragt, die die Finanzflüsse des Bildungsressorts im Detail überprüfen soll. Nur deshalb wissen wir ja heute, dass weiteres Geld bei einem Zuwendungsempfänger angespart wurde, anstatt es zu verausgaben. Diese Transparenz der Bildungssenatorin ist der richtige Weg.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Trotzdem müssen wir natürlich hier an dieser Stelle ganz klipp und klar sagen: So geht man nicht mit öffentlichen Geldern um. Das ist nicht hinnehmbar.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich finde, diese Vorgänge müssen lückenlos aufgeklärt werden, und da ist es aus meiner Sicht auch völlig egal, ob es sich um ein Haushaltsnotlageland oder nicht um ein Haushaltsnotlageland handelt: So wird nicht mit öffentlichen Geldern umgegangen, und wir müssen sicherstellen, dass das auch in Zukunft nicht mehr passiert.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich finde diesen Vorgang im Übrigen deshalb so empörend, weil dadurch über die Jahre zusammengerechnet mehr als zehn Millionen Euro eben nicht an die Kinder und Jugendlichen gegangen sind. Dieses Geld wäre dafür dagewesen, Personal im Unterricht bereitzustellen oder eine persönliche Assistenz zu bezahlen. Wir brauchen dieses Geld im knapp finanzierten Bremer Bildungssystem wirklich dringend, meine Damen und Herren. Wir können darauf nicht verzichten, und wir müssen sicherstellen, dass jeder Euro im Bremer Bildungshaushalt eingesetzt wird und nicht in eine Spardose geworfen wird, die dann überhaupt keiner kennt.

Die erheblichen finanziellen Unregelmäßigkeiten bei dem Verein Stadtteil-Schule und dem Martinsclub Bremen e. V. zeigen, dass es wohl enorme Probleme beim Finanzcontrolling der Senatorin für Kinder und Bildung gibt, und die Kritik der Opposition ist hier berechtigt und nachvollziehbar.

(Beifall CDU, SPD, FDP)

Dennoch möchte ich einige Wertungen, wie sie hier von der FDP kamen, aber auch in den letzten Tagen in der Presse zu lesen waren, zurückweisen. Erstens, es handelt sich nicht um die schwarze Kasse der Bildungsbehörde. Die Gelder lagen nicht auf den Konten der Bildungsbehörde, sie waren auch nicht direkt für die Bildungsbehörde zugänglich, sondern sie lagen bei den Zuwendungsempfängern. Es handelt sich also um ein massives Kontrollproblem im Bildungsressort, aber es handelt sich eben nicht um das aktive Anlegen von Geldern durch die Behörde. Diesen Unterschied muss man deutlich machen, und man sollte diese Punkte auch nicht miteinander vermischen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Zweitens gibt es für mich hier auch gar keinen Grund, absichtliches Handeln zu erkennen,

(Abgeordnete Birgit Bergmann [FDP]: Hat das jemand?)

wie in der Presse behauptet wurde oder auch, wie im Titel der Aktuellen Stunde angedeutet wird. Ich sehe keinen Anlass, etwas anderes als ein hochgradig mieses Controlling in der Bildungsbehörde zu sehen. Ich ziehe natürlich auch nicht den Schluss wie Frau Bergmann, dass man deswegen der Bildungsbehörde jegliche Kompetenz in Sachen Bildung absprechen muss. Ich glaube, das haben Sie vor allem gemacht, damit Sie mehr Redezeit für die Debatte hier haben und deswegen noch einmal so einen großen Rundumschlag machen können in der Aktuellen Stunde.

Weil es zu diesem Punkt auch öffentliche Mutmaßungen gibt, möchte ich auch etwas genau zu diesem Punkt sagen. Für das Controlling war federführend Arnhild Moning zuständig. Sie war Abteilungsleitung und später Staatsrätin. Natürlich trug sie damit auch die politische Verantwortung für diesen erheblichen Fehler im Controlling. Dass sie aber hier absichtlich Gelder versteckt habe, das ist eine Unterstellung, für die ich keinen Anlass sehe, und dieser Rufschädigung möchte ich hier entgegenwirken.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Drittens, und das ist mir auch wichtig: Es scheint hier nicht um persönliche Bereicherung zu gehen. Alle Gelder sind bei den Zuwendungsempfängern

noch vorhanden und konnten von der Bildungsbehörde zurückgefordert werden. Entscheidend ist jetzt, dass die Senatorin für eine lückenlose Aufklärung der Vorgänge sorgt. Es war richtig, nach dem Auftreten des ersten Falls im September ein externes Prüfunternehmen einzuschalten. Der zweite Fall ist durch die von der Senatorin selbst eingeleitete Prüfung erst ans Licht gekommen. Das zeigt auch, dass im Herbst die richtigen Schritte eingeleitet wurden, um die Mittelverwendung im Bildungsbereich genau zu überprüfen.

Dabei darf man aber nicht stehen bleiben. Ich erwarte von der Senatorin für Kinder und Bildung, dass sie die Finanzabteilung in der Bildungsbehörde so aufstellt, dass eindeutig ausgeschlossen werden kann, dass sich solche Vorgänge in der Zukunft wiederholen werden.

(Beifall SPD)

Die Mittel, die an die Zuwendungsempfänger gehen, die müssen auch überprüft werden. Wenn mehr Mittel beantragt werden, als am Schluss verausgabt wurden, dann müssen diese Mittel auch wieder zurückfließen. Das ist doch völlig klar.

Wir müssen aber noch eine zweite systemische Frage stellen, die für mich bisher in der Debatte zu kurz gekommen ist: Was Stadtteil-Schule und Martinsclub verbindet, ist die Funktion, externe Arbeitskräfte in die Schulen zu bekommen. Ich finde, wir müssen diskutieren, ob wir wirklich mit so vielen externen Kräften an Schulen arbeiten wollen. Bremerhaven macht das anders. Lehramtsstudierende, die an Schulen aushelfen, werden dort beispielsweise direkt vom Schulamt eingestellt. Vielleicht sind also die Modelle des Outsourcings über externe Firmen oder Vereine doch nicht der Königsweg für staatliches Handeln.

Mit dem Verein Stadtteil-Schule haben wir in Bremen eine Leiharbeitsfirma, deren hauptsächliche Aufgabe das Einstellen von Studierenden für Schulen ist. Ich sehe eigentlich gar keinen Grund, warum wir das nicht mit dem neuen Schulamt in Bremen auch selbst machen können. Ich finde, jetzt, nach diesen Vorgängen ist es Zeit, dass wir uns die Frage stellen: Brauchen wir Stadtteil-Schule in dieser Form noch, oder ist es nicht an der Zeit, auf diesen Verein zu verzichten und die Aufgaben von Stadtteil-Schule ins Bildungsressorts zu integrieren?

(Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Die haben doch nichts falsch gemacht!)

Auch bei den persönlichen Assistenzen denke ich, dass es an der Zeit ist, über neue Modelle nachzudenken. Bei den Schwerpunktklassen für den Förderbereich Wahrnehmung und Entwicklung arbeiten wir ja schon länger mit Klassenassistenzen, die bei der Bildungsbehörde eingestellt werden. Solche Modelle können wir auch auf andere Förderbereiche übertragen. Ich glaube nämlich, die kontinuierliche Personalplanung und das Ausschalten eines offensichtlich störanfälligen Systems von Zuwendungsempfängern könnten hier positive Ergebnisse eines solchen Systemwechsels sein.

Frau Bergmann hat in ihrer Rede auch deutliche Kritik an den Koalitionspolitikern, also an den Abgeordneten, an den Bildungspolitikern der Koalition ausgeübt.

(Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Weihnachtswunsch!)

Herrn Hupe hat sie da ausgenommen. Es ist sicherlich relativ normal, dass die Opposition nicht mit der Arbeit der Regierungskoalition und auch der zuständigen Abgeordneten zufrieden ist, denn sonst würden Sie sich ja irgendwie auch ein Stück weit selbst abschaffen.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Also liegt es irgendwie in der Natur der Sache. Trotzdem muss ich aber diese Kritik wirklich zurückweisen. Ich weiß nicht, vielleicht liegt es daran, dass die Sitzungen der Bildungsdeputation manchmal sehr lang sind. Aber wenn Sie wirklich zuhören, dann hören Sie, dass Herr Hupe, Frau Bredehorst aber auch ich natürlich an Stellen Kritik üben, dass wir nicht immer sagen, alles sei eitel Sonnenschein. Wir wissen alle, dass es enorme Herausforderungen in diesem Bildungssystem gibt, und die wollen wir als Koalition angehen. Vielleicht sollten Sie nicht nur sich selbst zuhören, sondern manchmal auch uns.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Eingangs habe ich gesagt, dass es mich besonders empört, dass hier Gelder aus dem System genommen wurden, mit denen dann Kinder und Jugendliche nicht gefördert werden konnten. Daher ist es mir auch ganz besonders wichtig, dass wir als Koalition darauf geachtet haben, dass die Gelder von dem Verein Stadtteil-Schule dann auch wieder in den Bildungsbereich zurückgeflossen sind. Entsprechende Beschlussvorschläge stehen dann morgen im Rahmen der Haushaltsberatung an.

Von den 1,8 Millionen Euro beim Martinsclub wussten wir allerdings während der Haushaltsberatungen noch nicht. Auch ich werde mich aber ganz eindeutig dafür einsetzen, dass diese Gelder jetzt endlich bei den Kindern und Jugendlichen ankommen. – Herzlichen Dank!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Christopher Hupe.

Abgeordneter Christopher Hupe (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wir debattieren in dieser Aktuellen Stunde über Zahlungen des Bildungsressorts an externe Träger, die Stadtteil-Schule und den Martinsclub, die weder zurückgezahlt wurden, noch – und das ist wirklich erstaunlich – von den zuständigen Mitarbeitern im Bildungsressort zurückgefordert wurden. So haben sich über die Jahre nach bisherigem Wissensstand über zehn Millionen Euro angehäuft.

Für uns als Grünen-Fraktion ist es überhaupt nicht akzeptabel, dass Mitarbeiter in einem Ressort geheime Finanzpolster am Haushaltsgesetzgeber vorbei bilden können – absichtlich oder nicht. Schwarze Kassen unter Umgehung des Haushaltsrechts der Freien Hansestadt Bremen darf es nicht geben.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Deshalb sagen wir auch klipp und klar, dass es eine rigorose Aufklärung des Sachverhalts geben muss. Meine Damen und Herren, die Bürgerschaft beschließt über die Höhe der Etats der Ressorthaushalte. Dem werden wir uns bekanntlich auch morgen widmen, und die Bürgerschaft entscheidet dann, wofür das Geld in einem Ressort ausgegeben werden muss. Dieses Prinzip wurde in diesem Fall klar verletzt, und das ist nicht akzeptabel.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Nach derzeitigem Kenntnisstand wurden die Zuwendungen an die externen Träger über die letzten sechs bis sieben Jahre angespart. Das bedeutet, dass diese Mittel, welche der Haushaltsgesetzgeber – also die Bürgerschaft – für die personelle Ausstattung der Schulen vorgesehen hat in Zeiten der für alle Ressorts schmerzhaften Haushaltskonsolidierung – –.

(Zurufe)

Jetzt geht das Licht aus.

Präsident Frank Imhoff: Wir müssen sparen. – Wir hören Sie deutlich, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Christopher Hupe (Bündnis 90/Die Grünen): Vielleicht müssen wir ein bisschen der 1,8 Millionen Euro, die jetzt gefunden wurden, für Stromkosten investieren.

(Heiterkeit)

Wir sprechen von Mitteln, die in Zeiten der schmerzhaften Haushaltskonsolidierung im Haushaltsnotlageland Bremen nicht verausgabt wurden. Sie wurden damit keiner sinnvollen Verwendung zugeführt, egal, ob im Bildungshaushalt oder woanders. Meine Damen und Herren, das ist ein grobes Faulspiel, nicht nur dem Parlament gegenüber, sondern allen anderen Ressorts.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Soweit bekannt ist – und davon ist derzeit auch auszugehen –, wurden diese Gelder nicht zweckentfremdet oder gar veruntreut. Diese Gelder wurden dem Haushalt jedoch vorenthalten, und es ist in aller Konsequenz zu verurteilen, dass dem Parlament die Möglichkeit genommen wurde, sein Recht wahrzunehmen und über die Verwendung der nicht verausgabten Mittel neu zu entscheiden. Ich möchte es noch einmal in aller Deutlichkeit wiederholen: Die Bürgerschaft wurde durch dieses Gebaren in seinen Rechten als Haushaltsgesetzgeber beschnitten, und das darf nicht sein.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

In dem Sinne ist es richtig, und das begrüße ich außerordentlich, dass die Bürgerschaft die Entscheidungsmacht über diese Mittel zurückgeholt hat und morgen, wenn wir den Haushalt für die Jahre 2022 und 2023 beschließen – Miriam Strunge hat es eben auch schon erwähnt –, diese Mittel wieder einer Zweckbestimmung zuführen wird.

Meine Damen und Herren, für uns als Grünen-Fraktion ist aber selbstverständlich, dass dieses Geld den Schulen und damit den Schüler:innen in Bremen nun endlich zugutekommen muss. Morgen werden wir dann voraussichtlich auch einen Haushalt beschließen, in dem die angesparten Gelder aus der Stadtteil-Schule für Verbesserung der Bildungsqualität in Bremen eingesetzt werden, und das ist auch gut so.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Ich persönlich schließe mich da Miriam Strunge an. Auch ich erwarte, dass dasselbe mit den Mitteln des Martinclubs passiert und auch diese zur Verbesserung der Situation an den Schulen zeitnah eingesetzt werden.

Die neue Senatorin für Kinder und Bildung hat, nachdem sie Kenntnis von den schwarzen Kassen bei dem Verein Stadtteil-Schule bekommen hat, umgehend die Staatsanwaltschaft und den Rechnungshof informiert. Sie hat auch verkündet, dass vorsorglich disziplinar- und strafrechtliche Schritte eingeleitet wurden, um mögliche Dienstvergehen und Rechtsverstöße vorbehaltlos aufzuklären. Zudem wurden externe Wirtschaftsprüfer eingeschaltet, im Zuge deren Überprüfung die überschüssigen Mittel beim Martinsclub entdeckt wurden.

Was mich hier verwundert, ist, dass im Nachgang zur Entdeckung bei der Stadtschule scheinbar nicht alle Zuwendungsempfänger:innen direkt ihre Finanzen in diese Richtung überprüft und entsprechend gemeldet haben. Auch hier gibt es eine Verantwortung, nicht verausgabte Haushaltsmittel zurückzuführen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Die eben genannten Schritte der Senatorin sind aber richtig und wichtig, und wir erwarten, dass die Aufklärung auch weiterhin genauso gründlich zu Ende geführt wird. Auch wenn nicht alle Konsequenzen zu diesem Zeitpunkt schon absehbar sind, ist doch eines klar: Das haushaltsinterne Controlling in der Bildungsbehörde hat versagt und muss neu aufgestellt werden. Es ist nämlich nicht verständlich, dass trotz der massiven Kritik des Landesrechnungshofs im Jahresbericht 2016 – also vor fünf Jahren –, in dem die intransparenten Zahlungsflüsse zwischen Stadtteil-Schule und Bildungsbehörde bereits kritisiert wurden, dieses Gebaren, dieses Anhäufen von Geld trotzdem weiterlaufen konnte und erst durch die angekündigte Nachschauprüfung des Rechnungshofs die Steine nun ins Rollen gebracht wurden.

Wir als Grünen-Fraktion erwarten von Ihnen, liebe Senatorin Aulepp, dass im Bildungsressort die Vergabe der Mittel an externe Träger und die Zuwendungsprüfung und gegebenenfalls Rückforderungen räumlich und personell getrennt werden.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Wir erwarten, dass nun ein Finanzcontrolling innerhalb der Behörde etabliert wird, welches diesen Namen auch verdient, und die ordnungsgemäße und transparente Verwendung von Haushaltsmitteln, so, wie es der Haushaltsgesetzgeber vorsieht, sicherstellt. Dabei unterstützen wir Sie gern. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Gönül Bredehorst.

Abgeordnete Gönül Bredehorst (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Diese Sachlage wurde ja nun von meinen Vordner:innen schon dargestellt: zwei Fälle von illegalen Kassen bei der Bildungsbehörde beziehungsweise in dem Verein Stadtteil-Schule und dem Martinsclub Bremen e. V.

Wir reden über 11 Millionen Euro. Das ist eine Menge Geld. Grundsätzlich kann man sagen: Zuwendungen werden im Bildungsbereich für Maßnahmen bewilligt, die neben dem Unterricht eine wichtige Unterstützung für den Schulbetrieb darstellen. Diese Maßnahmen werden in Kooperation mit freien Trägern umgesetzt, die zur Finanzierung der zweckentsprechenden Personal- und Sachausgaben Zuwendungen erhalten.

Sowohl der Bremer Verein Stadtteil-Schule als auch der Martinsclub Bremen e. V. fungieren seit vielen Jahren als Personaldienstleister im Auftrag der Bildungsbehörde. Beide Träger erhalten dementsprechend für diesen Zweck – der Beschäftigung von Vertretungslehrkräften zur Sicherung der Unterrichtsversorgung beziehungsweise von pädagogischen Fachkräften im Bereich der inklusiven Beschulung – Zuwendungen.

Die Kooperation erfolgt dabei auf der Basis von Zuwendungsbescheiden und Verwendungsnachweisen, bei denen die Zuwendungsempfänger einen sachlichen und zahlungsmäßigen Nachweis als Rechenschaftsbericht für jede einzelne Bewilligung termingerecht vorzulegen haben. Dies scheint aber in den letzten Jahren nicht passiert zu sein. Daher bin ich froh, dass die neue Senatorin die Unregelmäßigkeiten aufgedeckt und angezeigt hat.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Als die Senatorin Ende Juli erste Erkenntnisse erlangte, dass es im Zusammenhang mit den Zuwen-

dungen an den Verein Stadtteil-Schule in der Vergangenheit zu Unregelmäßigkeiten gekommen ist und eine unzulässige Rücklagenbildung erfolgte, hat sie umgehend den Rechnungshof informiert und die Mittel zurückgefordert. Diese wurden zurückgezahlt beziehungsweise mit laufenden Personalkosten verrechnet. Die Senatorin hat die Rechtsberatungsfirma KPMG Law eingeschaltet, die nun aufgedeckt hat, dass es auch beim Martinsclub e. V. zu Überzahlungen gekommen ist.

In dieser Sache gibt es eine schlechte und eine gute Nachricht. Die Schlechte: Es wurden illegal Steuergelder geparkt, aber nicht entwendet. Die gute Nachricht: Das Geld steht der Senatorin für Kinder und Bildung nach wie vor zur Verfügung und damit der Bildung in Bremen.

(Beifall SPD)

Wir als Koalition haben ja auch schon beschlossen, wie wir das Geld einsetzen werden, damit es allen Schülerinnen und Schülern zugutekommt. Dahin gehört nämlich das Geld.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Trotzdem darf diese Praxis nicht weiter fortgeführt werden. Wir brauchen jeden Cent im Bildungshaushalt. Auch ich werde mich dafür einsetzen, dass die 1,8 Millionen Euro, die beim Martinsclub e. V. festgestellt wurden, auch bei Bildung verbleiben und für gute Schule eingesetzt werden.

Wie soll es nun weiterlaufen? Als SPD-Fraktion fordern wir eine rücksichtslose Aufklärung in dieser Sache und dabei die größtmögliche Transparenz. Die Senatorin für Kinder und Bildung muss die internen Prozesse der Zuwendungspraxis überprüfen und dringend noch mehr Kontrollmechanismen einbauen, damit so etwas zukünftig nie wieder geschieht. Da erwarten wir auch von der Rechtsberatungsfirma wirksame Vorschläge. Die Staatsanwaltschaft ermittelt und wird am Ende zu einem Ergebnis kommen, da bin ich zuversichtlich oder hoffe, dass das bald der Fall sein wird.

Ob es nun Nachlässigkeit oder System war, können wir hier nur spekulieren. Aber, ich denke, die Staatsanwaltschaft wird uns da erleuchten. Fakt ist, so etwas darf nie wieder geschehen. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich habe ja noch Redezeit. Ich wollte noch einmal ganz kurz auf Frau Bergmanns Einlassungen eingehen. Ich finde es gut, dass wir jetzt über illegale Kassen reden und über Geld, das zum Glück bei Bildung verbleibt. Aber Sie machen jetzt eine Generaldebatte über Bildungspolitik daraus, und ich finde, das ist nicht sehr konstruktiv und hilft auch nicht in der Sache. – Danke!

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Yvonne Averwerser.

Abgeordnete Yvonne Averwerser (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ob Symptom oder System, da möchte ich Ihnen jetzt gerade einmal gern ein bisschen Einblick geben. Wie der Kollege Hupe schon beschrieben hat, kam die Erkenntnis, dass es jetzt noch einmal zusätzlich Gelder bei dem Verein Stadtteil-Schule geben könnte, aus einer Nachprüfung des Rechnungshofs.

Die Nachprüfung erfolgte aufgrund eines Rechnungsprüfungsberichts aus dem Jahr 2014. 2010, seitdem wird mit der Stadtteil-Schule nämlich schon kooperiert, begann das, und 2011 bis 2014 gab es einen Prüfungsauftrag beim Rechnungshof, wonach dort schon Unregelmäßigkeiten aufgefallen sind, die ziemlich genau das beschreiben, was wir dann jetzt wieder erleben.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Hört, hört!)

Daher, es gab einen kurzen Bericht, 2014 gab es den Bericht. Es dauert ja dann alles ein bisschen, 2016 kam es dann erst zu der Diskussion im Rechnungsprüfungsausschuss, dann dauerte es wieder bis 2017, und da sagte man auf einmal: Ja, ist alles prima. In der Deputation hat man dann gesagt, der Rechnungsprüfungsausschussbericht wird zur Kenntnis genommen, und damit war das Thema erledigt.

Aber jetzt wissen wir, 2016 beziehungsweise 2017 ging das System ja schon weiter. Wir wissen heute, dass seit 2015 –. Wer auch immer genauso weitergemacht hat, man würde bei mir zu Hause sagen, wirklich frech weitergemacht hat, und weiter mit System Geld hinterlegt hat –. Warum auch immer, das ist nicht mein Ding, das hier zu bewerten. Ich finde es bemerkenswert, dass bei den Trägern das Geld ja gar nicht verausgabt wurde. Denen war

schon bewusst, dass sie Gelder haben, die ihnen eigentlich gar nicht zustehen. Ich möchte gern wissen, ob es nicht tatsächlich den Kontakt der Träger zur Behörde gab, um das einmal klarzustellen.

(Beifall CDU)

Ich bin mir nicht sicher, ob das nicht herauskommt, dass es da tatsächlich einen Kontakt gab. Wobei, ich sage jetzt einmal, der Martinsclub e. V. ist ein bisschen anders zu behandeln als die Stadtteil-Schule e. V. Die Stadtteil-Schule bekommt Zuwendungen. Die müssen geprüft werden, da gibt es eine Rückforderung. Wenn die nicht geprüft und nicht zurückgefordert werden, passiert gar nichts.

Beim Martinsclub e. V. ist es so, die stellen Rechnungen aus. Wenn der gute Martinsclub weiß, er bekommt etwas bezahlt, das er nicht erbracht hat, dann braucht er ein Konto, auf das er wieder zurücküberweisen kann. Wenn er das aber nicht bekommt – und ich bin sehr sicher, dass diese Träger, diese beiden großen Träger, die wir wirklich unabhängig davon für gute Bildung in Bremen brauchen, genau wissen, für was sie das Geld ausgegeben haben und dass sie hier tatsächlich sauber gearbeitet haben.

Ich möchte tatsächlich den Trägern hier meinen Dank aussprechen, dass sie die Gelder beiseitegelegt haben, gewartet haben, bis die Senatorin für Kinder und Bildung auf sie zukommt, um sie zu bekommen, und zwar nicht, weil die Senatorin für Kinder und Bildung es plötzlich selbst gemerkt hat, sondern weil eine Nachprüfung stattgefunden hat und sie deswegen im Juni oder im Juli dieses Jahres die Unterlagen zusammentragen mussten und dabei zum Beispiel dieses Sparbuch auffiel. Daraufhin kam ja erst KMPG Law jetzt bei Ihnen hinein, um dann Weiteres aufzuklären.

Ich bin ziemlich sicher, wenn man da genauer hinschaut, findet man ein System. Es gehört im Haushalt nämlich ein Vieraugensystem dazu, wenn Gelder ausbezahlt werden, es gibt Verwendungsnachweise, die müssen geprüft werden. Auch dort muss ein Haken daran. Ob er rot, grün oder gelb ist, ist mir egal, aber daran gehören Haken, und zwar nicht nur von einem Sachbearbeiter. Der macht das eine, aber das geht ja weiter.

Wir müssen jetzt auch einmal einfach feststellen: Klar, wir haben alle große Hoffnung in Sie, dass Sie das jetzt alles aufklären werden. Das ist auch ein guter Zeitpunkt, muss man ja auch sagen. Es läuft ja jetzt gerade wirklich gut. Es gab einen Schnitt in

der Behörde, warum auch immer, und es ist jetzt ein guter Zeitpunkt hier aufzuräumen, und das erwarten wir auch von Ihnen.

Was uns ja schon gezeigt hat die letzten zehn Jahre – nein, was haben wir denn jetzt, 2010, ja, es sind ein paar Jahre –,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Elf!)

ist, dass es ja tatsächlich so ist: Die Senatoren kamen und gingen, aber die Verwaltung bleibt ja bestehen, und darunter hat sich diese ungesunde Verhaltensweise, so will ich es einmal positiv ausdrücken, verstetigt. Die hat sich ja verstetigt. Wenn Sie nicht angesprochen worden wären vom Rechnungshof, würde sie heute noch bestehen. Das ist doch Fakt.

(Beifall CDU)

Eines muss man sagen: Ich finde es – und da bin ich ganz bei den anderen – gut, dass wir die Gelder wieder zurückbekommen haben, und wie gesagt, mein Dank gilt da auch den Trägern, die das Geld gut verwahrt haben, wohlwissend, dass sie das Geld gar nicht für ihre Dinge verwenden dürfen.

Daher bin ich sehr dankbar, dass Sie die Aktuelle Stunde angefangen haben, Frau Bergmann, wobei mir zuerst auch nicht ganz klar war, wohin Sie wollten, denn tatsächlich geht es hier darum: Wir müssen dafür sorgen, dass die Bildung in Bremen, dass die Träger in Bremen, die wir dringend brauchen, so unterstützt werden, dass sie auch tatsächlich die Aufgaben erfüllen können, die sie erfüllen wollen

(Zuruf: Und können!)

und dass sie das auch regelgerecht können und dass sie nicht in irgendeine Stimmung hineinkommen, bei der es so aussieht, als würde ein Träger hier vielleicht nicht sauber arbeiten. Nicht sauber gearbeitet hat an der Stelle die Bildungsbehörde.

(Beifall CDU, FDP – Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: So, jetzt haben wir es!)

Herr Strohmann, Sie stören!

(Heiterkeit – Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Das kann ich bestätigen, Frau Kollegin!)

Es ist ja auch, und das wissen wir aus anderer Stelle, so, dass es bei der letzten Prüfung durch den

Rechnungshof ja so war, dass auch intern wohl geprüft wurde, wie die Behörde sich besser aufstellen kann. Ich befürchte, dass es auch dieses Mal so ist, dass behördenintern ebenfalls die Innenrevision vielleicht angesprochen wird, um in der Hinsicht tätig zu werden. Wenn die Innenrevision im Vorfeld noch nichts wusste, dann braucht sie im Nachgang auch nicht noch einmal aufgefordert werden, hier zur Aufklärung beizutragen. Das ist dann, meiner Meinung nach, der Bock zum Gärtner gemacht.

Wir müssen schauen, dass sie an der Stelle wieder sauber werden. Wir müssen schauen, dass wir bei Geldern, die vermutlich an anderer Stelle vielleicht ähnlich verausgabt wurden und nicht regelgerecht verrechnet wurden, Aufklärung erfahren und dass wir an dieser Stelle zusätzliche Mittel wieder in den Haushalt bekommen. Ich bin sehr sicher, es wird an der einen oder anderen Stelle auch so sein, nicht nur in der Bildungsbehörde, sondern sehr wahrscheinlich auch in anderen Strukturen. Ich sage jetzt einmal, das kann passieren. Wo gearbeitet wird, passieren Fehler. Aber bei Ihnen wurde bewusst, meiner Meinung nach bewusst, über eine sehr lange Zeit so gearbeitet, und ich bin sehr gespannt, was der Rechnungshof beziehungsweise die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft da noch zutage bringt.

Wir werden es sehr genau beobachten, ob uns die Ergebnisse in dem Fall dann transparent genug erscheinen, um Ihnen da weiterhin zu vertrauen, dass Sie die Behörde in der Hinsicht wieder in gutes Fahrwasser bringen. Ich bin gespannt, wann der Tätigkeitsbericht da sein wird. Vielleicht können Sie uns dazu schon etwas sagen, wie die Zeitabläufe sind, wie die Zeit vorgesehen ist. Das haben wir, glaube ich, noch nirgendwo erfahren, wenn ich das so richtig rekapituliere. An der Stelle erhoffe ich mir dann jetzt auch etwas mehr Transparenz durch einen Beitrag von Ihnen.

Ansonsten werden wir das kritisch begleiten. Wir werden sehen, wie überzeugend die Ergebnisse dann sind, und behalten uns dann auch eventuell noch weitere Schritte vor. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Birgit Bergmann.

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich mache es ganz kurz. Ich freue mich über die Debatte. Ich danke für dieses kritische Mitdenken

auch in Bezug auf strukturelle Entwicklungen in der Behörde, und ich bedanke mich auch bei der Opposition. Ein bisschen ist ja meine Wunschliste erfüllt worden, dass da alle wirklich konstruktiv kritisch mitdenken und daran beteiligt sind, dass wir die Sachen wieder auf die Reihe bekommen. – Vielen Dank!

(Beifall FDP)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort Senatorin Sascha Karolin Aulepp.

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordneten! Wir debattieren hier in der Aktuellen Stunde die Vorgänge, die in meiner Behörde geschehen sind, die durch meine Behörde zu verantworten sind und die dazu geführt haben, dass in erheblichem Umfang Steuergeld, also öffentliches Geld, das für das Wohl unserer Kinder in Kita und Schule hätte verwendet werden sollen, über Jahre hinweg dafür nicht verwendet wurde. Das ist hier ausführlich gewürdigt worden, das ist nicht hinnehmbar, und da bin ich sehr froh, dass wir uns an dieser Stelle alle einig sind.

Eine Aktuelle Stunde ist es deshalb, weil im Zuge der Untersuchungen wieder neue Sachverhalte bekannt geworden sind. Diese Untersuchungen, die damals – das ist hier auch schon erwähnt worden von mir – beim ersten Verdacht veranlasst wurden, die haben das Ziel, tatsächlich rückhaltlos und gründlich aufzuklären. Dafür ist eine unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft beauftragt worden, dafür werden jetzt alle finanziellen Vorgänge, alle Abläufe schonungslos durchleuchtet, um umfassend aufzuklären. Liebe Frau Abgeordnete Awerwieser, da geht Gründlichkeit vor Schnelligkeit. Aber, es ist mindestens genauso wichtig, dass wir miteinander beraten können, wie zukünftig sichergestellt werden kann, dass sich solche Vorgänge nicht wiederholen.

Ich habe Verständnis dafür, und ich finde es auch gut, dass wir hier öffentlich diskutieren. Das ist nötig, weil das Teil der notwendigen Transparenz ist, die wir gemeinsam herstellen müssen, auch um das Vertrauen in unsere Verwaltung, in den Umgang mit öffentlichen Geldern wiederherzustellen. Die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch darauf, zu wissen, was mit öffentlichem Geld geschieht, wofür es, für was es verausgabt wird, was wir damit bezwecken und was wir damit erreichen. Meine Damen und Herren, es ist nicht zu rechtfertigen und auch nicht zu vertreten, dass Gelder –

noch dazu in diesem Umfang und über viele Jahre hinweg – schlicht falsch und unkontrolliert auf Konten und Sparbüchern landen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich würde Ihnen hier gern versichern, dass keine weiteren Fälle auftauchen werden. Das kann ich leider nicht. Ich kann meiner Hoffnung Ausdruck verleihen, dass das so sein möge, aber garantieren kann ich das nicht. Was ich Ihnen aber versprechen kann, ist: Wir werden alles daransetzen, um rückhaltlos aufzuklären, alle Gelder, um die es geht und die womöglich nicht bestimmungsgemäß und rechtmäßig verwendet wurden, umfangreich und bis auf den letzten Cent zurückzufordern und zu sichern. Bislang ist dies auch in vollem Umfang geschehen.

Bislang haben wir – und auch das ist mir wichtig, hier ausdrücklich zu sagen – nicht feststellen können, dass Gelder veruntreut oder missbräuchlich gar für private Zwecke verausgabt oder veruntreut worden wären. Das heißt leider auch nicht, dass wir das nicht womöglich noch feststellen, aber derzeit haben wir dafür überhaupt keine Anhaltspunkte.

Für mich ist es noch zu früh, ein abschließendes Urteil zu bilden, ein Fazit zu ziehen. Wir sind nach wie vor mitten im Prozess. Das ist hier auch deutlich geworden, dass dieser Prozess notwendig ist.

Ich möchte trotzdem aber auf vier Punkte etwas genauer eingehen. Der erste Punkt, das habe ich eingangs schon gesagt: Es ist keinesfalls akzeptabel, wie hier mit öffentlichem Geld umgegangen wurde. Zweitens, dass dies so möglich war, liegt auch daran, dass in meiner Behörde die Kontrollmechanismen, die gerade so etwas verhindern sollen, ganz offensichtlich nicht funktioniert haben. Das heißt natürlich auch, dass wir uns für die Zukunft anders aufstellen müssen, auch organisatorisch anders aufstellen müssen, damit sich solche Vorgänge möglichst nicht mehr wiederholen. Das ist hier von Ihnen auch betont worden, und an der Stelle kann ich Ihnen versichern: Ich freue mich, das, was Sie mir hier als Auftrag mitgegeben haben, auch umzusetzen.

Drittens möchte ich hier meine Kollegin Arnhild Moning würdigen. Es ist ja an verschiedenen Stellen und auch hier heute bereits erwähnt worden, dass Frau Moning, unsere viel zu früh verstorbene Staatsrätin, eine nicht unerhebliche Rolle bei diesen Vorgängen gespielt haben dürfte. Ich habe Arnhild Moning in ihrer Rolle als Staatsrätin leider

nur kurz erleben dürfen, aber ich glaube, man tut ihr kein Unrecht, wenn man darauf hinweist, dass sie auch schon als Referatsleiterin des Haushaltsreferats eine ganz maßgebliche Person in diesem Bildungsressort war. Arnhild Moning haben verschiedene Eigenschaften charakterisiert. Sie war außerordentlich engagiert, sie hat für ihre Arbeit gelebt, ja, sie hat für ihre Arbeit gebrannt.

Arnhild Moning hatte Haare auf den Zähnen, sie war nicht wirklich bekannt für ihre Charmeooffensiven, sondern eher als knallharte Verhandlungspartnerin, eher vielleicht grantelig und missmutig als zugewandt und freundlich. Dennoch wurde sie von vielen sehr geschätzt als außerordentlich kenntnisreiche und vor allen Dingen auch verlässliche Verhandlungspartnerin, auch das gehört zu ihrer Person. Transparenz hingegen, also die Einbeziehung möglichst vieler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ihre Gedanken, das war nicht ihre hervorstechendste Eigenschaft. Sie gewährte nur sehr wenigen Einblick in die sehr komplizierten Vorgänge, die rund um den sehr umfangreichen Haushalt herrschten.

Ich weiß nicht, was im Weiteren herauskommen wird, aber es deutet derzeit nichts darauf hin, dass Arnhild Moning sich oder andere privat bereichert hätte, und ich glaube auch nicht, dass das so war, denn Arnhild Moning hat, ich habe es schon gesagt, gebrannt für den Bildungsbereich. Sie engagierte sich für Bildung, für die Kinder. Das war ihre Profession und ihre Leidenschaft.

Dass da Fehler gemacht wurden, ist offensichtlich, und es ist auch gut und richtig so, dass das jetzt zutage kommt, dass das abgestellt wird, dass das geändert wird. Aber, ich werde hier nicht den Stab brechen über eine Person, die sich nicht mehr wehren kann, aber, die es meines Erachtens auch nicht verdient hat, dass der Stab über sie gebrochen wird. Denn ihr Ansinnen – davon bin ich nach wie vor überzeugt – war es, für den so wichtigen Bereich Bildung möglichst viel Geld zu mobilisieren und dafür zu sorgen, dass diese Gelder auch für unsere Kinder eingesetzt werden.

Viertens und letztens: Richtig ist, dass da sehr krumme Wege gegangen wurden. Richtig ist, dass diese Wege nicht zu akzeptieren sind, dass diese Wege abgestellt werden müssen, und – das gehört ja auch dazu – dass diese Wege auch nicht dazu geführt haben, dass dieses so wichtige Geld für die Kinder eingesetzt wurde. Richtig ist aber leider auch, dass es mehr gerade Wege braucht, um dafür zu sorgen, dass das Geld, das uns als Ressort für

Kinder und Bildung von Ihnen, vom Parlament als Haushaltsgesetzgeber, mit einer Zweckbestimmung – nämlich für die Kinder – in Kitas und Schulen zur Verfügung gestellt wird, auch tatsächlich bei den Kindern ankommt. Auch wenn es – und das ist leider, und da sind wir uns ja auch alle einig – viel zu oft nicht in der notwendigen Geschwindigkeit der Fall ist, dass dieses Geld auch über ein Haushaltsjahr hinaus zum Wohle der Kinder eingesetzt werden kann. Auch darüber werden wir weiter nachdenken. Darüber möchte ich gern ins Gespräch kommen mit Ihnen, mit dem Haushaltsgesetzgeber.

Unterm Strich möchte ich sagen: Die Opposition hat hier das offensichtliche Versagen der Behörde hinsichtlich der Kontrolle des Umgangs mit öffentlichem Geld angeprangert, und dafür möchte ich mich an dieser Stelle auch noch einmal bedanken. Das ist gut und richtig so.

(Vizepräsidentin Antje Grotheer übernimmt den Vorsitz.)

Wir werden weiterhin rückhaltlos aufklären, wir werden weiter und im Übrigen auch unabhängig davon, ob wir Aktuelle Stunden haben oder nicht, alles rücksichtslos und rückhaltlos berichten, was dabei zutage tritt. Das Wichtigste, das möchte ich an dieser Stelle zum Schluss nochmals betonen, ist, dass wir gemeinsam daran arbeiten und für die Zukunft sicherstellen, dass sich solche Vorgänge in der Kinder- und Bildungsbehörde und auch anderswo nicht wiederholen. – Ich möchte mich bedanken für diese Debatte, für die konstruktiven Beiträge, für die in der Sache notwendige und natürlich auch an der einen oder anderen Stelle emotional geführte Debatte!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aktuelle Stunde ist geschlossen.

Wirtschaftliche Sanierung des öffentlichen Klinikverbunds Gesundheit Nord gGmbH (GeNo) – Forderung nach Vorlage einer Personalstrategie Antrag der Fraktion der CDU vom 28. September 2021 (Drucksache [20/508 S](#))

Dazu als Vertreterin des Senats Senatorin Claudia Bernhard.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rainer Bensch.

Abgeordneter Rainer Bensch (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zwei Dinge stehen fest: Erstens, die Beschäftigten der Gesundheit Nord gGmbH, die Beschäftigten an allen vier kommunalen Kliniken unseres Verbundes leisten medizinisch, pflegerisch hervorragende Arbeit. Diese ist und bleibt unverzichtbar, und es ist unsere gesamtgesellschaftliche Aufgabe, in Zeiten von Berufsflucht aus der Pflege alles dafür zu tun, diese guten Köpfe in unserem Klinikverbund zu halten, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU)

Das Zweite ist, die wirtschaftliche Sanierung des Klinik-Verbundes GeNo muss endlich gelingen. Wir haben erhebliche Zweifel, dass dies beides übereinkommt, deswegen unser Antrag. Wir stellen den Antrag, Licht zu bringen in die unklare Personalstrategie, denn, wenn ich mir anschau die aktuelle Lage, zum Beispiel diesen eher kalten intransparenten Personalabbau ohne Hintergrund, ohne Strategie, ohne tatsächliche Prüfung: Muss das so sein? Hängt da ein medizinischer Versorgungsbedarf dahinter oder nicht?

Oder, wenn ich daran erinnere, im Sommer – der Brandbrief der Kinder- und Jugendärzte am Klinikum Bremen-Mitte, am Eltern-Kind-Zentrum nach der bekanntgegebenen Verlagerung und auch Umsetzung der Neonatologie von Links der Weser in Richtung Klinikum Bremen-Mitte. Und wenn ich mir dann jüngst anschau, was am Klinikum Links der Weser los ist: Ängste. Bleibt unser Standort überhaupt noch erhalten? Wie sieht es aus mit dem wirklich Millionen Euro schweren Teilneubau dort oder einer eventuellen Sanierung? Was ist mit einem Public-Private-Partnership-Modell? Was kommt da auf uns zu? Die Beschäftigten wissen das nicht.

Das Schlimmste, was man in diesen Zeiten – nicht nur der Pandemie, sondern grundsätzlich –, in denen Krankenhäuser oftmals auch zur Disposition stehen, tun kann, ist, wenn man keine langfristige Standortsicherung gibt. Das, was hier momentan geschieht, verunsichert Beschäftigte, verunsichert auch junge Ärztinnen und Ärzte, die nach einem guten lukrativen Job suchen. So kann das nicht weitergehen. Deswegen erwarten wir wirtschaftli-

che Sanierungen und dazugehörig eine Personalstrategie, die in sich schlüssig ist, und das ist Bestandteil unseres Antrags, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU)

Was wir fordern? Wir wollen Licht bringen in diesen intransparenten Personalabbauprozess, wir wollen aber auch wissen, was es mit künftig noch zu erwartenden 440 Vollzeitkräften, Vollkräften an Abbau auf sich hat. Wo soll es denn geschehen? In welchem Krankenhaus? In welcher Disziplin? Bislang geschieht das alles kalt im Laufe des monatlichen Managements. Einmal wird eine Stelle frei, einmal nicht. So kann es nicht weitergehen. Dies verunsichert alle, und deswegen wollen wir – und das ist jetzt wichtig – rein formal bis Mitte nächsten Quartals, also bis Mitte des ersten Quartals 2022, diesen Bericht vorgelegt bekommen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Einmal ein paar Zahlen, damit Sie sich vorstellen können, wirtschaftliche Sanierung, was das denn bedeutet: In dem sogenannten Sanierungsplan 2021 bis 2025 neu steht darin: Wir wollen 75 Prozent von 88 Millionen Euro durch zwei Dinge erwirtschaften: Personalabbau in Höhe von bis zu 440 Vollkräften, aber das Ganze auch noch bei laufendem Betrieb mit einer Leistungssteigerung, mit mehr Fallzahlen. Das kann nicht funktionieren, denn, wenn Sie sich die Zahlen anschauen der letzten Jahre, dann stellen Sie fest, auch schon vor der Pandemie von 2016 bis 2019 einen Leistungsrückgang von mehr als acht Prozent, bei der GeNo in Bremen bei 2,5 Prozent, und deutschlandweit ist dieser Trend auch. Sie können nicht mehr auf eine Fallzahlsteigerung setzen. Dieser Kurs ist zum Scheitern verurteilt und deswegen muss eine abgestimmte, transparente Personalstrategie vorgelegt werden, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU)

Ich werde Ihnen dann nachher in der zweiten Runde noch einmal ein paar Zahlen bringen, um zu untermauern, warum das so wichtig ist. Ich möchte aber auch schon einmal daran erinnern, dass wir hier in der Bürgerschaft öfter Geld nachgeschossen haben. In diesen zehn Jahren, in den letzten zehn Jahren, haben wir circa 600 Millionen Euro nachbewilligt. Das muss man sich einmal vorstellen, um welche Größenordnung es hier geht. Die anderen Beschäftigten der anderen Kliniken, die hatten nicht diese Zuschüsse. Bedenken Sie dies, damit

Sie auch einfach einmal verstehen, welche Bedeutung Sie auch als Abgeordnete haben, den eigenen Senat zu kontrollieren.

Da möchte ich nur an zwei Abgeordnete erinnern. Der eine ist heute hier: Björn Fecker. 2018 bei der Nachbewilligung von 205 Millionen Euro hat er gesagt: Die Geduld mit der GeNo ist endlich. Dies, meine Damen und Herren, muss ein Leitsatz auch der Koalition sein, wenn Sie den Senat kritisieren oder wenn Sie ihn unterstützen, zum Beispiel mit ausreichenden Investitionsgeldern. Die Geduld ist endlich, aber, wir brauchen die Beschäftigten, und dafür müssen wir uns alle gemeinsam anstrengen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Arno Gottschalk.

Abgeordneter Arno Gottschalk (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich gefragt, welches Anliegen die CDU mit diesem Antrag eigentlich verfolgt.

(Zuruf Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD])

Wenn Anträge hier in der Bürgerschaft gestellt werden, dann haben sie eigentlich immer eine doppelte Dimension. Sie haben ein konkretes Anliegen, und man will eine Botschaft setzen, eine Botschaft, möglicherweise auch nur zwischen den Zeilen.

Wenn ich mir diesen Antrag und die Lyrik darin anschau, dann sehe ich, ja, das konkrete Anliegen ist: Die CDU möchte detailliertere Informationen über die Personalstrategie der GeNo. Wenn ich aber nach der Botschaft frage, dann ist das natürlich der Vorwurf von Intransparenz, von Kaltheit. Aber, wenn ich es mir genauer anschau, Herr Bensch, dann stehen da solche Sachen wie diese 440, die man abbauen will, das sei doch nur in finanzieller Hinsicht ein unrealistischer Plan. Es wird darauf hingewiesen, dass die Wachstumswahlen hinuntergehen, und es wird geschrieben, dass die GeNo nicht nur an sinkenden Leistungen und Erlösen kranke, sondern eben auch an steigenden Personal- und Sachkosten.

Herr Bensch, wenn ich das zusammennehme und das einmal herauslese, was Sie für eine Botschaft zwischen den Zeilen haben, dann klingt die nach meinem Verständnis so: Ihnen sind die 440 Personen, die abgebaut werden sollen, nicht genug. Das

ist das, was die Konsequenz aus Ihrer Lyrik ist. Sie sagen es nicht offen, aber die Botschaft setzen Sie. Haben Sie doch den Mut, uns nicht nur zu sagen: „Seid ehrlich, legt das auf den Tisch, baut mehr ab“, sondern sagen Sie – und dann passt das natürlich nicht zu Ihren Erzählungen, dass Sie Menschen draußen, die eine schwere Arbeit leisten, gerade in diesen Zeiten, beruhigen wollen –, sondern sagen Sie wirklich, was Sie mit der Botschaft setzen wollen.

(Abgeordneter Rainer Bensch [CDU]: Sie lenken ab!)

Der zweite Punkt: Wir haben in diesem Bereich ja über den Controllingausschuss schon eine Berichtsbitte gestellt. Dieser Bericht wird kommen, und ich gehe davon aus, dass wir dort die Fragen, die gestellt worden sind, noch ausführlicher beantwortet bekommen als das, was Sie jetzt mit angesprochen haben. Ich sage jedenfalls, ich erwarte von dem Bericht für den Controllingausschuss erstens natürlich konkretisierte Personalbedarfe, und zwar für alle Funktionsbereiche aufgegliedert und auch aufgegliedert für die einzelnen Standorte. Das muss natürlich enthalten sein. Ich will aber auch, Herr Bensch, zusätzlich wissen, unter welchen strukturellen Rahmenbedingungen denn solche Planungen gemacht werden. Sind die neuen Pläne vom Klinikum Links der Weser zum Klinikum Bremen-Mitte eingeplant? Sind darüber hinaus auch die Tendenzen, die wir in der Ambulantisierung haben, schon enthalten, oder wird das noch gemacht werden müssen? Das möchte ich gern wissen.

Ich möchte auch gern wissen, ob solche Planungen dann die Berechnungen natürlich unter Einrechnung des Personaluntergrenzengesetzes gemacht worden sind. Ich möchte dann wissen, ob Sie nur mit den heutigen oder auch mit denen, die schon zu erwarten sind –. Das sind Sachen, die ich wissen möchte.

Dann möchte ich das aufgreifen, was Sie sagen. Wie funktioniert denn eigentlich das Ausnutzen der Fluktuation? Ist das wirklich ein kaltes einfach Hinnehmen, wenn jemand verabschiedet wird, dann wird der Arbeitsplatz gestrichen? Oder wird sich sehr genau angeschaut, ob dieser Arbeitsplatz neu zu besetzen ist und dann eben neue Personen darauf gesucht werden sollen? Das möchte ich wissen dann auch in der Antwort.

Ich möchte dann auch wissen, wie man mit dem möglichen Matching-Problem in dieser Sache umgeht, nämlich der Frage, wenn die Plätze, die man abbauen will, eben nicht durch natürliche Fluktuation sind. Was kommt dann? Kommen zusätzliche Angebote in dem Bereich, oder was geht? Was passiert eigentlich in dem Bereich, wenn die Fluktuation dort stattfindet, die Verabschiedung in die Rente, wo gerade eigentlich nicht abgebaut werden soll? Auch das möchte ich wissen in dem Bereich.

Dann möchte ich natürlich auch wissen, wie das in dem Bereich der Leiharbeit ist, und zwar etwas mehr, als Sie vielleicht vor Augen haben. Ich möchte in der Tat etwas über die Größenordnungen wissen. Ich möchte wissen, welche Mehrkosten in diesem Bereich sind, und ich möchte auch die Antwort darauf haben, was unausgesprochen im Raum steht, ob die laufenden Personalabbaumaßnahmen eigentlich dazu beitragen, dass mehr Leiharbeit benötigt wird.

Das alles möchte ich wissen, das erwarte ich auch von dieser Beantwortung für den Controllingausschuss, und ich bin optimistisch, dass wir die auch bekommen. – Danke schön!

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Klaus-Rainer Rupp.

Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp (DIE LINKE): Frau Präsidentin, sehr verehrte Anwesende! Es ist ungefähr das, weiß ich nicht, wievielte Mal, dass wir hier ein Sammelsurium von Problemen bei der GeNo vorgelegt bekommen, das man so und in dieser Art gar nicht zusammenschieben darf, es sei denn, man will einfach nur populistisch immer wieder sagen, jetzt muss saniert werden, jetzt muss saniert werden, ohne zu sagen, wie. Die Vorlage oder die Tatsache, dass man bei der GeNo einmal schaut, wie viele Menschen werden denn eigentlich bezahlt durch das Gesundheitsbezahlsystem DRG, Diagnostic Related Groups, finde ich völlig in Ordnung. Das muss man sich einmal schauen.

Wenn man dann feststellt, 440 Leute im medizinischen Dienst, im Funktionsdienst und bei den Ärzten, sind offensichtlich nicht bezahlt – denn das Pflegepersonal ist da ja herausgenommen, das hat der Kollege Bensch beflissentlich nicht erwähnt, dass das davon gar nicht betroffen ist. Wenn man

dann feststellt, das ist zu viel, das wird nicht bezahlt, dann muss man selbstverständlich die Frage stellen: Kommen wir dann ohne diese Menschen aus? Schaffen wir es dann, wenn die nicht mehr da sind, die Leistungen, die das Krankenhaus erbringen muss und will – nicht so sehr um damit Geld zu verdienen, sondern in allererster Linie, um Leute gesund zu machen –, reicht das dann noch aus? Das war der Grund, warum wir schon im Februar/März die GeNo vom Controllingausschuss gebeten haben, zum Herbst dieses Jahres, das kommt jetzt nächste Woche, einen Bericht vorzulegen, der auf einer Personalbedarfsplanung beruht, dass man diese beiden Dinge nebeneinanderlegen kann.

Wenn man das macht, wenn man diese beiden Dinge nebeneinanderlegt, dann kann man sich entscheiden: In welche Richtung können wir eigentlich gehen? Können wir eigentlich Personal abbauen, und wenn ja, wie viel, ohne die gesundheitliche Versorgung in Bremen zu gefährden? Denn, wenn das nicht der Fall ist, dann muss man unter Umständen feststellen, dann stimmt etwas mit diesem ganzen Finanzierungssystem nicht. Dann muss man Menschen vorhalten in verschiedenen Bereichen, die nicht abgedeckt sind durch diese sogenannten diagnosebezogenen Gruppen und dem Landesbasisfallwert. Diese Frage kann man so nicht beantworten und schon gar nicht pauschal.

Gleichzeitig wird in der Begründung für den Antrag wieder dieses negative Betriebsergebnis aufsummiert und aufsummiert und immer wieder der Eindruck erweckt, als könnte man das mit einem Federstrich oder einer Sanierungsstrategie hier in Bremen von der GeNo allein lösen. Kann man nicht, nicht in der Größenordnung, weil zum Beispiel der Kapitaleinsatz für den Teilersatzneubau am Klinikum Bremen-Mitte (TEN) immer noch zu Buche schlägt. Ein Fehler, man konnte den TEN nicht aus dem laufenden Geschäft heraus finanzieren. Ein Stück weit muss der Kapitaleinsatz aber immer noch finanziert werden.

Wir wissen, dass dieses negative Betriebsergebnis auch zustande kommt, weil es Bereiche gibt, die werden gar nicht auskömmlich finanziert. Ich habe es hier schon gesagt, ich glaube, weil es so einen Antrag schon drei- oder viermal gegeben hat: Pro Notfall bekommt die Notfallaufnahme 47 Euro.

(Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP]: 49 Euro!)

49? Einer passt auf: 49 Euro. Ist jetzt aber auch nicht so richtig viel mehr. Wir haben auch im Controllingausschuss wieder gefragt, weil unsere Neigung zu Fragen ist ja groß: Was macht das eigentlich aus? In welchen Bereichen haben wir eigentlich unterfinanzierte Vorsorge anzubieten? Da wurden ein paar Sachen gesagt, unter anderem die Notfallambulanz. Das addierte sich auch auf 10 Millionen Euro. Deswegen ist es meines Erachtens vollständig in Ordnung, wenn wir feststellen, wir haben Bereiche, die sind nicht auskömmlich finanziert, wir wollen aber, dass das ist, dass dann ein Betriebskostenzuschuss von der Stadt oder von der öffentlichen Hand geleistet wird, weil wir diese Dinge brauchen, um die gesundheitliche Versorgung zu machen. Es ist einfach nicht zulässig, das alles in einen Topf zu rühren und es aufeinander aufzuaddieren. Da muss man einmal präzise sein.

Wenn man ernsthaft an einer Sanierung und einer wirtschaftlichen Verbesserung der GeNo interessiert ist, dann muss man deutlich, deutlich präziser werden, die einzelnen Facetten auseinanderrechnen. Ich erinnere da immer an ein Zitat, ich weiß gar nicht von wem es ist, aber das sagt: Für jedes komplexe Problem gibt es eine einfache Lösung. Und die ist falsch. Deswegen müssen wir präzise sein. Ich bin ziemlich sicher, dass der Bericht, den wir nächste Woche im Controllingausschuss bekommen,

(Glocke)

und der geht mit Sicherheit auch an die Deputation, dass der uns die Frage, wie viel Personalabbau können wir uns überhaupt leisten, ohne die gesundheitliche Versorgung zu gefährden, dann beantwortet. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralph Saxe.

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Erst einmal möchte ich erklären, dass ich meiner Kollegin Ilona Osterkamp-Weber gute Besserung wünsche, die eigentlich hier hätte stehen sollen. Ich hoffe, dass sie bald wieder unter uns ist.

(Beifall – Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP]: Wir schließen uns den Wünschen an!)

Das ist schön, Herr Dr. Buhlert. Ich habe mich auch nach dem Sinn dieses Antrages gefragt, vor allen

Dingen im Lichte dessen, was wir nächste Woche in den Controllingausschuss bekommen. Das ist im Prinzip genau das, was Sie in diesem Antrag fordern. Es wäre auch meiner Ansicht nach seriös gewesen, wenn Sie das gesehen hätten – Sie wussten das ja schon seit einem Monat, dass das kommt – und, dass Sie dann sagen, okay, die Terminierung ist nicht ganz glücklich, und vielleicht sollten wir erst seriös das abwarten, was dort berichtet wird, und dann machen wir vielleicht einen modifizierten Antrag davon. Das hätte ich ja verstanden. So aber ist es ein Schaufensterantrag, und so ist es auch nicht seriös, wie ich finde.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Dann erwecken Sie so ein bisschen den Eindruck, als wenn das alles intransparent wäre, als wenn die Parlamentarier nicht gut informiert worden wären. Sie sitzen ja nun zumindest auch in einem Ausschuss, in dem ich auch mit sitze, da wird uns monatlich ziemlich ausführlich berichtet. Am 3. Februar wurde uns auch über das grobe Personalkonzept berichtet. Am 12. Mai wurde das noch einmal vertieft, und dann wurde erklärt, dass man all das, was Sie fordern – nämlich sich die Stellenpläne der Standorte und der Geschäftsbereiche anzuschauen –, an uns berichtet. Dann kommt dieser Antrag und suggeriert: Weil wir, die CDU, so stark gewesen sind, hat das Gesundheitsressort das einen Monat später vorgelegt. Das ist nicht ganz seriös, Herr Bensch, wirklich nicht.

(Zuruf Abgeordneter Rainer Bensch [CDU])

Was ich nicht aus Ihrem Antrag herausgelesen habe, ist, dass Sie jetzt mehr als 440 Stellen haben wollen. Das konnte ich da nicht herauslesen. Ich glaube, so wie Sie ist auch die Koalition auf der Suche, was tatsächlich die angemessene und richtige Zahl ist. Das wird am Ende nicht 440 sein, sondern, das wissen Sie auch, das ist ausgerechnet worden, wie man eben dieses EBITDA erreichen kann, was für eine Zahl das ist. Das ist erst einmal nicht willkürlich, sondern von der Refinanzierung her ist das der richtige Ansatz. Es ist natürlich aber nicht der einzige Ansatz, den wir dabei wählen können, dass es monetär auskömmlich ist, wenn wir über Krankenhäuser am Ende reden.

Es ist schon erwähnt worden: Die Pflege ist ausdrücklich dabei ausgenommen worden. Das wäre ja auch blödsinnig, wenn man das nicht machen würde, weil das ja zum größten Teil refinanziert wird, wenn es keine Leiharbeit ist. Deshalb, glaube ich, kann man ganz klar sagen, dass man auch die

Erwartung an das Ressort hat, dass auch die Pflege zukünftig von solchen Kürzungen ausgenommen wird. Das ist auch logisch, das ist schon erwähnt worden. Es ist jetzt ein sehr langes Wort, was ich sage, da gilt nämlich die Pflegepersonaluntergrenzenverordnung. Aus dem Grunde ergibt es überhaupt keinen Sinn, dass wir in dem Bereich abbauen. Ich vermute sogar, dass wir noch aufbauen müssen, also in dem Bereich mehr Personal miteinander haben wollen.

Wie gesagt, darum geht es nicht nur. Es geht natürlich auch um die Qualität im Gesundheitswesen. Es geht nicht nur um das reine Geld, sondern es ist wichtig, dass die Qualität erhalten wird, dass dieser Standort attraktiv wird auch für Personal, das wir dringend suchen, und dass die Arbeitsbedingungen eben auch für die Menschen so sind, dass sie hier gern arbeiten. Nur so werden wir die dringend benötigten Leute, gerade auch im Pflegebereich, bekommen können.

Ich bin im Prinzip Ihrer Ansicht, dass die Ambulantisierung ein großes Problem darstellt. Ich glaube auch nicht, dass die Sichtweise, zu sagen,

(Zuruf Abgeordneter Rainer Bensch [CDU])

na ja, wir erreichen das Niveau, was wir vorher hatten, einfach so wieder – –. Das, glaube ich, kann zumindest fraglich sein, weil man nicht weiß, wie weit diese Ambulantisierung fortschreitet. Bei mir im Stadtteil ist das das St. Joseph-Stift, und ich sehe – nicht jährlich, aber alle paar Jahre –, wie ein Ärztehaus nach dem anderen dort aus dem Boden sprießt und einen guten Job macht, das muss man auch sagen, und eben tatsächlich Patienten und Patientinnen dort verlorengehen.

Das muss man, glaube ich, weiterhin mit einbeziehen. Da haben Sie nicht den Stein der Weisen gefunden, ob das irgendwann einmal aufhört an einer bestimmten Stelle, aber, ich glaube, darüber müssen wir uns alle im Klaren werden. Geht dieser Weg weiter? Führt das dazu, dass wir weiter abnehmende Fallzahlen haben werden? Führt das möglicherweise dazu, dass wir im Augenblick zu viele Betten haben? Darüber muss man reden, das weiß ich noch nicht, aber, ich glaube, man muss sich dem Thema widmen, dass das, was beim St. Joseph-Stift ganz eindeutig zu sehen ist, dass es diesen Trend in bestimmten Bereichen zur Ambulantisierung eben gibt.

Ich sehe am St. Joseph-Stift eben auch: Die machen ja nicht alles. Die suchen sich Sachen heraus, die

für sie profitabel sind. Auch da müssen wir, wenn wir über Krankenhausbedarf insgesamt reden in dieser Stadt, diese Krankenhausbedarfsanalyse für alle Krankenhäuser in dieser Stadt hinbekommen, weil ich glaube, dass man das nur insgesamt betrachten kann. So weit für die erste Runde. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Magnus Buhlert.

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die CDU fragt nach Fakten. Das ist legitim, und sie macht das, indem sie einen Antrag stellt. Einige dieser Fakten werden im Controllingausschuss geliefert, einige an anderer Stelle, aber es ist legitim, einen Antrag zu stellen, mit dem man Zahlen abfragt und um Berichte bittet. Deswegen unterstützen wir das. Nicht richtig ist aber die Darstellung an einigen Stellen, und das muss man durchaus differenzierter abbilden, nämlich in Bezug auf die Frage: Wer und welche Stellen werden hier abgebaut? Da ist es in der Tat so, dass zu Recht im Pflegebereich nicht abgebaut wird, dass der davon ausgenommen ist. Wir haben auch in einer der Sitzungen wahrgenommen, dass über Wiederbesetzung von Stellen beraten wird, wenn sie notwendig ist.

Dass das Ganze nicht den Eindruck eines strategischen Vorgehens hat, das sei zugestanden. Und das sehe ich auch so. Doch, ehrlich gesagt, ist das Ganze auch ein Prozess in einer Situation, die sich verändert. Damit meine ich nicht nur die Pandemiesituation, sondern wir haben die Ambulantisierung, einen gegenläufigen Trend vielleicht. Wir haben die Frage: Welche Leistungen gehen zurück? Wir haben Personaluntergrenzenverordnungen, wir haben die Frage zu klären: Wie sieht es denn aus mit Resilienzreserven im System, damit das System eben auch in der Lage ist, künftig Notfälle aufzufangen? Wir haben die Frage zu beantworten: Wie sieht es denn aus mit dem künftigen Gesundheitssystem und – Herr Rupp hat zu Recht gefragt – mit der Bezahlung der einzelnen Leistungen aus? Insofern ist das ein Prozess in einer sich verändernden Umgebung.

Trotzdem kann man die Fakten abfragen, und man muss sie auch diskutieren und sich fragen: Was läuft denn da eigentlich schief? Ich glaube, es läuft bei der GeNo weit mehr schief, als hier angedeutet

ist. Das liegt eben auch an Organisation und Management und auch an der Gesundheitsbehörde. Denn, die Frage ist doch, und die haben wir eigentlich schon diskutiert: Welche Aufträge soll die GeNo in Zukunft bearbeiten? Wo ist die Landekrankenhausplanung, die dafür notwendig ist? Die Frage: Wie soll die GeNo zukünftig organisiert sein? War es wirklich ein kluger Schachzug, eine Einheitsgesellschaft zu schaffen? Die CDU hat damals darauf gedrängt, der Senat hat es umgesetzt, ich habe es damals nicht für klug gehalten, halte das auch heute noch für ein unsteuerbares System.

Bremen ist nach wie vor schuldig zu beweisen, dass es Krankenhaus kann. Die Frage ist eine, die auch zu diskutieren ist: Wie geht es weiter in dem System und der Organisation? Insofern bleibt die Frage: Wie kann man das Ganze besser organisieren?

Ein Punkt, der angesprochen worden ist und der bei allen doch negativ klang, den möchte ich einmal anders akzentuieren: Arbeitnehmerüberlassung. Ja, da will man etwas wissen, um herauszubekommen: Kann man das effektiver organisieren? Aber, ich bin sicher, bei allem, was ich aus dem Pflegebereich und dem Krankenhaussektor im Moment höre, ohne Arbeitnehmerüberlassung könnten wir den Gesundheitssektor und den Pflegesektor im Moment nicht machen, nicht leisten, und ich bin dankbar, dass es auch diese Menschen gibt, die einspringen, wo Lücken sind, denn, wenn diese Lücken gerissen würden, würden wir Gesundheit nicht schaffen.

(Beifall FDP)

Insofern bin ich gespannt auf die Antworten des Senats. Ich glaube, wir bekommen sie nicht auf Basis dieses Antrags, weil er abgelehnt werden wird, soweit kenne ich die Debattenlage, aber auf die Antworten im Controllingausschuss. Dann werden wir uns die Antworten genau ansehen, und dann werden wir auch hoffentlich bald eine Landeskrankenhausplanung bekommen, eine Strategie des Bundes und des Landes, wie wir Krankenhäuser resilient aufstellen, und wir werden hoffentlich bald wissen, wie die Personaluntergrenzen sind. Das betrifft dann hoffentlich nicht nur Pflege, sondern vielleicht auch ärztliche Ausstattung, und dann werden wir wissen, wie es denn weitergeht mit der Krankenhausfinanzierung, denn da bleibt viel zu tun. Da gibt es auch viele Aufgaben, die noch unerledigt sind. Insofern: Berechtigte Fragen, ich bin gespannt auf die Antworten. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rainer Bensch.

Abgeordneter Rainer Bensch (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Danke für die Redebeiträge, die auch viel sachlich Wertvolles in sich hatten, das will ich gar nicht abstreiten.

Dennoch erweckt die Koalition den Eindruck, dass sie gemeinsam leidet, nämlich unter einer Allergie. Anscheinend leiden Sie unter einer Allergie, was parlamentarische Kontrolle durch die Opposition angeht. Ich werde mich dadurch nicht beeindrucken lassen. Wir als CDU-Fraktion werden, wie schon seit vielen Jahren, parlamentarisch Druck ausüben, damit wir genau diese beiden Ziele erreichen: Personal halten, aber auch den kommunalen Klinikkonzern gesunden, sanieren, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU)

Die Kritik kommt ja nicht nur von uns, die kommt ja sogar aus dem Gesundheitsressort selbst. Sie haben da eine Abteilung Kommunale Klinik, und die schreibt nicht das erste Mal in diversen Vorlagen, dass dieser Trend einfach nicht mehr da ist, dass man die Fallzahlen erhöht. Die schreiben das Schwarz auf Weiß und sagen – –.

(Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp [DIE LINKE]: Wo ist denn das Bemerkenswerte daran?)

Eben, das Bemerkenswerte daran ist – und das ist der Unterschied zum Controllingausschuss: Wir gehen immer von einem gesundheitspolitischen Ansatz aus und nicht von einer rein physikalischen Betrachtung, Herr Rupp. Das mag uns auch unterscheiden. Ich habe mir auch auf YouTube den Parteitag der LINKEN angeschaut, ich werde mir auch den nächsten anschauen. Ist vielleicht auch die nicht beantwortete Frage, wie es am Klinikum Links der Weser angeht, der Grund, dass Ihr Parteitag nicht stattgefunden hat? Auch das sind Fragen, die gehören mit zur parlamentarischen Beratung, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall CDU)

Ich kann Ihnen sagen, es wird unterhaltsam sein. Es war schön auf YouTube bei Ihnen zuzuschauen, was da für Anträge im Raum standen, wie Sie Ihre

Senatorin unter Druck gesetzt haben. Ich unterstelle der Senatorin keine schlechten Absichten, aber sie braucht die Rückendeckung der Parlamentarier, und daran fehlt es. Das sehen wir auch wieder morgen bei den Haushaltsberatungen: Es sind nicht ausreichend Investitionsmittel für alle Kliniken da,

(Zuruf Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE])

und für das Klinikum Links der Weser ist erst recht nichts da, um diesem Klinikum, das gute Arbeit leistet, auch eine sichere Zukunft zu gewährleisten.

(Beifall CDU)

Dafür tragen Sie die politische Verantwortung. Das können Sie nicht wegreden, und seien Sie noch so gut rhetorisch vorbereitet.

(Zuruf Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE])

Ich will Ihnen einmal erzählen, was bei einem Vergleich, einer Benchmark der Allianz kommunaler Großkrankenhäuser auch an Fakten auf den Tisch kommt. Erstens: Das hohe Alter der Beschäftigten. Das kann man zwar nicht einfach so wegbeamten, aber auch das gehört zu einer mittel- und langfristigen Politik, immer darauf zu achten. Wir wissen, dass das mit Krankenstand zu tun hat, mit höheren Personalkosten und so weiter.

Dann noch einmal: Im Vergleich der kommunalen Großkrankenhäuser hat die GeNo eine höhere, eine deutlich höhere Anzahl von Führungspositionen, insbesondere bei der Ärzteschaft. Sie hat eine überdurchschnittlich hohe Teilzeitquote im ärztlichen Dienst. Sie hat deutlich höhere Krankheitskosten, vor allem im Pflegedienst. Sie hat höhere Personalkosten in allen Bereichen.

Wenn Sie dann am Ende schauen, EBITDA, das Ergebnis vor Steuern, dass auch da eine deutlich und zwar negative Abweichung ist im Vergleich kommunaler Großkrankenhäuser, dann sehen Sie doch: Wir kommen nicht voran, wir müssen neue Schritte gehen, und das heißt, Schluss machen mit der intransparenten Personalstrategie hin zu einer wirklich medizinorientierten Personalstrategie. Das fehlt hier. Deswegen unser parlamentarisches Engagement. Deswegen dieser Antrag. Ich bitte Sie noch einmal um Zustimmung zu diesem gut gelungenen CDU-Antrag. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralph Saxe.

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es wird ein bisschen redundant. Ich wundere mich jetzt, dass Sie gerade eben die Senatorin verteidigt haben, obwohl ich finde, dass Sie in Ihrem Antrag, den Sie geschrieben haben, etwas ganz anderes gesagt haben. Sie haben da gesagt: Ausgerechnet bei einer linken Gesundheits senatorin führt es dazu, dass wir ganz besonders viel Leiharbeit haben. Das ist natürlich extrem populistisch, das muss man sagen.

(Zuruf Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU])

Sie wissen ganz genau, warum diese Zahlen gerade in Coronazeiten hochgegangen sind. Deswegen finde ich das relativ unverschämt, das so miteinander zu verbinden. Ich erlebe die Senatorin als unaufgeregt, sie holt sich viele Informationen heran, und ich finde, dass sie einen guten Job macht. Deshalb finde ich das, wie Sie das da gemacht haben, absolut nicht in Ordnung.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Mit der Leiharbeit sind wir uns ja einig. Wenn zum Beispiel dauerhaft Stellen in der Pflege nicht besetzt werden können, die wir brauchen, müssen wir sehen, dass wir diese Stellen besetzen können. Das ist doch vollkommen klar. Wir werden nicht ohne Leiharbeit in diesem Bereich auskommen. Darum gibt es doch überhaupt keine Debatte. Wir wollen bloß so wenig wie möglich. Ich glaube, in dem Ziel sind wir uns komplett einig, und das, glaube ich, wird auch transparent dargestellt. Sie tun immer so, als wenn wir nichts gesagt hätten. Sie bekommen einen monatlichen Bericht mit allen Kennzahlen. Das ist eingeführt worden. Das haben Sie mit Sicherheit auch durchgelesen, aber nicht ausgewertet.

Sie haben gefordert, dass wir eine Personalbedarfsanalyse, einen Plan dafür machen. Der wird nun vorgelegt nächste Woche. Warum um Himmels willen warten Sie das nicht erst einmal ab, bevor Sie hier eine Debatte einfach in den luftleeren Raum hineinragen?

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Was ich aber unterstützen würde, ist das, was Herr Dr. Buhlert gesagt hat. Das finde ich immer wieder: Dieser Bereich der Landeskrankenhausplanung,

der ist mir persönlich auch wichtig. Ich finde, daran müssen wir irgendwie alle gemeinsam miteinander, nicht aufgeregt, sondern unaufgeregt. Ich glaube aber, das ergibt Sinn, sich dieses gesamte Konstrukt anzuschauen, da bin ich vollkommen Ihrer Meinung. Ich finde auch, dieses Thema Pool, was wir angefangen haben, was ja auch nicht un-erfolgreich ist, das sollten wir, meiner Ansicht nach, versuchen auszuwerten und weiter zu machen, auch im Sinne davon, weniger Leiharbeit am Ende zu bekommen.

Dann ist da noch der Punkt MDK-Prüfungen. Da sind wir, meiner Ansicht nach, immer noch nicht gut aufgestellt. Das kostet immer noch viel zu viel Geld. Das sind also quasi die Prüfungen, die die Krankenkassen machen. Da laufen wir immer ein Stück weit hinterher. Die sind uns immer ein Stück in dem Bereich voraus. Da muss man ja sagen, dass die gesetzlichen Grundlagen negativ verändert worden sind zugunsten der Krankenkassen und zum Nachteil der Krankenhäuser. Ich hoffe, dass die Regierung, die es bald geben wird, die eine neue ist, sich dieses Themas noch einmal widmen wird und die Krankenhäuser – indem sie das wieder umkehrt – dann wirklich wirksam stärken wird. – Vielen Dank dafür!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Klaus-Rainer Rupp.

Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp (DIE LINKE): Hier riecht es nach Alkohol.

(Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FPD]: Das ist der Vorteil der Pandemie!)

Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren! Wir sind eine demokratische Partei, und es dürfen auf einem Parteitag Menschen Anträge stellen, die sie für richtig halten. Die Beurteilung, inwieweit wir unserer Senatorin den Rücken stärken oder nicht, hängt nicht an den eingereichten Anträgen, sondern an den beschlossenen, und das werden wir im Januar sehen. Punkt eins. Punkt zwei: Ich weiß nicht, welche verschwörungstheoretischen Bücher Sie lesen, aber zu unterstellen, wir hätten den Parteitag abgesagt, weil Anträge zum Gesundheitssystem

(Zuruf Abgeordneter Rainer Bensch [CDU])

auf der Tagesordnung standen, ist natürlich sehr abenteuerlich.

(Beifall DIE LINKE)

Ich werde das genau nachvollziehen und werde schauen, ob da irgendwie eine geheime Verschwörung des Landesvorstandes vorliegt.

(Zuruf Abgeordneter Rainer Bensch [CDU])

Nein, das ist doch Blödsinn! Wir haben das Ding abgesagt, weil Pandemie ist und weil wir noch keine Alternative hatten, das online zu machen. Das ist der einzige Grund.

(Beifall DIE LINKE)

Was ich auch schwierig finde, ist: Es gibt meines Erachtens im Controllingausschuss überhaupt kein Indiz dafür, dass es Bestrebungen gibt, Intransparenz walten zu lassen. Was wir als Controllingausschuss insgesamt – aber auch insbesondere diese Koalitionsfraktion – an Berichten einfordern, an Fragen stellen und so weiter – ich bin ziemlich sicher, so etwas hat es vorher nicht gegeben. Selbst, wenn jemand im Aufsichtsrat der GeNo gewesen ist, hat der auch nicht jeden Monat die neuesten Zahlen auf den Tisch bekommen. Das ist eine besondere Situation. Zu unterstellen, wir würden die Probleme, die Sie benennen, nicht sehen, ist natürlich wieder nur populistischer Quatsch.

Das, was Sie hier vorgelesen haben, diese Benchmark: Wenn wir ein zu hohes Durchschnittsalter der Beschäftigten in der GeNo haben – wie sollen wir das ändern? Die älteren Kolleg:innen einfach entlassen und dafür jüngere einstellen oder wie? Das ist eine Entwicklung, die gibt es nicht erst seit zwei Jahren. Das ist eine Entwicklung, die seit zehn Jahren, seit 15 Jahren existiert. Möglicherweise ist es ein strukturelles Versagen, und da muss man hinschauen, ob das so ist, und das kann man ändern. Aber, dann muss man sich dieses Problem anschauen und dafür eine Lösung finden und nicht alles in einen Topf rühren. Das Gleiche gilt für hohe Teilzeitquoten im ärztlichen Dienst. Ich bin ziemlich sicher: Der Bericht, den wir bekommen, wird deutlich machen, dass es immer mehr Mode beziehungsweise eine Zeiterscheinung ist, dass Menschen in Teilzeit arbeiten. Das ist ein Problem auf bestimmte Weise.

(Abgeordnete Bettina Hornhues [CDU]: Das kann auch eine Chance sein!)

Wir haben auch gefragt: Was ist denn sozusagen das Potenzial? Wenn jetzt weniger Leute Teilzeit machen würden, haben wir dann Potenzial zum Beispiel, um Leiharbeit zu vermeiden oder den Fachkräftebedarf vorzubereiten? Ich bin ziemlich sicher, da finden wir in dem Bericht eine Antwort. Diese ganzen Probleme, die hier stehen: Niemand in der Koalition redet sie klein, niemand in der Koalition ignoriert sie, aber wir machen uns die Mühe, jedes Problem einzeln anzuschauen, ihre Wechselwirkungen untereinander zu beleuchten und eine Lösung vorzuschlagen und zu finden, die tatsächlich diese Probleme angeht und löst.

(Beifall DIE LINKE – Abgeordneter Rainer Bensch [CDU]: Da kommt ja nichts!)

Es kommt nichts? Entschuldigung, in Ihrem eigenen Antrag kritisieren Sie einen Sanierungsplan bis 2025. Auf der einen Seite sagen Sie, der berücksichtigt nicht den Leistungsrückgang, und auf der anderen Seite sagen Sie, man kann wahrscheinlich 440 Leute nicht entlassen.

(Zuruf Abgeordneter Rainer Bensch [CDU])

Was kommt, sind immer konkrete Vorschläge im Einzelnen und im Besonderen, und das, was an Vorschlägen auf dem Tisch liegt, das werden wir sehen. Ich bin ziemlich sicher, dass die Notwendigkeit, die GeNo zu sanieren, hoch ist.

Noch einmal: Vorrang hat die gesundheitliche Versorgung in Bremen, insbesondere in Pandemiezeiten. Manchmal kommt es mir so vor –. Ich sage einmal, wenn eine hohe Waldbrandgefahr wäre und überall Waldbrände ausbrächen, käme niemand auf die Idee zu prüfen, ob man nicht vielleicht zu viele Feuerwehrleute hat.

Was wir machen, ist manchmal, das empfinde ich persönlich so, auch nicht ganz folgerichtig. In einer Pandemie, von der wir noch nicht wissen, wann sie zu Ende ist, fragen wir als Erstes: Haben wir nicht möglicherweise zu viel Personal im Krankenhaus? Das ist eine Herangehensweise, die ich persönlich schwierig finde in den heutigen Zeiten.

(Beifall DIE LINKE – Zuruf Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP])

Dieser Logik folge ich nicht. Ich folge Ihnen in vielen Problemanalysen, und ich bekenne und ich sage: Wir brauchen natürlich eine Sanierungsstrategie, wir brauchen eine neue Gesundheitsstrategie. Wir müssen eine Personalplanung haben, die

sich an den Bedürfnissen der Patient:innen orientiert, und diese bekommen wir.

(Glocke)

– Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Arno Gottschalk.

Abgeordneter Arno Gottschalk (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will das noch einmal unterstreichen: Es gibt in dieser Bürgerschaft keine andere Einrichtung, über die so intensiv, so detailliert, so kontinuierlich und in so kurzen Abständen informiert wird wie über die GeNo.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vor diesem Hintergrund kann man vielleicht Probleme haben, dass man die Zahlen sich noch selbst richtig zusammenstellen kann und deshalb den Wald vor lauter Bäumen nicht sieht, das kann sein. Aber, dass wir hier in der Tat ein großes Problem haben, dass uns immer noch wieder Daten fehlen, das muss ich in diesem Fall zurückweisen. Ich kann nur noch einmal unterstreichen: Ich gehe davon aus, dass wir in der – Klaus-Rainer Rupp hat gesagt – nächsten oder übernächsten Woche diese Antworten auf die Berichtsbitte erfüllt sehen werden. Dann, Herr Bensch, werden wir uns das gemeinsam ansehen, und dann hoffe ich, dass wir das auch im Controllingausschuss mit Ihnen machen können.

(Zuruf Abgeordneter Rainer Bensch [CDU])

Dann werden wir uns anschauen, was uns noch fehlt. Ich würde aber, ehrlich gesagt, einmal –. Ich meine, Sie bringen hier Dinge und sagen, da ist das hohe Alter. Ja, Sie merken, glaube ich, gar nicht, dass Sie damit etwas in der Hand haben, wo Sie hätten sagen können: Da fehlt mir etwas. Es ist doch so, dass wir in der Tat bei der Frage mit der personellen Entwicklung in diesem Bereich, bei der Weiterentwicklung, bei den Zukunftsperspektiven der GeNo uns auch fragen müssen: Ja, jetzt wird die Fluktuation ausgenutzt. Aber, wo bewegen wir uns denn eigentlich hin, wenn wir ein hohes Alter haben und die Fluktuation, die Abgänge zunehmen? Wie groß sind die denn? Was kommt da auf

uns zu? Da haben wir doch eine enorme Herausforderung, und Sie verweisen einfach irgendwo auf ein Papierstück der Allianz.

Da liegt eine Aufgabe, ja, die müssen wir angehen. Das müssen wir einmal vor die Augen nehmen in dem Bereich. Da müssen wir uns klarwerden, wenn es um eine Strategie geht, darauf zu antworten, dann ist das gar nicht allein eine Strategie von der GeNo. Denn, das Kernproblem, das wir hier doch angesprochen haben, ist doch, es fehlt an Personal in diesem Bereich. Deshalb haben wir auch die hohen Anzahlen von Leiharbeit. Wir müssen darauf zurückgreifen, weil der Markt so eng ist und man so etwas in diesem Bereich machen kann. Deshalb ist es doch wichtig in diesem Bereich, dass das, was wir hier in Bremen machen, nämlich uns der Frage verstärkt zuzuwenden, wie können wir die Ausbildung in diesem Bereich stärken, dass wir die richtig angehen.

Das, was hier – und das mag sich jeder einmal anschauen – in Bremen eingeleitet worden ist mit dem Projekt „Bremen Gesundheitscampus“, der auch im ganz großen Kern erst einmal ein Pflegecampus ist, da geht es darum, hier in Bremen mit dem Anspruch, ein tatsächliches Leuchtturmprojekt auf die Beine zu bringen, was auch Attraktionen entfalten kann, was Leute von woanders hier hinbringt und bei dem wir darauf hoffen und hoffen können, dass ein gewisser Klebeeffekt sich hier entwickelt und wir den Vorteil haben, dass diese Menschen, die hier, wenn sie gut ausgebildet sind, wenn sie Bremen kennengelernt haben, dass sie hier in diesem kleinen Bundesland auch bleiben. Das ist eine Strategie, die wir in diesem Bereich ansetzen, und da müssen wir dies in der Gesamtheit denken.

Ich glaube, dass wir damit auch das darin haben müssen, was Klaus-Rainer Rupp auch angesprochen hat. Ja, die Ansprüche, in diesem Gesundheitssektor zu arbeiten, was Freizeit angeht, was Arbeitsbelastung angeht, was Flexibilität angeht, das sind unsere Sachen, mit denen wir punkten können, bei denen wir aber auch gefordert sind, etwas zu entwickeln. Das sind dann keine Sachen, die tagtäglich, auch monatlich, berichtet werden in diesem Controllingausschuss. Da werden wir sehen, welche Strukturen umgesetzt werden müssen. Darüber müssen wir diskutieren, und wir werden auch darauf schauen müssen, wie das in dem Gesamtbestand der GeNo über alle Standorte dann hinweg tatsächlich auch koordiniert, orchestriert, abgestimmt und so entwickelt wird, dass Leute Lust haben, in diesem Sektor zu arbeiten. – Danke schön!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Magnus Buhlert.

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal gemeldet, weil der Kollege Rupp zu Recht darauf hingewiesen hat, dass wir diese Diskussion führen, obwohl wir eigentlich eine andere Diskussion führen müssten: Wie stellen wir Krankenhäuser resilienter und pandemiefähiger auf und welche Vorhaltereserven haben wir? Ja, diese Diskussion müssten wir führen, sie ist überfällig. Wir haben sie im letzten Sommer angenommen und Vorschläge von der Senatorin erbeten. Der Bund arbeitet auch an dem Thema. Der bisherige Bundesgesundheitsminister hat da nicht geliefert.

Insofern bleiben wir weiter bei dem Thema aktiv, und es muss tatsächlich ausgearbeitet werden, wie wir unser Gesundheitssystem resilienter aufstellen. Da bin ich ganz bei Ihnen, dafür brauchen wir Lösungen, aber auch Finanzierungen. Denn, solange das nicht finanziert ist und keiner ein resilientes System aufstellen kann, müssen wir uns ja fragen: Können wir uns die Defizite leisten, wenn keiner ein resilientes System aufstellt, was wir uns aber wünschen würden?

Ansonsten haben wir hier immer wieder die Diskussion über Pflegepersonal. Das ist gar nicht von dem Personalabbau betroffen. Es ist aber auch Fachkräftemangel an der Stelle. Aber, in der Tat, wo wir ein Problem haben, ist die Ärzteschaft. Ärzte und Ärztinnen fehlen auf der einen Seite, und an anderer Stelle sind sie zu viel.

Das ist genau die Aufgabe des Umstuwerns jetzt bei der GeNo, die sicherlich viel Kleinarbeit ist. Aber insgesamt, und das ist auch klar, wird eine Personalstrategie bei der GeNo momentan nicht deutlich. Das kann auch erst deutlich werden, wenn die Landeskrankenhausplanung abgeschlossen ist. Darauf können wir aber nicht ewig warten. Insofern bleibt es Aufgabe, hier die Hausaufgaben schnell und zügig zu machen, damit die Antworten gegeben werden können, die dringend, dringend notwendig sind, um die GeNo besser aufzustellen. Denn, dass wir – Arno Gottschalk hat es gesagt – so oft darüber sprechen, liegt ja einfach daran, dass wir so oft darüber sprechen müssen, weil es uns nicht genügend schnell vorangeht.

(Beifall FDP)

Man muss sich dabei vor Augen führen: Das ist das größte finanzielle Risiko, das die Stadtgemeinde Bremen trägt. Welche anderen Sachen wir machen könnten, wenn das Gesundheitssystem besser aufgestellt wäre, besser die städtischen Krankenhäuser, da sind wir uns sicherlich alle einig: Millionen Euro, achtstellige Millionenbeträge jedes Jahr könnten wir uns leisten. Dafür würden wir lieber Schulen und Kindergärten weiter ausbauen, Ganztagschulen bauen und andere Dinge fielen uns ein, Sportstätten und so weiter. Das hätten wir lieber, als diese Defizite immer ausgleichen zu müssen als Anteilseigner. Trotzdem bleibt es Aufgabe, den Klinikkonzern gesund aufzustellen, damit er seine Gesundheitsdienstleistungen erbringen kann. Bremen muss lernen, Krankenhaus zu können. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen aus den Reihen der Abgeordneten liegen nicht vor. Als nächste Rednerin hat das Wort Senatorin Claudia Bernhard.

Senatorin Claudia Bernhard: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Sache ist komplex und nicht einfach zu lösen. Es ist auch viel Kleinarbeit, da hat Magnus Buhlert ja vollständig recht. Ich würde ganz gern auch noch einmal auf den expliziten Antrag eingehen und den Kern der Sache, denn hier wurde sehr viel angesprochen. Ist noch eine Einheitsgesellschaft zeitgemäß? Wie sieht das mit der Krankenhausplanung für das gesamte Land aus? Ich habe das hier auch schon einmal an der Stelle erwähnt, dass wir da am Werke sind, das mit allen Krankenhäusern abzustimmen mittels eines Gutachtens und da entsprechend vorankommen sollen.

Es ist eine enorme Herausforderung, Investitionen zu stemmen, das Personal entsprechend zu lenken, wirtschaftlich zu sein, die optimale Gesundheitsversorgung zu erreichen und das letztendlich auf einem GeNo-Konzern, der eine Historie hat, die sich gewaschen hat, sage ich einmal an der Stelle. Das ist nicht gerade ohne.

Ich will aber zu Beginn eines unterstreichen: Die GeNo hat in den letzten drei Jahren über 200 zusätzliche Vollzeitstellen in der Pflege geschaffen. Da ist ein Teil durchaus über Umwidmung aus anderen Dienststellen geschehen, aber es ist wirklich

ein echter Aufbau, und es hat jetzt auch noch einmal zugelegt. Das ist mir extrem wichtig, denn, da ist aufgebaut worden, und das ist nichts, was wir in irgendeiner Weise als selbstverständlich annehmen können, sondern wir haben auch im Zusammenhang mit dem, dass wir bundesweit auch durch die Coronalage sehr viele Pflegekräfte verloren haben – das ist eine ganz bedrohliche Entwicklung, die trifft alle Krankenhäuser und natürlich auch die GeNo –, ist das ein großer Erfolg.

(Beifall DIE LINKE)

Ich möchte aber nicht verhehlen: Die Lage ist angespannt. Sie ist zum Teil bedrückend, und sie ist vollkommen dem geschuldet, dass die Arbeitsbedingungen in Krankenhäusern und natürlich auch in der GeNo nicht immer geprägt sind von Verlässlichkeit und Vereinbarkeit. Wir brauchen Arbeitsbedingungen, die die Pflegekräfte zurückholen und uns davor bewahren, zu viel Leiharbeit aufstocken zu müssen. Wir müssen das nach wie vor massiv aufbauen. Es ist auch hier schon angesprochen worden, das heißt, wir müssen in die Ausbildung investieren. Wir brauchen Ausbildungsplätze, die, würde ich einmal sagen, auf jeden Fall verdoppelt werden müssen, um perspektivisch resilient zu sein, um nachhaltig zu sein.

Das ist auch das Ergebnis dieser Personalbedarfsplanung, die die GeNo jetzt im Übrigen vorlegen will. Ich will jetzt gar nicht detailliert darauf eingehen, das ist sehr minutiös für den Controllingausschuss auch vorbereitet worden. Es ist im Übrigen zu Recht kritisiert worden, dass bislang da kein Pflegeaufbau eine große Rolle gespielt hat. Ich möchte auch sagen, dass diese Personalbedarfsplanung schon lange gefordert worden ist, das stimmt. Der Aufsichtsrat hat im Februar 2021 schon darauf bestanden, und es gibt auch einen Beschluss der Bürgerschaft. Entsprechende Dinge, die Sie nachlesen können. Das hat sie ja nun gemacht, es ist nicht ohne, es ist nicht trivial so etwas herauszufischen, aber, es wird jetzt passieren.

Zu dem ärztlichen Personalbedarf an der Stelle: Der ist auf der Grundlage der neuen Schichtmodelle entwickelt worden und nicht der Bereitschaftsdienste. Das führt durchaus zu Reibungsflächen mit den Ärzten und Ärztinnen. Das ist ein Feld, das sich langfristig nicht immer als so einfach herausstellt. Das wird natürlich jetzt auch deutlich. Wir brauchen auch den Umbau zwischen den Dienstarten bis 2026. Daran führt letztendlich kein Weg vorbei. Wir brauchen, und das ist das Schwierige,

eine Anpassung an die reale Leistungserwartung. Das ist etwas, was in den letzten Jahren durchaus aus dem Blick geraten ist.

Bereits vor Corona, also 2016 bis 2019, sind ja die Leistungen zurückgegangen, während ja gleichzeitig und dann noch einmal besonders im ärztlichen Bereich massiv aufgebaut wurde. Diese 70 Vollkräfte, nur einmal als Beispiel, entsprechen nicht mehr der Leistung, die geliefert wird. Das ist auch nicht gut für die Beschäftigten, weil die brauchen eine Krankenhausgesellschaft, auf die sie sich verlassen können, die auch in ihrer Beständigkeit eine Perspektive braucht. Das ist der Horizont, den wir auch aufmachen. Wir brauchen eben eine gute Gesundheitsversorgung und gleichzeitig einen verlässlichen Arbeitgeber, und dafür müssen wir auch einen gewissen Rahmen bieten.

Die GeNo hat ebenfalls eine Aufstellung, eine Analyse übrigens zur Entwicklung von Leiharbeit geliefert. Ich möchte auch, dass das ein Teil zur Entmystifizierung beiträgt. Der Anstieg der Leiharbeit war massiv bis 2020, das trifft zu, ganz überwiegend übrigens in der Pflege. Das hat im Übrigen auch massiv mit Corona zu tun. Im Jahr 2021 wurde das aber wieder reduziert. Vor allem durch den Aufbau der Pflege konnten wir das auch wieder abbauen. Immer wieder, und ich sage es an der Stelle, kann man das nicht eins zu eins als Kost nehmen, sondern es gibt hier eine Refinanzierung über das Pflegebudget.

Ich will auch nicht verhehlen, dass es sich mir nicht so ganz erschließt, wie dieser CDU-Antrag aufgebaut ist. Auf der einen Seite möchte er eigentlich keinen Personalabbau. Die Ärzte, der Brandbrief vom ElKi, darauf gehe ich gern gleich noch einmal ein, also vom Eltern-Kind-Zentrum. Auf der anderen Seite heißt es aber, die Kosten sind zu hoch. Da muss man dann schon sehen: Was will man denn eigentlich? Nur einmal ein Beispiel vom ElKi: Da bin ich auch zweimal in den letzten Wochen und Monaten gewesen, um mir genau einmal die Probleme schildern zu lassen. Es ist Abhilfe geschaffen worden. Es wurde nachbesetzt. Es wurde gehört. Das ist alles kein Prozess, der sich in zwei Tagen abschließen lässt, aber, es ist nicht so, dass ohne Sinn und Verstand irgendwo Kahlschlag betrieben wird. Ganz im Gegenteil.

(Beifall DIE LINKE)

Ja, wir haben höhere Durchschnittskosten für unser Personal. Das wurde hier auch schon erwähnt, weil wir eben nicht in gleicher Weise auf beispielsweise

– das ist ein Bereich – Auslagerungen und Haustarife setzen. Das machen zum Teil auch andere kommunale Kliniken. Das ist immer wieder eine Auseinandersetzung bezüglich der Wirtschaftlichkeit, aber, ich halte es für richtig, dass wir nicht outsourcen und entsprechende Tarifabsenkungen vornehmen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Wir werden auch, weil das eben hier in der Debatte mit angesprochen worden ist, sehr transparente Wege gehen, was die Standortentwicklung angeht. Da müssen wir auseinanderhalten: Was heißt gute Gesundheitsversorgung im Stadtbezirk, und wo siedeln wir hochspezialisierte Klinikbereiche an? Das ist nicht dieselbe Frage. Wir haben an der Stelle eine ergebnisoffene Diskussion zu führen. Es gibt verschiedene Varianten, die kann man berechnen, die kann man sich von allen Seiten anschauen, und es ist so, ich bin sehr darauf bedacht, dass wir das offen diskutieren, alle einbeziehen inklusive der Opposition, aber, diese Debatte müssen wir natürlich führen. Die GeNo ist keine Insel. Alle Krankenhäuser haben extreme Schwierigkeiten.

(Glocke)

Dieses bundesweite Finanzierungssystem mit den Fallpauschalen zwingt uns ganz nett in die Knie.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Frau Senatorin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Rainer Bensch?

Senatorin Claudia Bernhard: Selbstverständlich!

Abgeordneter Rainer Bensch (CDU): Frau Senatorin, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Sie sagten eben, wir werden eine Debatte führen, welche Gesundheit bieten wir an welchen Standorten an, und die ist ergebnisoffen. Wie lange soll diese Debatte dauern, und wie sollen sich die Haushaltsgesetzgeber darauf einstellen können vor dem Hintergrund, dass wir ja morgen den Haushalt beschließen? Heißt das dann im Umkehrschluss, dass etwaige Nachtragshaushalte Richtung Krankenhausinvestitionen schon eingeplant sind Ihrerseits und nur wir als Parlament davon noch nichts wissen?

Senatorin Claudia Bernhard: Die Debatte um die Standorte wird über die nächsten zwei Jahre hinausgehen. Das wird sehr grundsätzliche Entscheidungen beinhalten. Wir werden tatsächlich uns – – . Zu diesen verschiedenen Varianten wird es ein

Gutachten geben, und es wird auch einen Abstimmungsprozess geben mit den Stadtteilen, mit den entsprechenden Beiräten, auch selbstverständlich hier mit den Betriebsräten der Standorte. Mit dem gesamten Personal wird man das von allen Seiten beleuchten müssen. Wir werden eine Entscheidung treffen, die über die nächsten fünf, zehn, 15 Jahre hinausgeht. Das ist der Hintergrund. Die Frage, wie weit das jetzt die nächsten zwei Jahre den nächsten Haushalt belastet, ist völlig offen. Wir werden uns über diese Finanzierungen in jeglichen Varianten – die sind ja nicht ohne, und zwar egal, welche Investitionspakete Sie sich anschauen – den Kopf zerbrechen müssen, auch in diesem Parlament.

(Beifall DIE LINKE)

Ich möchte eines noch abschließend sagen: Diese Probleme sind zum Teil GeNo-spezifisch, zum großen Teil sind sie das aber auch nicht. In dem Zusammenhang ist mir einfach wichtig, dass wir noch einmal schauen, welche Reformen von der Bundesregierung zu erwarten sind, ich bin sehr gespannt. Das System der Fallpauschalen wird von allen inzwischen infrage gestellt. Ich nenne nur Pädiatrie, Geburtshilfe, entsprechende Teile, Notaufnahme. All das wird eine Grundfinanzierung haben müssen, sonst kommen wir da nämlich nicht klar.

(Beifall DIE LINKE)

Die GeNo hier, das wurde schon erwähnt, die beschäftigt uns ja oft und meistens in der Debatte von wegen Defizit und Kosten und Belastung und Haushalt. Ich würde mir wünschen, dass sie viel stärker auch eine Debatte ist, bei der wir stolz sind auf unser kommunales Klinikum, denn wir hätten in dieser Pandemie ohne dieses kommunale Klinikum echt auf dem „Schlauch“ gestanden. Was die da inzwischen leisten, die Beschäftigten in diesen vier Standorten, für die Versorgung in dieser Stadt, das kommt mir immer so ein Stück weit zu kurz.

(Beifall SPD, Die LINKE)

Ich möchte eigentlich nicht – und das sage ich hier auch ganz ausdrücklich – Unsicherheit als Botschaft verstanden wissen, sondern, es ist vollkommen klar, dass es eine Perspektive für all diese Beschäftigten gibt, und alles andere ist nicht der Punkt. Die Standortdiskussion und die Profile der einzelnen Standorte haben nichts damit zu tun, dass es für all diese Beschäftigten diese Perspektive geben wird. Das ist uns wichtig für die gesamte Gesundheitsversorgung, und das machen wir übr-

gens auch in Abstimmung mit den anderen Kliniken, die hier im Land Bremen vorhanden sind. – Herzlichen Dank!

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rainer Bensch zur Kurzintervention.

Abgeordneter Rainer Bensch (CDU): Ich bin schon dafür bekannt, dass ich das hin und wieder in Anspruch nehme, ja.

Erstens, Frau Bernhard, danke für Ihre Ankündigungen, die weit über den Tag hinausgehen. Das wirft natürlich sehr viele parlamentarische Fragen neuer Art auf. Aber, an dieser Stelle möchte ich zum Ende der Debatte noch einmal sagen: Mein allererster Satz war eine Wertschätzung für die GeNo-Beschäftigten, und ich glaube, da habe ich für alle gesprochen. Wir sind uns alle bewusst, wir brauchen jede und jeden im ärztlichen und nicht ärztlichen Bereich, sonst haben wir hier keine gute medizinische Versorgung. Das möchte ich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich betonen.

Zweitens: Wir haben morgen eine, was heißt wir, der Betriebsrat vom Klinikum Links der Weser hat morgen zu einer Versammlung eingeladen. Da gab es im Vorfeld auch sehr viel Ärger. Ich gehe davon aus, dass die Geschäftsführung der Gesundheit Nord gGmbH, Klinikverbund Bremen dort morgen auch in Abstimmung mit Ihnen eine Standortsicherung abgeben wird, das werden wir dann erfahren.

Drittens: Sie hatten angekündigt, es gibt auf Bundesebene etwas, diesen sogenannten Bund-Länder-Pakt, der in den Koalitionsverhandlungen niedergeschrieben worden ist. Darauf bin ich auch sehr gespannt. Aber, Sie wissen, wer Geld gibt, möchte auch mitbestimmen.

Das bedeutet, dass Ihr zwei Jahre skizzierter Entscheidungsfindungsprozess, was die Krankenhauslandschaft angeht, vielleicht auch davon begleitet wird und dass die Ampelkoalition dann durch Rahmenbedingungen plus Geld ordentlich mitreden will.

Da bin ich sehr gespannt, aber wenn es um die bestmögliche medizinische Versorgung geht, sind wir da völlig ergebnisoffen aktiv an Ihrer Seite. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Bevor ich über den Text abstimmen lasse, möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass es in Ziffer 3 des Beschlusstextes jetzt nicht mehr heißt, im vierten Quartal 2021, sondern, dass das geändert worden ist durch den Antragsteller auf das erste Quartal 2022. Also der schriftliche Bericht ist im ersten Quartal 2022 vorzulegen.

Wer diesem Antrag in der geänderten Version jetzt seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, FDP, Abgeordneter Heinrich Löhmann [AfD], Abgeordneter Frank Magnitz [AfD])

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, Abgeordneter Peter Beck [BIW])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Taubenpopulation durch die zügige Errichtung öffentlicher Taubenschläge kontrollieren und reduzieren!

Antrag der Fraktion der CDU vom 8. Dezember 2021 (Drucksache [20/367 S](#))

Wir verbinden hiermit:

Taubenpopulation durch die zügige Errichtung öffentlicher Taubenschläge kontrollieren und reduzieren!

Bericht und Antrag der städtischen Deputation für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierökologie

vom 16. September 2021 (Drucksache [20/502 S](#))

Dazu als Vertreterin des Senats Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Silvia Neumeyer.

Abgeordnete Silvia Neumeyer (CDU): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir debattieren heute erneut den Antrag der CDU-Fraktion, durch die Errichtung von öffentlichen Taubenschlägen die Population der Tauben in den Griff zu bekommen und über den Bericht aus der Deputation.

Gleich werden sich hier meine Kollegen aus der Koalition hinstellen und sagen: „Wir brauchen Ihren Antrag nicht. Wir kümmern uns schon. Das steht außerdem im Koalitionsvertrag.“ Ja, tatsächlich. Ein Satz auf Seite 91. Sehr gut, man hat die Erkenntnis gehabt, dass dringend etwas passieren muss, und zwar im ganzen Stadtgebiet. Realität ist aber, dass in zweieinhalb Jahren nichts Konkretes umgesetzt wurde.

Heute legen Sie, Frau Senatorin, uns einen Bericht zu dem Antrag der CDU-Fraktion vom 8. Dezember 2020 vor, der die Ablehnung unseres Antrages empfiehlt. Einen Bericht, in dem Sie schreiben, dass es extrem aufwändig wäre, eine Bestandsaufnahme der größeren Vorkommen der Tauben in unserer Stadt zu machen. Wissen Sie, Frau Senatorin, der kleine Verein Bremer Taubenhaus e. V. mit seinen ehrenamtlichen Mitgliedern hat bereits letztes Jahr einige Populationen festgestellt und wird im Januar wieder eine Zählung machen. Ihre große Behörde hält dies aber für zu viel Aufwand. Wer steht denn eigentlich in der Verantwortung, die ehrenamtlichen Vereine oder die Regierung? Vielleicht sollten Sie sich einmal Gedanken über eine Zusammenarbeit machen.

Weiterhin schreiben Sie in Ihrem Bericht, dass man, bevor man Haushaltsmittel zur Verfügung stellt, das Kosten-Nutzen-Verhältnis hinterfragen muss. Das ist natürlich richtig. Wobei, der Nutzen ist klar, der liegt auf der Hand. Ein Nutzen für alle Bürger und Bürgerinnen, für die Geschäftsleute und für das Stadtbild, aber auch – und das vermisste ich in Ihrem Bericht ganz – für das Wohl der Tiere. Das sollte vielleicht in einem Bericht von einem Ressort für Tierökologie genannt werden.

Kommen wir zu den Kosten. Haben Sie einmal nachgefragt, wer die Kosten für die bisherige Fütterung übernimmt? Die Vereine. Ohne die Unterstützung des Tierschutzvereins und der Spenden von Tierfreunden wäre dies gar nicht möglich. Eigentlich sollte das auch in Ihrer Verantwortung liegen.

Ja, lieber Philipp Bruck, ich habe gelesen, dass für den Haushalt 2022/2023 jetzt 75 000 Euro für Taubenhäuser zur Verfügung stehen. Allein mir fehlt der Glaube, dass sie auch zum Einsatz kommen. Wenn sie nicht zum Einsatz kommen, sollte man damit dann vielleicht die Vereine unterstützen.

(Beifall CDU)

Ich möchte jetzt zu den Zeilen im Bericht kommen, die sich mit dem Pilotprojekt und dem Misserfolg, ein Taubenhaus am Vegesacker Bahnhof zu installieren, beschäftigen. Ich war gerade am Samstag wieder vor Ort. Die Population hat sich geradezu verdoppelt, wenn nicht sogar verdreifacht. Böse Zungen sprechen vom hässlichen Markusplatz, und die Akzeptanz kippt ins Tierfeindliche. Die ehrenamtlichen Fütterer müssen sich schon anfeinden lassen, und man sieht immer mehr kranke und verelendete Tiere. Ein Trauerspiel. Ein Trauerspiel, das jetzt wohl noch lange so weitergeht.

Ich bin gespannt, Frau Senatorin, was Sie uns gleich berichten werden, auch zu den Plänen für die Innenstadt. Sie haben bereits im September angekündigt, dass Sie Gespräche führen wollen. Man könnte schon mit kurzfristigen Maßnahmen beginnen wie zum Beispiel dem Eiertauschen in der Lloydpassage und in den Parkhäusern der BRE-PARK GmbH.

(Beifall CDU)

Ich weiß, dass der Verein Bremer Taubenhaus e. V. angeboten hat, sich zu kümmern, und hatte es Ihnen gegenüber auch erwähnt. Aber leider ist bisher noch keine Erlaubnis erteilt worden. Woanders geht das allerdings. So hat der Verein in einer Garage hinter dem Hotel „Motel One“ dieses Jahr 60 Eier getauscht. 60 Tauben weniger. Außerdem sollte man sich wirklich über eine finanzielle Unterstützung für die Fütterung Gedanken machen, denn das kann nicht allein die Aufgabe der ehrenamtlichen Tierschützer sein.

Ich komme jetzt zum Schluss. Die Senatorin empfiehlt, den Antrag abzulehnen. Schade, sehr schade. Ich weiß aber auch, dass in der Koalition einige Abgeordnete sind, die das genauso wenig nachvollziehen können wie ich. Dass es aber mehrheitlich so kommen wird, das ist mir schon klar. Ich kann Ihnen aber versprechen, dass ich es genau im Auge behalten werde –

(Glocke)

ich komme gleich zum Schluss –, ob jetzt endlich etwas umgesetzt wird. Ansonsten sprechen wir demnächst hier wieder, um endlich etwas zum Wohle der Tauben zu tun.

Pilotprojekte brauchen wir nicht. Wir können auf die Erfahrungen, die viele Städte in Deutschland bereits gemacht haben, zurückgreifen, und die sind sehr positiv. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Olaf Zimmer.

Abgeordneter Olaf Zimmer (DIE LINKE): Frau Präsidentin, werte Abgeordnete! Bereits im Januar dieses Jahres habe ich zur Situation der *Columba livia domestica* – zu Deutsch Stadttaube – hier in Bremen deutlich gemacht, dass ich persönlich Tauben für faszinierende Geschöpfe halte und habe auf die enge Bindung zwischen Taube und Mensch auf vielen Gebieten hingewiesen. Diese enge Bindung an den Menschen wird unseren gefiederten Mitbewohner:innen heutzutage allerdings zum Verhängnis und verursacht viele Probleme, die auch im Antrag der CDU-Fraktion aufgezählt werden.

Eine sinnvolle erprobte Möglichkeit, die wir haben, diese Probleme zu lösen, ist, unsere Verantwortung zu erkennen und tätig zu werden, indem wir für die Tauben kontrollierte und betreute Futter- und Nistangebote schaffen. Das sehen wir, da bin ich mir sicher, fraktionsübergreifend so. Allerdings sehen wir nicht, wie der Antrag der CDU-Fraktion umgesetzt werden soll, zumindest nicht voll umfassend.

Die gesamte Taubenpopulation Bremens einschließlich aller Nistplätze zu erfassen, erscheint uns gelinde gesagt doch etwas ambitioniert beziehungsweise zu viel des Guten. Das würde unserer Auffassung nach durch die damit verbundenen Kosten in keinem Verhältnis zu anderen dringenden Problemen in dieser Stadt stehen.

Trotzdem ist der aufgezeigte Weg der CDU-Fraktion, nämlich öffentliche Taubenschläge einzurichten, gut und richtig, aber – das ist uns wichtig – an den richtigen Stellen, sonst werden sie nämlich von den Tieren nicht angenommen. Unter anderem – . Dafür sind im aktuellen Haushaltsentwurf 75 000 Euro für Hege und Pflege unserer fliegenden, gurrenden Freund:innen vorgesehen. Des Weiteren

wurde im Ressort eine unbefristete Stelle geschaffen, die sich mit der Einrichtung dieser Taubenschläge zuerst in Vegesack und dann in der Innenstadt beschäftigt: eine Taubenbeauftragte.

Leider ist die Einrichtung aufgrund des mangelnden Vorhandenseins von geeigneten Plätzen nicht so ganz einfach, wie man aktuell in Vegesack sehen kann. Zaubern kann leider auch keiner. Solange hilft nur eins: den Verein Stadttauben Bremen e. V. zu unterstützen. Sie suchen dringend ehrenamtliche Helfer:innen, um die Tiere schon jetzt zu versorgen und zu pflegen, zum Tierarzt zu fahren und die Menschen darüber aufzuklären, dass Tauben vielleicht schmutzig aussehen und sicher Taubenkot nicht gerade ein erhebender Anblick ist, sie aber ansonsten harmlos und auf unsere Hilfe und Tierliebe angewiesen sind.

Wir lehnen den Antrag der CDU-Fraktion ab und sind optimistisch und fest überzeugt, dass bald geeignete Stellplätze für die Taubenschläge gefunden werden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Philipp Bruck.

Abgeordneter Philipp Bruck (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleg:innen! Es riecht hier tatsächlich wie beim Zahnarzt, fällt mir gerade auf.

Liebe CDU-Fraktion, ich will noch einmal – . Ich freue mich, dass wir heute wieder über Tauben sprechen. Ich will noch einmal darauf aufmerksam machen, warum wir als Menschen und als Staat eine Verantwortung für die Tauben in dieser Stadt haben. Dazu gab es kürzlich ein Rechtsgutachten, das die Landestierschutzbeauftragte aus Berlin beauftragt hat. Man kann sich schon darauf freuen, was in Bremen zukünftig mit unserer Landestierschutzbeauftragtenstelle möglich sein wird, denn dieses Gutachten hatte das Ergebnis – wenig verwunderlich, das wurde auch vorher immer wieder betont –, dass Stadttauben Haustiere sind.

Sie sind immer Haustiere. Entweder, weil es explizit selbst schon Brief- oder Hochzeitstauben sind, die von uns Menschen gezüchtet wurden und nicht nach Hause gefunden haben oder so, oder weil es Nachfahren dieser Tiere sind. Man hat in DNA-Analysen herausgefunden, dass alle Tiere, alle Stadttauben, die wir vorfinden, Nachfahren von

Brief- oder Hochzeitstauben sind. Das macht sie weder evolutionär noch rechtlich wieder zu Wildtieren, sondern es bleiben domestizierte Tiere, es bleiben Haustiere, wie es in dem Gutachten heißt: „Eine Dedomestikation hat nicht stattgefunden.“ Stadtauben sind also immer Haustiere.

Damit liegt die Verantwortung für diese Tiere bei uns Menschen und beim Staat, nicht nur aus ethischer, sondern auch aus rechtlicher Perspektive. Im BGB steht zum Beispiel, dass die Früchte einer Sache weiterhin im Eigentum des Besitzers stehen. In diesem Fall ist die Sache die Taube, und die Früchte der Sache sind die Nachfahren, also die weiteren Stadtauben, die damit im Besitz der Züchter:innen stehen, die damals diese Brief- oder Hochzeitstauben gezüchtet haben.

Wenn diese nicht mehr identifizierbar sind, was in den allermeisten Fällen der Fall ist, fällt die Aufgabe dem Staat zu. Es handelt sich um Fundtiere. Wir haben die Verantwortung dafür, uns um diese Tiere zu kümmern. Das bedeutet Fütterung, Pflege, tierärztliche Versorgung, alles was nötig ist. Das ist auch die Verantwortung des Staates.

Dieser Verantwortung werden wir bislang nicht gerecht. Deswegen ist es gut, wenn wir das jetzt ändern wollen, wie wir es als Koalition tatsächlich erklärt haben und wofür es hier, glaube ich, eine breite Mehrheit gibt. Nicht nur, um mit diesem Fundtierstatus das geltende Recht einzuhalten, sondern natürlich in erster Linie für die Tiere selbst.

Die zentrale Idee dafür sind die Taubenschläge nach dem Augsburger Modell. Dafür ist es gut, dass wir morgen in den Haushaltsberatungen diese 75 000 Euro beschließen werden, die es nicht nur ermöglichen, die Taubenschläge selbst zu realisieren, sondern auch die Fütterung, die Versorgung, die Reinigung, das Eiertauschen, die Entsorgung des Kots und so weiter. All das soll und kann damit finanziert werden.

Das entlastet uns nicht von den schwierigen Fragen der Standortsuche. Das haben wir in dem Bericht in der Deputation für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierökologie gesehen. Man konnte, glaube ich, erkennen, dass es mit den 18 Standorten, die geprüft wurden nicht am mangelnden Willen gescheitert ist, alles möglich zu machen, um einen Standort zu finden, der für die Tauben funktioniert, der aus Sicht des Vereins geeignet ist und auf den wir Zugriff haben.

Das ist eine sehr komplizierte Sache, und das wird kompliziert bleiben. Dazu brauchen wir die Kooperation aller, die beteiligt sind. Das betrifft vor allen Dingen die Deutsche Bahn AG, die sowohl am Hauptbahnhof, als auch am Vegesacker Bahnhof Verantwortung trägt, aber auch andere Akteur:innen, die jetzt alle kooperieren müssen.

Ich verstehe, ehrlich gesagt, auch oft nicht, woran das scheitert, weil auch die ein großes Interesse daran haben müssten. Man weiß, dass es – –. Erst einmal können sie Geld für Vergrämnungsmaßnahmen sparen, wenn das funktioniert, sie können Geld für die Reinigung sparen. Also auch die Akteur:innen, die Besitzer:innen dieser Gebäude profitieren davon. Vielleicht muss man dafür noch mehr werben. Ich hoffe, dass auch diese Parlamentsdebatte heute dazu beiträgt.

Ich bin froh, dass in dem Bericht der Deputation, der Senatorin, klargestellt wurde, dass es ein Fütterungsverbot nicht geben wird, bevor die Versorgung der Tauben sichergestellt ist. Nicht nur, weil das rechtlich wahrscheinlich auch gar nicht anders zulässig wäre, sondern auch, weil es gegenüber den Tauben nicht verantwortlich wäre.

Insofern, ja, Frau Neumeyer, werden wir jetzt hier erklären, wir kümmern uns zwar schon, aber wir brauchen gleichwohl auch solche Anträge. Wir brauchen trotzdem immer wieder Menschen, die Themen des Tierschutzes, in diesem Fall das Thema der Tauben, in unseren Städten auf die Tagesordnung heben.

Insofern vielen Dank für diese Initiative und für die Aufmerksamkeit, die den Tauben und ihren Interessen damit auch hier im Parlament zuteilwird. Ich hoffe, dass wir damit dem gemeinsamen Ziel einer angemessenen, sowohl rechtlich als auch ethisch angemessenen Versorgung der Stadtauben in Bremen näherkommen. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Magnus Buhlert.

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wieder müssen wir über Tauben reden, weil das Problem noch nicht gelöst ist. Es ist in der Tat ein menschenverursachtes Problem, Philipp Bruck hat zu Recht darauf hingewiesen. Die Tauben, die hier in der Stadt leben, sind Tauben, die von Tauben

abstammen, die Menschen verlorengegangen sind, die sie in die Freiheit gelassen haben und sich nicht weiter darum gekümmert haben oder kümmern konnten.

Insofern bleibt es eine Aufgabe, der wir uns annehmen müssen. Auch, wenn es Menschen gab, die das einmal verursacht haben: Sie sind nicht mehr auffindbar. Insofern ist es eine Aufgabe. Und wir sind an der Stelle auch verpflichtet, das Tierwohl zu wahren. Aber Tauben – geben wir es zu – sind auch eine Belästigung für manche Menschen. Sie hinterlassen Dreck, Kot und zerstören auch Etliches damit, was Menschen eigentlich erhalten wollen. So gibt es immer wieder ein ambivalentes Verhältnis von Menschen zu Stadttauben. Auch dem muss man nachgehen.

Es ist wichtig, dass wir die Population der Nachfolger dieser Haustiere eindämmen, reduzieren. Das muss die Aufgabe sein. Insofern ist vieles, was der Antrag der CDU-Fraktion vorschlägt, nach wie vor sinnvoll. Deswegen können wir nicht ganz verstehen, warum er jetzt abgelehnt wird. Wir teilen weiter die Ansicht, die die CDU-Fraktion hier hat, weil es weiterhin Handlungsbedarf gibt.

(Beifall FDP)

Es ist ein nettes Spiel: Immer, wenn ein Antrag der Opposition kommt, wird gesagt: „Wir arbeiten schon daran. Wir können es nicht machen.“ Wenn die Koalition aber schon etwas macht und tut, stellt sie einen Antrag, geradezu um zu sagen, das machen wir schon, wir fordern den Senat auf, das zu machen, um zu unterstreichen, dass es ein hervorragender Senat sei. Ehrlich gesagt, das ist Staatsschauspiel. Das brauchen wir nicht, wir brauchen eine Lösung.

(Beifall FDP, CDU)

Das heißt an der Stelle: Wenn wir schon Menschen haben, die hingehen und für Taubenschutz zuständig sind – wir haben, glaube ich, eine halbe Stelle dafür –, dann muss man doch sagen, dann müssen die sich mit Vorrang darum kümmern, dass wir geeignete Häuser finden, in denen wir die Tauben unterbringen, und so betreiben, dass die Population weniger wird.

Wenn wir sie so betreiben, dass die Population mehr wird, haben wir vielleicht vergessen, die Eier zu den richtigen Zeiten in entsprechenden Mengen zu entnehmen, oder wir ziehen dort nur weitere Tauben an, die woanders nicht mehr so bequem

gelebt haben. Darauf müssen wir genau eingehen. Ich glaube, das ist der Hintergrund der Frage.

Wir brauchen eine Populationserhebung, um zu wissen: Wie funktioniert das? Da scheint noch etwas für mich im Argen zu sein. Um zu wissen: Wie betreibt man diese Taubenhäuser so, dass das dazu führt, wofür sie eigentlich gedacht sind: Tauben anlocken, dadurch, dass wir die Eier frühzeitig entfernen, schauen, dass sie sich nicht weiter vermehren, um damit dafür zu sorgen, dass die Taubenpopulation zurückgeht.

Ein paar Tauben auf dem Land schaden sicherlich nicht, aber in geballter Masse in der Stadt sind sie tatsächlich keine possierlichen Tiere mehr, sondern auch eine Belästigung für viele Menschen und sie leben in einer Enge, die wir nicht artgerecht finden.

Insofern, der Antrag der CDU-Fraktion ist weiter sinnvoll und wir unterstützen ihn. Wir können der Ablehnung durch die Koalition nichts abgewinnen, hoffen aber, dass weiter an dem Problem gearbeitet wird. So habe ich es aber auch verstanden. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP, CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Arno Gottschalk.

Abgeordneter Arno Gottschalk (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Buhlert, ich glaube nicht, dass es zutrifft, dass dies ein Schauspiel ist, was wir hier in der Bürgerschaft machen. Ich entnehme allen Beiträgen, dass wir uns im Grunde völlig einig sind, dass wir vor einer ethischen Herausforderung stehen, dass wir Handlungsbedarf haben und dass wir in diesem Bereich Kontrolle, Reduktion und Tierschutz zusammenbringen müssen. Das ist der Punkt, an dem wir uns einig sind.

Wenn wir genau hinschauen, sehen wir –. Wir haben doch auch die Überzeugung, wohin der Weg über dieses Augsburger Modell eigentlich gehen müsste, dass das hier umgesetzt werden soll. Wir stellen auch Geld dafür bereit, aber, wir haben jetzt an einem Punkt eine herbe Enttäuschung erlitten, nämlich wir finden keinen Platz, an dem wir das hinstellen können.

Das ist doch der Kern der Sache: Wenn wir keinen Platz finden, hängt dieses ganze Modell offensichtlich gegenwärtig in der Luft. Herr Dr. Buhlert, ich

weiß nicht, was man mit dem Gedanken, trotz dieses Fehlschlags, eine Gesamtbestandsaufnahme der Taubenpopulation in Bremen machen zu wollen, erreichen kann.

Auf das Kernproblem haben wir im Moment keine Antwort: Was wir machen, wenn wir wissen, wie viele Tauben es gibt. Die haben wir im Moment nicht. In diesem Bereich müssen wir gegenwärtig feststellen, wir können uns dreimal und viermal vorreden, wie wichtig das ist und dass alles Herausforderungen sind, aber, es muss jetzt eigentlich eine Überlegung her, wie die Sache pragmatisch, praktisch angegangen werden kann.

(Zuruf Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP])

Wir müssen jetzt feststellen, dass dieser erste Anlauf so nicht geklappt hat, trotz aller Bemühungen, die sehr eindrucksvoll auch in der Deputation geschildert worden sind. Ich glaube, dass wir in diesem ersten Anlauf nicht erfolgreich waren, dass auch die Vorstellung, die darinsteht, erst einmal diese Gesamterhebung zu machen, über das, was wir machen müssen hinausgeht.

Wir stehen jetzt vor der Frage: Wo bekommen wir tatsächlich erste Sachen her, damit wir so etwas platzieren können? Da, denke ich, dass diese Aufgabe in der Tat dort aufgegriffen werden muss, wo wir jetzt schon Ressourcen hineingesteckt haben. Wenn es die halbe Stelle gibt, dann erwarte ich zumindest, dass aus diesem Bereich jetzt Vorstellungen kommen, wie man weiterarbeiten kann.

Ich denke, dass die Hinweise, Frau Neumeyer, aufgegriffen werden müssen, dass man gerade die Ehrenamtlichen, die Vereine einbeziehen muss, dass gemeinsam mit denen überlegt werden muss, wie man nach diesen ersten Erfahrungen weiter vorgeht. Wenn die in der Lage sind, 60 Eier auszutauschen und wir keinen Platz finden, um ein Ei auszutauschen, dann ist doch da möglicherweise eine Chance, dass wir etwas lernen.

Ich hatte, nachdem dieser Antrag so lange geschehen wurde, eigentlich gehofft, dass man vielleicht im Laufe des Jahres doch noch die Lösung findet und wir einen gewissen Erfolg verzeichnen können. Das haben wir nicht geschafft. Deshalb denke ich, macht es keinen Sinn, diesen Antrag in irgendeiner Weise positiv zu bescheiden, sondern wir werden ihn ablehnen.

Aber, das ist nicht die Beerdigung des Themas, sondern aus meiner Sicht der Startschuss. Es muss

der Startschuss sein, dass man jetzt pragmatisch mit den Ressourcen, die wir schon einsetzen, überlegt, wie wir tatsächlich vorankommen. – Danke schön!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen aus den Reihen der Abgeordneten liegen mir zurzeit nicht vor. Als nächste Rednerin hat das Wort Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Umgang mit den Stadtauben, das ist in der Tat ein vielschichtiges Thema. Das ist nicht nur in Bremen ein Thema, sondern in allen Großstädten. Es gibt zu viele Tauben auf einem Haufen mitten in der Stadt und damit verbunden die Probleme, die auch beschrieben worden sind: Lärm und Geruch, verschmutzte Gehwege und Gebäude, Parkbänke. Sie beeinträchtigen definitiv die Aufenthaltsqualität in der City, in den Stadtteilzentren, auch bei uns in der Innenstadt aber eben auch in den anderen Zentren. Das betrifft den Einzelhandel ebenso wie andere zentrale Einrichtungen, sowie den Tourismus. Es ist nicht nur eine Frage der Aufenthaltsqualität, sondern in der Tat auch eine Frage des Tierwohls.

Zu viele Tauben auf zu engem Raum – das wurde auch schon gesagt –, das sind ja keine Wildtiere, sondern es ist ein menschengemachtes Problem. Das sind die Nachkommen entflugener Haus- und Brieftauben und ursprünglich domestizierte Vögel, die sich immer weiter untereinander vermehren. Das möchte ich an dieser Stelle sagen: Ich finde das großartig, dass es Taubenvereine gibt, die sich um diese Tauben kümmern. Aber, ich würde mir wünschen, dass die vielen Brieftaubenvereine auch eine Verantwortung übernehmen, denn sie sind erst einmal auch mit beteiligt an dem Problem und an der Ursache, meine Damen und Herren.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Da gibt es eine ganze Reihe auch in Bremen. Nicht nur wir Menschen leiden darunter, sondern vor allen Dingen die Tiere selbst. Die hohen Taubenzahlen schaden den Tauben selbst. Ihr Stress führt dazu, dass sie häufiger Krankheiten haben, Parasiten, eine hohe Jungsterblichkeit. Oft verhungern die Tiere oder verenden qualvoll an den Krankheiten. Ich möchte aber einmal auch an dieser Stelle sagen, viele Menschen denken noch, dass Tauben auch Krankheiten übertragen. Das tun sie nicht.

Um diese Probleme in den Griff zu bekommen, brauchen wir eine Bestandsregulierung, ich glaube, da haben wir gar keinen Dissens. Die einzige tiergerechte Lösung ist ein integriertes Konzept zum Zusammenleben von Tauben und Menschen in der Stadt. Deswegen haben wir uns ja entschieden, diese Taubenhotels einzurichten. Da gibt es ja auch Modellprojekte in Augsburg, Erlangen und Berlin zum Management der Taubenbestände. Ich will einmal sagen, das ist sehr zeit- und arbeitsintensiv. Es bedeutet nämlich, dass man jeden Tag dort hingehen muss, um die Taubeneier gegen Gipseier auszutauschen. Einmal in der Woche dort hinzugehen, das reicht nicht. Dann kann man sich vorstellen, bei den vielen Tauben – es ist in der Tat mit unserem Personal nicht möglich, Frau Neumeyer – für die ganze Stadt die Stadttauben zu kartieren.

Wir wissen aus den Beschwerden von Anwohner:innen über brütende Tauben an Gebäuden, wo es Probleme in welchen Stadtgebieten gibt. Ich kann sagen, es ist das gesamte Stadtgebiet. Insofern können wir gar nicht für das gesamte Stadtgebiet das leisten. Der Taubenverein, Stadttaubenverein, mit dem wir in engem Kontakt stehen, hat ja eine Kartierung in Vegesack vorgenommen. Aber, wir können das nicht überall machen. Jetzt will ich einmal zurückweisen, als ob hier gar nichts passiert ist. Sie haben den Bericht bekommen. In Vegesack wollten wir das Pilotprojekt, Frau Neumeyer, einrichten. Es sind 18 Standorte zusammen mit dem Verein angeschaut worden, denn nur mit ihm können wir das auch durchführen.

Ich habe mich persönlich bei der DB AG dahintergeklemmt, dass eine Fläche auf dem Parkplatz zur Verfügung gestellt wird. Das hat aber am Ende der Taubenverein abgelehnt, weil die Bäume darum herum zu hoch waren. Viele andere Standorte kamen auch nicht aus Vandalismusgründen und, und, und infrage. Unser präferierter Standort ist jetzt das alte Technikgebäude am Vegesacker Bahnhof. Das gehört der WFB, sollte abgerissen werden. Da sind wir hinterher, dass wir das jetzt bekommen. Aber, ich kann Ihnen sagen, unsere Leute haben das sehr intensiv und auch zeitintensiv begleitet, aber es gab keine Lösung.

Noch einmal: Wir sind auch auf die Zuarbeit und die Hilfe und damit auch auf die Akzeptanz des Stadttaubenvereins dann angewiesen und können nicht irgendwo etwas implementieren, was dann keine Akzeptanz hat. Wir brauchen Strom- und Wasseranschlüsse, man muss dort gut hinkommen.

Am Ende müssen auch die Tiere dieses Taubenhotel annehmen.

Was haben wir noch gemacht? Seit Februar haben wir zu diesem Zweck eine neue Stelle geschaffen im Ressort. Da sind die Vorplanungen für Vegesack dabei, aber auch, um neue Taubenhausprojekte zu initiieren. Wir stellen fest, es ist nicht so einfach in Vegesack, wie wir uns das gewünscht hätten und erhofft haben. Deswegen steht jetzt die Bremer Innenstadt im Fokus. Geeignete Standorte sind auch schon gefunden. Es geht jetzt darum, die Konditionen für die Nutzung der Standorte zu vereinbaren.

Wir sind auf die Unterstützung weiterer Akteur:innen angewiesen, neben den Ehrenamtlichen der Tauben- und Tierschutzvereine auch die Haus- und Grundstückseigentümer:innen, sowie die betroffenen Gewerbetreibenden, unter anderem auch durch die Handelskammer und die CityInitiative Bremen Werbung e. V., die das auch von uns einfordern.

Zur Identifizierung weiterer Flächen tauschen wir uns mit Immobilien Bremen, der DBS, BREPARK sowie der GEWOBA aus. Ich will aber auch noch einmal etwas zur Taubenfütterung sagen. Es gibt viele Menschen – –, und das kenne ich auch aus Vegesack, die Brot hinwerfen zum Füttern. Ich finde, dass zwischen den Tauben morgens auch Ratten sitzen. Das hilft nicht, das Problem zu lösen, sondern, wenn, dann dürfen meines Erachtens die Tauben auch nur professionell gefüttert werden, nämlich da, wo dann die Körner auch wieder weggefegt werden hinterher. Ich bin aber bei Philipp Bruck: Bevor man ein Taubenfütterungsverbot ausspricht, braucht man die Alternative, nämlich diese Taubenhotels.

Insofern kann man erst einmal nur an die vielen Menschen appellieren, die denken, sie tragen etwas zum Tierwohl bei, wenn sie den Tauben Lebensmittelreste hinwerfen. In der Regel werden die Tauben davon krank, es zieht Ratten an, das hilft nicht. Bitte überlassen Sie das wirklich den professionellen Stadttaubenvereinen, diese Fütterung vorzunehmen. Ich kann Ihnen sagen, wir arbeiten an dem Thema, wir haben ein großes Interesse aus Tierwohl- und aus Aufenthaltsqualitätsgründen, weil wir eine saubere Innenstadt haben wollen. Aber, es ist personalintensiv, wenn man das macht, es ist kostenintensiv. Frau Neumeyer, ich bin gespannt auf Ihren Haushaltsantrag dann morgen zu diesem Thema, denn Geld wird man brauchen, damit wir das erfolgreich umsetzen können. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Silvia Neumeyer.

Abgeordnete Silvia Neumeyer (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Senatorin, ich musste jetzt doch noch einmal nach vorn kommen, weil Sie eben davon sprachen, oder es hörte sich für mich so an, als würden wir mit unserem Antrag verlangen, dass Sie und Ihr Ressort täglich in die Taubenhäuser gehen.

Wir haben viele Ehrenamtliche, und wir haben verschiedene Taubenvereine, davon gibt es mehrere. Was machen die? Die gehen täglich los um die Tauben zu füttern. Die können also auch täglich in die Taubenschläge gehen und sind dazu auch bereit.

Ich muss noch einmal sagen: Sie sagten, dass man sich jetzt auf die Innenstadt fokussiert und da schon Gespräche führt. Warum schafft man es nicht – wie, wie ich vorhin gesagt habe, beim Hotel „Motel One“ – und trifft eine Regelung mit der BREPARK GmbH, dass die Taubenvereine da jetzt auch schon die Eier tauschen können? Dann hätten wir wirklich schon viele neue Tauben weniger. Das verstehe ich nicht. Es kann doch nicht so schwer sein, mit solchen Maßnahmen zu beginnen bis die Taubenschläge da sind. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer [20/367 S](#) seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, FDP, Abgeordneter Peter Beck [BIW]), Abgeordneter Heinrich Löhmann [AfD])

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Im Übrigen nimmt die Stadtbürgerschaft von dem Bericht der städtischen Deputation für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierökologie Kenntnis.

Ortsgesetz zur Änderung ortsrechtlicher Regelungen im Bereich der kommunalen Abfallentsorgung

Mitteilung des Senats vom 23. November 2021 (Drucksache [20/622 S](#))

Dazu

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE vom 7. Dezember 2021 (Drucksache [20/641 S](#))

Dazu als Vertreterin des Senats Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Martin Michalik.

Abgeordneter Martin Michalik (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich merke, dass der Koalition das Thema sehr unangenehm ist. Dann mache ich einmal den Aufschlag. Wir debattieren heute über das neue Ortsgesetz zur Änderung ortsrechtlicher Regelungen im Bereich der kommunalen Abfallentsorgung. Der Knackpunkt hier ist die Höhe dieser neuen Gebühren, die darin stehen. Ich blicke einmal in die Vergangenheit, damit wir die Zusammenhänge etwas besser einordnen können.

Wir schreiben das Jahr 2016. Hier hat die damalige rot-grüne Koalition den ersten Schritt in Richtung Rekommunalisierung gemacht. Der damalige Bürgermeister Herr Dr. Sieling sagte damals, und ich zitiere hier aus dem „Weser Report“ vom 12. Juli 2016: „Es ist wichtig, dass Bremen sich wieder selbst in diesem Bereich engagiert. Dies sollte für Gebührenstabilität sorgen, für Tarifbindung der Mitarbeiter und weiterhin gesicherten Service, um perspektivisch eine volle Rekommunalisierung ermöglichen zu können.“

Von Gebührenstabilität können wir jetzt nicht mehr reden. Der damalige Umweltsenator, Herr Dr. Lohse, legte in dem gleichen Artikel noch einmal nach und sagte, er wäre davon überzeugt, dass

diese Lösung für Bremen einen stärkeren Einfluss in die Verwertungsketten und in das Recyclingverfahren bringen würden.

Auch unsere heutige Umweltsenatorin und Bürgermeisterin Frau Dr. Schaefer äußerte sich im „Weser-Kurier“ vom 13. November 2018 wie folgt: „Die Tarifautonomie sei sehr wichtig. Über die Tarife müsse man verhandeln und streiten, sagt Maike Schaefer, umweltpolitische Sprecherin der Bremer Grünen. Die Verhandlungen sollten weitergeführt werden und gute Löhne für Müllwerker bringen. Trotz alledem müssen wir die Gebührenzahler, also die Bürgerinnen und Bürger, im Blick behalten, sagte Schaefer. Auch eine Erhöhung von im Durchschnitt sechs Euro im Jahr könnte dem einen oder anderen Haushalt wehtun. Die Grünen hätten mehrfach darauf hingewiesen, dass die Rekommunalisierung der Bremer Müllabfuhr dem Bremer Bürger nichts kosten dürfe.“ So der Teil im „Weser Kurier“.

Die CDU-Fraktion hat schon damals in weiser Voraussicht darauf hingewiesen, dass genau diese Gefahr besteht, das war auch damals der Abgeordnete Strohmann, der heute unser Fraktionsvorsitzender ist, und er hat Recht behalten.

(Beifall CDU – Unruhe SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Es ist nach Auffassung der CDU-Fraktion richtig, darauf hinzuwirken, dass Müll richtig getrennt wird und auch in der Tonne landet, wo er hingehört, und wir somit auch Restmüll minimieren. Wiederverwertbare Rohstoffe sollten natürlich in einen gewissen Kreislauf geführt oder zurückgeführt werden. Das ist gelebter Umweltschutz. Das ist auch der Part, auf den wir als Kommune Einfluss nehmen können. Klingt auch ganz einfach, ist es in der Praxis aber nicht. Beim ersten Lesen des neuen Gesetzes wird auch klar, dass zum Beispiel Haushalte, die über eine 60-Liter-Restmülltonne verfügen, massiv belastet werden. Eine Entleerung der 60-Liter-Tonne hat früher oder nach aktuellem Gebührenstand 5,32 Euro gekostet und wird mit den neuen Gebühren 6,99 Euro kosten.

In absoluten Zahlen, wenn man das auf das Verhältnis der Leerungen herunterbricht, ist das so, dass nach neuem Gesetz nur noch neunmal geleert werden soll, was vorher 13-mal der Fall war. Damit haben wir eine effektive Preissteigerung, wenn man die gleiche Leistung in Anspruch nimmt, von über 31 Prozent. Das ist nur eines der wenigen Beispiele. Sie kommen auch gern mit dem Beispiel –

das ist auch eins meiner Lieblingsbeispiele – der Großwohnanlagen. Diese verfügen über 1 100-Liter-Tonnen, und diese werden rechnerisch nach neuer Gebühr um etwa 8,5 Prozent mehr belastet.

Das Problem daran ist, dass die Menschen in den Großwohnanlagen nicht einfach eine Tonne haben, sie haben meistens ein Chipsystem, bei dem mitgezählt wird, sie eine gewisse Freimenge für den Beitrag bekommen und dann jede weitere Leerung zusätzlich kostet. Das größte Problem an diesen Großwohnanlagen ist, dass die Menschen, anders als die Leute, die über eine eigene Tonne verfügen, nicht richtig trennen können, weil sie zum Beispiel keine Biotonne haben. Das führt zwangsläufig dazu, dass wertvoller Biomüll gar nicht in der Biotonne landet, sondern im Restmüll. Obendrein müssen die Leute das auch noch zusätzlich bezahlen. Das ist in großem Maße ein Skandal und unsozial.

(Beifall CDU)

Sie werden an dieser Stelle auch Ihrer Verantwortung nicht gerecht und auch nicht der Umwelt, indem Sie dazu beitragen, dass Biomüll im Restmüll landet. Das ist meiner Meinung nach in Zeiten, in denen die Energiekosten steigen und die Inflation in vollem Gang ist, ein völlig falsches Signal, das Sie hier setzen. Die CDU-Fraktion wird diesem Gesetz auch in der Form nicht zustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralph Saxe.

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das war jetzt ein sehr – –, ich würde sagen, ein Blick mit Scheuklappen auf diese Erhöhung der Abfallgebühren. Die Änderung des Ortsgesetzes – das werden Sie doch nicht bestreiten – und die Anpassung der Gebühren waren geboten und notwendig. Wir mussten das tun. Das haben Sie nicht erwähnt.

Wir haben acht Jahre lang Gebührenstabilität gehabt seit 2014. In der Zwischenzeit ist eine Menge passiert, auch in der Bremer Straßenreinigung selbst. Das werde ich gleich noch darlegen, was wir alles dort mehr machen und was alles an Aufgaben noch dazugekommen ist. Die Löhne sind gestiegen, die Energiepreise auch, die Leistungen sind ausgeweitet worden. Und – das haben Sie auch nicht erwähnt – es gibt auch Wertstofflöse für Altkleider

und Altpapier, bei denen die Preise zusammengesunken sind, weil auch die fehlenden Anreize für Recycling zu beklagen sind.

Diese Änderungen, die jetzt gemacht worden sind, forcieren meiner Ansicht nach die Gebührengerechtigkeit. Sie haben diejenigen mit einer 60-Liter-Tonne erwähnt. Da weiß ich ganz genau, dass die meisten, jedenfalls die ich kenne, diese 13 Leerungen überhaupt nicht in Anspruch genommen haben, sondern sehr viel weniger Leerungen gemacht haben. Das ist auch normal.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das ist ja ein tolles Argument!)

Ich habe es bei meinem Sohn zum Beispiel erlebt, der kommt auf sechs Leerungen und hat sogar noch welche quasi kostenlos dann nicht wahrgenommen, weil er trennt. Das ist der Anreiz, bei weniger Leerungen mehr zu trennen. Der ist doch ganz groß. Deshalb finde ich, im Sinne einer Gerechtigkeit der Abfallgebühren ist das genau der richtige Weg, was da gemacht worden ist.

Die Grundgebühr, das haben Sie zu Recht erwähnt, steigt um 18 Prozent. Was bedeutet das denn am Ende in den Personenhaushalten? Das haben Sie dargestellt, da gibt es Erhöhungen, und es gibt Leute, die nicht mehr bezahlen, die haben weniger Leerungen, das weiß ich schon. Aber, es ist eben meiner Ansicht nach ein Anreiz dafür, mehr Mülltrennung zu machen.

Was ist in der Zeit denn mehr passiert? Deswegen finde ich die Rekommunalisierung oder die Teilrekommunalisierung, die wir gemacht haben, richtig. Wir haben mehr Einfluss auf die Abfallentsorgung gewonnen. Es sind im öffentlichen Bereich sehr viel mehr Abfallbehälter aufgestellt worden. Wer die Situation am Osterdeich kennt, der weiß, dass da ganz viel – –.

(Zuruf Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU])

Das gehört mit dazu, Herr Strohmann, natürlich gehört das mit dazu. Das haben wir auch im Verwaltungsrat nachgefragt, das wird Herr Michalik wissen, dass wir da inzwischen sehr viel mehr machen. An Badeseen wird nicht nur einmal am Tag geleert, sondern es wird dreimal geleert.

Die Menge an Abfall, die angefallen ist, die ist mehr geworden. Das muss irgendwie bezahlt werden, Herr Michalik. Es sind 74,3 Prozent mehr Abfallbehälter in diesem Zeitraum geleert worden.

Wir haben 20 Prozent mehr Sperrmüll. Wir haben 10,7 Prozent mehr Bioabfall. So viel zu dem Thema, zu dem Postulat, was Sie aufgestellt haben, dass das alles in diesen Großwohnanlagen in der Restmülltonne landet. Nein, die Bremerinnen und Bremer trennen mehr Müll und brauchen deswegen weniger Leerungen.

Die Beratung hat eindeutig zugenommen. Wir haben 50 000 Kundenkontakte mehr in der DBS. Wir haben mehr Repair-Cafés. Die Umweltbildung ist erhöht worden. Daher glaube ich, dass wir in diesem Betrieb tatsächlich etwas erreicht haben, auch als Mitglieder des Verwaltungsrates, um dieses Unternehmen zu modernisieren. Ich will da ausdrücklich die Abbiegeassistenten erwähnen. Wir haben die neueste Generation von Müllfahrzeugen, die bezahlen sich auch nicht von selbst. Die haben – so, wie wir es als Bremische Bürgerschaft gefordert haben – Abbiegeassistenten.

Ich glaube, wir haben unseren Einfluss in der Bremer Straßenreinigung genutzt, um tatsächlich das System gerechter zu machen. Natürlich ist eine Erhöhung jetzt kein Grund, sich darüber zu freuen. Trotzdem ist es so, auch der Lebenshaltungsindex ist um elf Prozent gestiegen, und diese 18 Prozent, die wir da haben, sind im Rahmen dessen, was man an Abfalllogistik bundesweit mehr bezahlt, absolut im Rahmen. Wir zahlen bessere Löhne für die Mitarbeiter, die eine sehr schwere Arbeit machen.

(Beifall DIE LINKE)

Ich finde, dieses Gesamtkonzept, das wir vorgelegt haben, das ist sozial, das ist ausgewogen, und es hilft dem Umweltschutz. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Arno Gottschalk.

Abgeordneter Arno Gottschalk (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, es gibt Preise und Gebühren, deren Anhebung immer eine besondere Aufmerksamkeit findet. Das gilt besonders für die Abfallgebühren. Sie sind immer ein Politikum. Es gibt Aufregung und es gibt manchmal Diskussionen, die schon ein bisschen verwundern, insbesondere, wenn sie hier im Haus geführt werden.

Dass man ernsthaft der Meinung ist, dass überhaupt eine Preiserhöhung schon irgendwie ein Verrat wäre an dem, was man versprochen hat, da

würde ich doch einmal sagen, Herr Strohmann, Herr Weiss, Herr Meyer-Heder, Herr Eckhoff: Nehmen Sie noch Preise von 2014? Wenn ja, würde ich dann morgen gern doch einmal Ihre Preisliste sehen. Das geht doch in der Tat an den Realitäten vorbei. Wir müssen uns doch, wenn wir schon diese Aufmerksamkeit darauf nehmen, anschauen: Was haben wir denn für reale und angemessene Preisverhältnisse, Maßstäbe in diesem Bereich?

Zu diesen Maßstäben gehört zunächst erst einmal – Ralph hat darauf hingewiesen, Ralph Saxe –, dass man natürlich den Maßstab nimmt: Wie ist es im Bereich der Verbraucherpreisentwicklung, also dem allgemeinen Preisniveau in diesem Bereich, der Verbraucher trifft, und wie sieht es aus in der Abfallwirtschaft? Wir liegen bei elf Prozent beim allgemeinen Verbraucherpreisindex und 17 Prozent in der allgemeinen Abfallwirtschaft. Das ist erst einmal der Maßstab, den wir jetzt halten müssen. Wenn wir uns anschauen: Bei einem Produkt wie den Großanlagen, den Großbehältern, bei denen sich erst einmal nichts ändert, landen wir in etwa bei diesen elf Prozent. Das heißt, das ist das allgemeine Preisniveau, was sich da abbildet.

Dann haben wir aber auch – das hat Herr Michalik angesprochen – Abweichungen. Er hat nur die eine Seite genannt. Tatsächlich haben wir auf der einen Seite überhaupt gar keine Preissteigerung bei Vier-Personen-Haushalten, und wir haben auf der anderen Seite 26, 27 Prozent, wenn nicht reduziert wird, bei den Ein- und Zwei-Personenhaushalten. Eine so große Spanne und man stellt sich ja die Frage: Wie erklärt sich das? Der Hintergrund, liebe Kolleginnen und Kollegen ist so, dass die Gesamtkalkulation, die Kalkulationsgrundlagen, mit denen diese Abfalleistungen neu ausgeschrieben worden sind und für die ein privates Unternehmen geboten hat, sich grundlegend geändert haben, weil dieses Unternehmen gänzlich andere Kalkulationsstrukturen aufgesetzt hat, nämlich welche, bei denen sie davon ausgeht, dass sie angemessener sind.

(Zuruf Abgeordneter Christoph Weiss [CDU])

Wenn wir jetzt auf der einen Seite ein –. Moment. Die sind kalkuliert worden hinsichtlich der Struktur, welche Kosten verursacht werden. Wenn man dies jetzt anwendet, man muss im Gebührenbereich dann auch so weitergehen, dann hat dies genau diese Folge gehabt, dass die Anhebung im Bereich der ein und zwei Mülltonnen, ein bis zwei Personen, höher gewesen ist als bei den längeren. Der Hintergrund ist schlicht und einfach – hören Sie zu, Herr Weiss –, dass die Entsorgung einer 240-

Liter-Tonne nicht sechsmal so groß ist wie die Entsorgung einer 40-Liter-Tonne, sondern dass die tatsächliche Kostenentwicklung sehr flach ist. Das heißt umgekehrt natürlich, dass eine 60-Liter-Tonne genau annähernd so teuer ist wie eine große. Das muss ich im Preis abbilden.

Wenn wir jetzt im Ein- und Zwei-Personen-Haushalt höhere Preissteigerungen haben, woran liegt das? Es liegt im Wesentlichen daran, dass in diesem Bereich bislang die Kostenabbildung nicht richtig gewesen ist, sondern diejenigen, die jetzt in der Tat verärgert sind, dass es mehr steigert, die sind in Wahrheit insgeheim die Nutznießer der bislang nicht richtigen Abbildung von Kosten gewesen. Das ist der Hintergrund in dem Bereich.

Wir müssen diesen Punkt erst einmal verstehen in dem Bereich. Sie können es ja auch nachkalkulieren, das können Sie ja machen. Sie können ja auch einmal versuchen, einen Grund zu finden, wie das da in dem Bereich ist. Wir haben in dem Bereich diese Strukturveränderung, und wir haben den zweiten Punkt – darauf würde ich gern dann in der zweiten Runde eingehen –, wir haben die Maßnahmen, bei denen man kompensieren kann durch die Anpassung in dem Bereich der Leerungen, und wir haben den anderen Punkt, über den man sich auch einmal Gedanken machen muss: Was genau sind denn die Faktoren, die zur Kostensteigerung beigetragen haben? Das müssen wir uns genauer anschauen. Wenn wir das gemacht haben, denke ich, dann können wir auch beurteilen, was angemessen ist und was nicht. Das möchte ich mir gern für den zweiten Teil vorbehalten. – Danke schön!

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Klaus-Rainer Rupp.

Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp (DIE LINKE): Frau Präsidentin, verehrte Anwesende! Wir diskutieren ein Ortsgesetz zur Kalkulation der Müllgebühren. Ja, die Müllgebühren werden steigen, sie werden steigen müssen aus unterschiedlichen Gründen.

Das vorgelegte Ortsgesetz strukturiert die Müllgebühren anders. Es werden Anreize geschaffen, Restmüll zu reduzieren und Müll zu trennen, dadurch, dass man in einem Ein-Personen-Haushalt nur noch neun Leerungen frei hat und nicht mehr 13, wie vorher. Wenn man das erreicht oder, wenn man nach wie vor 13 braucht, erhöht sich die

Müllgebühr pro Jahr um knapp 30 Euro. Das ist meines Erachtens keine Summe, die viele Haushalte so richtig in Schwierigkeiten bringt, obwohl es auch sicherlich Haushalte gibt, die werden das spüren. Wenn man mit neun Leerungen auskommt, erhöht sich die Gebühr um 1,50 Euro, also ein deutlicher Anreiz, Müll zu trennen und Restmüll zu vermeiden.

Das gilt auch für Zwei-Personen-Haushalte, und das gilt dann auch für alle weiteren Modellrechnungen. Die Vier-Personen-Haushalte kommen sogar einigermaßen gut dabei weg. Warum ist das so? Arno Gottschalk hat es schon erklärt. Kleine Mülltonnen kosten pro Kilo Restmüll mehr als große Mülltonnen, weil da einfach mehr hineinpasst, und man muss zu allen hinfahren, und man muss die alle auf einen Lkw packen und so weiter und so weiter. Diese Struktur, dass bei kleinen Mülltonnen die Kosten pro Kilogramm Restmüll höher sind, wird in dieser Kostenstruktur, in dieser Müllgebührenkalkulation abgebildet.

Wir haben ganz unterschiedliche Dinge, die auch dazu geführt haben, dass es in den letzten Jahren letztendlich teurer geworden ist und wir jetzt diese Anpassung vornehmen müssen. Genannt worden ist die allgemeine Preisentwicklung. Nennen kann man aber auch die Perspektiven der Recyclingstationen. Wir wollen modernere Recyclingstationen und wir wollen Grünstationen behalten, das hat auch einen gewissen Einfluss auf diese Kosten. Ja, es gibt einen Faktor, der ist vergleichsweise unmittelbar verbunden mit der Rekommunalisierung. Das sind die Löhne der Beschäftigten. Das sind die Löhne der Menschen, die unsere Mülltonnen leeren, umherfahren.

Das war vorher so, dass diese Menschen ausgesprochen schlecht bezahlt worden sind für die harte Arbeit. Jetzt werden sie deutlich besser bezahlt für diese Arbeit. Wenn die CDU das kritisiert und sagt, diese Müllgebührenerhöhung ist in dieser Frage nicht gerechtfertigt und es hätte lieber keine Rekommunalisierung geben dürfen, dann bedeutet das, dass Sie sagen, die Müllwerkerinnen und Müllwerker haben gefälligst für Billiglöhne zu arbeiten. Das geht mit uns nicht.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen – Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das ist billig! Das ist ganz, ganz billig!)

Ja, widersprechen Sie mir!

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das war nie das Thema!)

Dann sagen Sie mir, der Teil der Gebührenerhöhung, der auf die höheren Löhne zurückzuführen ist, ist völlig okay. Ich habe den Kollegen Michalik anders verstanden. Ich habe ihn ein Stück weit so verstanden, dass er gesagt hat, das gibt es, die Rekommunalisierung ist gekommen, dann gab es die Gebührenerhöhung. Sie wissen doch, dass ein Teil der Gebührenerhöhung notwendig ist. Wenn Sie kritisieren, dass es Müllgebührenerhöhungen gibt, dann kritisieren Sie auch gleichzeitig ein Stück weit die deutlich besseren Gehälter der Müllwerkerinnen und Müllwerker. So habe ich es interpretiert. Sie haben ja Gelegenheit, das alles geradezurichten und zu sagen, Sie finden nur den Teil der Gebührenerhöhung blöd, den Teil der Gebührenerhöhung, bei dem es darum geht, den Leuten gute Gehälter zu bezahlen, finden Sie in Ordnung. Haben Sie jedes Recht dazu.

Ja, die Gebührenerhöhung ist da, und wir werden nicht umhinkommen, dass die Menschen, die Müll produzieren, auch für die Entsorgung dieses Mülls, auch für die umweltgerechte Entsorgung dieses Mülls bezahlen müssen. Ganz einfach. Das müssen sie, ob es nun ein rekommunalisierter Betrieb oder ein privater Betrieb ist, bezahlen. Denn, was wir nicht hinbekommen, ist, Preissteigerungen, Lohnsteigerungen und auch Perspektiven in der Entwicklung der Müllentsorgung, dass wir das einfach immer wieder aus demselben Gebührensatz finanzieren. Das funktioniert nicht.

Deswegen ist diese Gebührenerhöhung notwendig. Ich finde, sie ist angemessen und sie ist auch gut strukturiert. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Magnus Buhlert.

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir diskutieren über die Müllgebührenerhöhung und damit verbunden über die Frage: Was ist davon notwendig und was ist davon nicht notwendig? Es ist, glaube ich, trivial zu sagen, dass wir Inflation ausgleichen müssen, dass wir die Preisentwicklung am Altkleidermarkt abbilden müssen und dass wir uns Gedanken machen müssen über die Frage: Wie

hat sich das eine oder andere entwickelt und müssen wir Anpassungen vornehmen?

Gebühren müssen auskömmlich sein. Insofern kann ich ja verstehen, dass die Gebühren erhöht werden. Die Frage ist nur: Ist die Höhe gerechtfertigt, und ist das System gerecht, in dem jetzt umverteilt wird im Sinne von: Wer muss wie viel bezahlen? Letzteres muss man daran orientieren, welche Nutzungsnotwendigkeiten für Entsorgung vorhanden und welche Kosten damit verbunden sind. Da gab es Ungerechtigkeit, insofern musste das abgestellt werden. Da kann man unterschiedlicher Meinung sein, ob das jetzt gelöst ist oder ob es ein anderes System gäbe. Ich muss keins vorlegen, die CDU hat keins vorgelegt. Aber trotzdem kann man sagen, Ihres ist vielleicht nicht das Beste.

Was aber unstrittig ist – Herr Rupp, die Kritik ziehe ich mir dann auch gern an, Sie haben sie an der CDU gerichtet –: Ein Teil der Gebührenerhöhung ist durch die Rekommunalisierung verursacht. Ja, und das haben Sie billigend in Kauf genommen und den Leuten erzählt, das kostet alles nichts. Wir haben darauf hingewiesen, dass dann andere Tarife fällig werden. Sie wollten das, Sie haben mit der Rekommunalisierung Tarifpolitik gemacht. Wir wollten Tarifautonomie weiter in einem privaten Betrieb. Der hätte dann selbst seine Tarife wahrnehmen können. Das hätte auch zu Müllgebührenerhöhungen führen können, aber vielleicht nicht zu diesen.

Wir geben Ihnen nicht die Hand dazu, dass Sie diesen Weg gegangen sind. Deswegen können wir einen Teil dieser Müllgebührenerhöhung nicht mitgehen – welchen, habe ich, glaube ich, deutlich gemacht –, und deswegen lehnen wir sie insgesamt ab, weil das ist die Abstimmung, die hier von uns gefordert ist, um das auch deutlich zu machen. Wir reichen Ihnen nicht nachträglich die Hand für die Rekommunalisierung. Dafür haben Sie bitte Verständnis.

(Beifall FDP, CDU)

Was allerdings richtig ist – darauf möchte ich dann den Rest meiner Redezeit verwenden –, ist, dass wir mit den Müllgebühren weiter Anreize setzen, Müll zu vermeiden. Das haben wir getan, als wir das vor – ich muss jetzt rechnen – etlichen Jahren in der Ampelkoalition in Bremen eingeführt haben. Da ist nämlich die angemessene Leerungsfrequenz und weiteres eingeführt worden, das ist etwas weniger als 30 Jahre her, aber auch damals schon mit dem Ansatz, Ressourceneffizienz zu erhöhen, Müll zu

reduzieren und weiterzubringen, dass die Menschen bewusst mit dem Müll umgehen.

Wenn ich dann höre, dass in Großwohnanlagen kein Biomüll gesammelt wird, dann muss ich sagen, das ist falsch. Auch das muss man überlegen. Ich weiß, dass es Verdreckungsprobleme und Etliches an der Stelle gibt. Auch da muss man überlegen, wie man das machen kann, denn eines ist klar: Wir werden sicherlich die Müllverbrennung brauchen, um Fernwärme zu erzeugen, aber wir sollten nicht unbedingt Müll produzieren, um viel Fernwärme zu haben, sondern wir sollten weiter daraufsetzen, möglichst wenig Abfall zu haben, weil das ist Ressourceneffizienz, und das muss eben auch weiter gewährleistet sein.

Wir haben auch kein Problem damit, wenn das Gebührensystem dazu anreizt. Soweit meine Bemerkungen dazu. Mein Abstimmungsverhalten und das meiner Fraktion habe ich erklärt. Wir werden hier ablehnen. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP – Zuruf Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE])

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Arno Gottschalk.

Abgeordneter Arno Gottschalk (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben den Tatbestand, dass sich die Entwicklung der Müllgebührenanhebung im Großen und Ganzen im Bereich der allgemeinen Preissteigerung entwickelt. Insofern ist es sehr mutig, Herr Dr. Buhlert, zu sagen, die Verteuerung käme von der Rekommunalisierung. Welche denn?

(Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP]: Ich habe gesagt, ein Teil, Herr Gottschalk!)

Ja, ein Teil. In der Tat es geht um einen Teil.

(Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP]: Bleiben Sie korrekt!)

Ich bleibe korrekt. Der Punkt ist, dass wir trotz der Maßnahmen, die uns wichtig waren bei der Rekommunalisierung, nämlich faire Löhne zu bezahlen – das haben wir durchgesetzt, da ist eine Strukturanehebung enthalten – und wir liegen trotzdem nicht über der allgemeinen Preisentwicklung. Das ist doch der Vorteil der Rekommunalisierung, was wir hinbekommen haben.

(Beifall SPD)

Der zweite Punkt ist: Wir haben im Übergang zur Rekommunalisierung die Gelegenheit genutzt, den gesamten Fuhrpark zu erneuern mit dem Ergebnis, dass wir sehr anspruchsvolle ökologische Anforderungen in dem Bereich umgesetzt haben, sodass die Fahrzeuge in den Straßen weniger CO₂ ausstoßen, weniger Abgase ausstoßen. Das ist eine Verbesserung, obwohl wir keine Preiserhöhungen in dem Bereich haben.

Wir haben dafür gesorgt, dass die Möglichkeiten abgedeckt werden, dass der Sperrmüll von den Angeboten her deutlich attraktiver geworden ist und angenommen wird. Da haben wir eine erhebliche Ausweitung von fast 20 Prozent. Wir haben die Biomülltonnen ausweiten können. Das sind auch Verbesserungen vom Volumen her, und, Herr Dr. Buhlert, wir haben das hinbekommen, ohne die allgemeine Preisentwicklung zu toppen. Wir haben einen Qualitätszuwachs. Wenn man weiter schaut: Wir werden die Recyclingstationen bringen, die auf ein neues, ein erheblich besseres Niveau gestellt werden, und wir haben das hinbekommen, ohne dass wir über die allgemeine Preisentwicklung gehen.

(Beifall SPD – Präsident Frank Imhoff übernimmt wieder den Vorsitz.)

Wenn man dann noch weiterschaut, dann sehen wir, dass wir auch andere Kostentreiber haben. Wir haben das allgemeine Problem, dass immer mehr Vermüllung im öffentlichen Raum ist. Wir haben eine erhebliche Steigerung der Papierabfallkörbe, die nicht über die Straßenreinigung, sondern hier über den Abfall entsorgt werden: Steigerung 100 Prozent. Wir haben keine Preissteigerung oberhalb des Durchschnitts.

Dann kommt noch der dritte und letzte Punkt hinzu: ein enormer Zuwachs von illegalen Ablagerungen.

Ich bin einmal mitgefahren in diesem Bereich, in dem das alles liegt. Jede dieser Ablagerungen kostet 85 Euro. Die bezahlt nicht irgendwer, sondern die gehen in diesen Kostenbereich hinein, der aus diesem abgedeckt wird. Wir sind mittlerweile bei weit über einer halben Million Euro, was in dem Bereich auch verkraftet werden muss, und wir haben das geschafft, ohne eine allgemeine Preiserhöhung zu toppen. Das ist, Herr Dr. Buhlert, ein Riesenerfolg, und ich glaube, er wäre ohne die Rekommunalisierung nicht möglich gewesen.

(Beifall SPD, DIE LINKE – Zuruf Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP])

Ich denke, dass wir an diesem Bereich weitermachen müssen. Ich gebe Ihnen recht, Herr Michalik, wir haben eine Herausforderung in dem Bereich der Großanlagen. Man muss vor dem Hintergrund vielleicht auch einmal wissen, wir sehen jetzt die ein bis zwei Tonnen, die erheblich zugenommen haben. Man könnte ja sagen, na ja, wir wissen, 50 Prozent unserer Haushalte sind mittlerweile Ein-Personen-Haushalte, 25 Prozent weitere sind Zwei-Personen-Haushalte, also sind da 75 Prozent betroffen. So ist es aber nicht. Die Zahlen zeigen, dass der Anschluss in diesem Bereich nur 20 Prozent der Haushalte sind, erheblich weniger, als es tatsächlich Ein- und Zwei-Personen-Haushalte gibt, weil die Leute auch gemeinsam solche Tonnen nutzen in dem Bereich.

Auch viele sind angeschlossen an den großen Tonnen. Da gebe ich Ihnen, das möchte ich betonen, Herr Michalik, recht: Wir müssen auch schauen, wie wir im Bereich der großen Anlagen vorankommen. Wir haben natürlich auch gewisse Erfahrungen gemacht, dass gerade diese Ausdifferenzierung dieser Müllfraktionen sich in diesen großen Anlagen durchaus nicht so einfach umsetzen lässt. Heiko Strohmann weiß das jedenfalls, und das kann fraktionsintern vielleicht auch einmal ein bisschen erzählt werden. Es ist nicht so einfach. Es gibt keine Patentlösung.

Wir müssen weiter, und da sind wir alle aufgefordert, wir müssen sehen, dass wir in diesem Bereich Dinge hinbekommen, die auch dort möglich machen. Denn eines sehen wir doch: Dass wir jetzt dies durchsetzen können, die Verringerung der Leerung, das hat doch mit den Zielen zu tun, die wir anstreben, dass Abfall vermieden wird, dass Abfall besser getrennt wird. Das sind doch die Sachen, die wir auch bei den großen Anlagen unterbringen müssen. Da sind wir gefordert und daran, denke ich, müssen wir arbeiten.

Ein letzter Punkt, bevor ich Schluss mache: Wir haben noch einen Änderungsantrag mit eingebracht. Dort ist enthalten, dass wir gern auch weiterhin die Auflistung der Recyclingstationen mit als Anlage am Gesetz haben wollen, weil ich denke, es ist eine Sache, gerade im Bereich Recyclingstationen, die eine immense Bedeutung haben für die weitere Entwicklung des Abfall- und Sammlungssystems hier in Bremen. Es ist eine Sache, die man nicht ganz allein an den Verwaltungsrat der DBS, Die Bremer Stadtreinigung,

(Glocke)

delegieren sollte und bei der wir auch einen Einfluss darauf haben. Insofern, denke ich, das Thema ruft manchmal einen gewissen Populismus heraus. Aber, es ist ein interessantes Thema, und ich kann es noch einmal sagen: Ich sehe es so, dass wir mit der Rekommunalisierung ein gutes Stück nach vorn gekommen sind. – Danke schön!

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Martin Michalik.

Abgeordneter Martin Michalik (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste! Herr Gottschalk, Herr Saxe, ich bin ja auch Mitglied im Verwaltungsrat der Bremer Stadtreinigung und auch in der Juli-Sitzung habe ich diese Argumente vorgetragen.

Ich habe eher das Gefühl, dass Sie einige konkrete Anliegen, die ich auch vorgetragen habe, nicht so richtig auf dem Schirm haben. Denn, Herr Dr. Buhler hat es richtig gesagt, ich kenne es aus eigener Erfahrung in meinem Stadtteil: Das ist ein hochsensibles Thema und ich habe die große Befürchtung, dass diese Preissteigerung auch zu einer Vermüllung des Stadtteils beitragen wird. Das nicht nur für die Vahr, sondern generell in Stadtteilen mit vielen Großwohnanlagen.

Dazu muss ich auch sagen: Wenn Sie die Gebühren erhöhen wollen, aber vorher keine Alternativen schaffen – das haben Sie ja gerade selbst gesagt, da muss man ran – dann sollte man da zuerst herangehen, bevor man als letztes Mittel die Gebühren erhöht, wenn man merkt, dass es keinen Sinn macht. Aber, andersherum ist es einfach falsch, es ist unfair, es ist unsozial, und das geht in die falsche Richtung.

(Beifall CDU)

Wenn Sie in den vergangenen Jahren gesagt haben, das führt zu keinen Preissteigerungen und so weiter, und jetzt, drei Jahre nach dem letzten Zeitungsartikel plötzlich die Gebühren nicht nur minimal steigen, wie diese sechs Euro, die Frau Dr. Schaefer erwähnt hat, sondern um teilweise fast 30 Euro, dann ist das ein Spektrum, das irgendwie nicht mehr vertretbar ist. Das halten wir insgesamt für eine ganz große Mogelpackung.

Ich habe da noch ein Beispiel herausgesucht: So zum Beispiel im Rahmen der Neuorganisation der Recyclingstationen, die haben Sie ja auch erwähnt und von erheblichem Mehrwert und mehr Service gesprochen. Wir sprechen aber auch darüber, dass die Recyclingstationen teilweise in den Wintermonaten geschlossen werden, und Gartenabfälle werden dann nicht entsorgt werden können. Es gibt ja den Bremer Müllsack, der kostet 5,50 Euro für diese Zeit, und den erhöhen Sie auch auf 7,50 Euro. Das sind auch noch einmal 36 Prozent. Das heißt, nicht nur, dass Sie die Alternativen kappen, sondern die neuen Alternativen, die hinzukommen, werden auch noch teurer.

Ich habe die ganze Zeit darüber nachgedacht, wie ich Ihnen das plastisch darstellen könnte, aber im Endeffekt ist es so, als wenn Sie beim Einkaufen immer eine 100-Gramm-Tafel Schokolade gekauft hätten, diese Ihnen aber plötzlich für den gleichen Preis als 70-Gramm-Tafel verkauft wird und man dann von einer Rezepturverbesserung spricht, was natürlich nicht der Fall ist.

Es sind erhebliche Preissteigerungen, die wir nicht vertreten können, und wir werden das auch insgesamt als CDU ablehnen. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralph Saxe.

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir reden über Gebühren, und Gebühren müssen auskömmlich sein. Das ist nicht wie in der freien Wirtschaft, sondern da kalkuliert man, und man muss dann irgendwann, wenn man feststellt, dass die Kalkulation nicht mehr stimmt, erhöhen. Im Übrigen, was sich auch vielleicht einmal abzeichnen wird: dass man zu viel einnimmt. Dann muss man mit den Gebühren wieder heruntergehen. Das kann auch einmal passieren: Tatsächlich hatten wir da zumindest im Verwaltungsrat auch einen Silberstreif am Horizont, dass plötzlich durchaus Mehreinnahmen erzielt worden sind.

Man muss Gebühren anpassen, und dann müssen Sie mir erklären, Herr Michalik – und das haben Sie nicht gemacht –, wo Sie denn einsparen wollen. Wir haben nun einmal jetzt die Situation, wie sie jetzt ist. An den Löhnen können wir schwierig einsparen, das wollen Sie eigentlich auch gar nicht richtig.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Nein!)

Was wollen Sie denn nicht? Das müssen Sie erzählen. Ich finde, dass alles das, was wir im Leistungskatalog stehen haben, sinnvoll ist. Ich finde es sinnvoll im Sinne des Stadtbildes, dass wir so viele Müllbehälter mehr aufgestellt haben. Ich finde es sinnvoll, dass wir im Verwaltungsrat sagen können: Am Osterdeich, das klappt aber nicht. Bitte, Bremer Straßenreinigung, macht da etwas, weil es dort vermüllt.

Sie können sagen, in der Vahr läuft es nicht und können selbst Einfluss nehmen in dem Verwaltungsrat und sagen: Bitte, Bremer Straßenreinigung, das läuft hier nicht und das tun Sie ja auch. Aber, Sie haben mir nicht erklärt, was bei diesen Gebühren Ihrer Meinung nach nicht angemessen ist, was wir nicht machen sollten.

Lassen wir die illegalen Ablagerungen liegen? Sollen wir das machen? Das ist dreimal so viel geworden, übrigens. Das ist die tatsächliche Zahl, die wir da haben. Natürlich muss das so schnell wie möglich weggemacht werden, weil ansonsten zu den illegalen Ablagerungen, das wissen Sie auch alle, noch etwas dazukommt. Da wird noch etwas dazugelegt.

Deshalb, ich habe, wie gesagt, die Ahnung nicht. Wir hätten möglicherweise bei den Recyclinghöfen noch ein bisschen einsparen können. Hätten. Wir haben aber auch mitbekommen, Sie haben ja auch viel mit Beiräten zu tun: Das ist für die Beiräte in dieser Stadt ein großer Wert, und die Beiräte sind gewählte Vertreter:innen auch von der bremischen Bevölkerung, und die haben deutlich gemacht: Die Recyclinghöfe sind für uns ein großer Wert, und das finden wir auch.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Aus dem Grund hat man sich vom Ressort mit den Beiräten zusammengesetzt, hat einen Kompromiss gefunden, da sind manche dann in der Winterzeit, in der wirklich nicht viel Grünschnitt anfällt, tatsächlich teilweise geschlossen. Für Findorff hat man eine Sonderlösung gefunden, die, glaube ich, auch richtig ist.

Es ist etwas passiert, das auch für die umweltpolitischen Ziele, die wir haben, sinnvoll ist. Wir wollen ja so viel wie möglich recyceln, und die dezentrale Organisation des Recyclings, wie wir sie in Bremen mit den 16 Recyclinghöfen haben, die hat sich be-

währt und wird dazu führen, dass wir mehr Recycling in dieser Stadt machen werden. Daher glaube ich, dieser Wert und auch dieser Frieden in der Stadt, die wir dadurch hergestellt haben, die sind wichtig.

Die Conclusio ist jetzt noch einmal: Sie konnten uns nicht erklären, was wir nicht machen mussten, ich habe es einfach nicht gehört. Das ist anhand der tatsächlichen Kosten, die auflaufen, seriös kalkuliert worden. Daher wird, glaube ich, das, was wir hier auch an Umstrukturierung gemacht haben, ein Gewinn für die Umwelt sein und wird auch ein Gewinn für das Stadtbild sein, weil wir diese Stadt viel besser sauber halten. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vielleicht fange ich einmal so an: Es handelt sich ja nicht um eine Komplettrekommunalisierung, sondern um eine Teilrekommunalisierung. Und in der Tat: Wer das damals begleitet hat, weiß, wie viele intensive Debatten wir darum geführt haben. Wenn Sie mich zitieren, Herr Michalik, dann können Sie auch zitieren, dass ich in diesen Rekommunalisierungs- oder Teilrekommunalisierungsdebatten immer gesagt habe, es wird sie nicht zum Nulltarif geben, es wird am Ende auch Geld kosten.

Aber, wir haben damals auch festgelegt, dass wir bestimmte Kriterien anlegen an die Rekommunalisierung: Einmal – Ralph Saxe hat das schon gesagt – mehr Einfluss, den hatten wir nämlich vorher gar nicht, und das haben wir oft gemerkt, aber auch ökologische Standards, die wir verbessern wollten. Faire Gehälter – das hat Herr Rupp noch einmal gesagt – waren uns wichtig und auch eine Gebührenstabilität. Jetzt muss man einmal sagen: Die letzten Gebührenerhöhungen sind 2014 erfolgt. Auch an die erinnere ich mich und auch an die Debatten, die wir dazu hatten. Denn, wann immer man Gebühren erhöht, ist es nicht beliebt, und es gibt viele Diskussionen, gerade bei den Müllgebühren.

Die Gebühren waren seit 2014 stabil trotz deutlich gestiegener Lebenshaltungskosten von elf Prozent und auch deutlich gestiegener Kosten in der Abfallwirtschaft, nämlich von 17 Prozent seitdem. Jetzt ist das so, dass planmäßig immer bis 2021 eine Kalkulation bei der Gebühr vorlag von einer Überdeckung von 2,36 Millionen Euro. Aber aktuell muss

man feststellen, liegt es eher bei 5,58 Millionen Euro in dem dritten Quartal 2021. Aber ohne eine Gebührenerhöhung ist Ende 2022 mit einer Unterdeckung von fünf bis sieben Millionen Euro zu rechnen.

Was sind die Gründe dafür? Erst einmal stellt man fest, dass die Preise für Wertstoffe, zum Beispiel Papier aber auch Textilien volatil sind. Das ist ein riesen Einfluss, wenn man sich die Erlössituation ansieht und damit auch die Höhe der Unterdeckung. Wir haben Ewigkeiten immer viel Geld für Alttextilien bekommen, dann ist der Markt eingebrochen. Es gab immer viel Geld für Altpapier. Dann ist der Markt da eingebrochen. Es gibt viel zu viel Papier. Die Unternehmen sind gar nicht mehr scharf darauf, einem das abzunehmen. Inzwischen muss man eher Geld dafür zahlen, als dass man Geld bekommt.

Wir haben deutlich mehr Müllaufkommen, zum Beispiel Sperrmüll. Ich will auch einmal sagen, dass die Pandemie durchaus auch Einfluss auf das Müllvorkommen hat. Jeder hat seinen Keller ausgerümpelt oder den Dachboden. Wir haben deutlich mehr Sperrmüll durch den Lockdown als all die Jahre vorher. Die Menschen hatten Zeit. Wir haben auch generell mehr Hausmüll im Lockdown. Warum? Auch hier hatten die Menschen Zeit. Sie mussten im Homeoffice selbst kochen. Selbst bei uns, ich kann das sagen, ist es deutlich zu spüren gewesen, wenn jemand immer zu Hause ist, der sonst in der Kantine isst und dann eben die Lebensmittel heranschafft und nicht nur Biomüll produziert, sondern auch anderen Müll. Das geht vielen so.

Wir haben aber auch deutlich mehr in den Jahren – es gibt den Trend zum Takeaway –, dass man Einwegverpackungen –. Da sind wir ja gerade dabei, auf Mehrweg umzustellen, dafür zu werben. Es gibt das Bündnis für Mehrweg, aber wir haben im öffentlichen Raum wirklich viele Einwegverpackungen, die die Mülleimer füllen, die oft gelehrt werden müssen. Es wurde auch schon gesagt: Wir haben eine Vielzahl von neuen Mülleimern aufgestellt, weil das eben ein Beitrag zu einer sauberen Stadt ist.

Aber, wir haben auch das Problem – Arno Gottschalk hat es gesagt – von den illegalen Ablagerungen, die massiv sind. Es gibt Hotspots, da kommt man schon nicht mehr hinterher. Da wird abgeräumt und am nächsten Tag ist dort wieder eine illegale Ablagerung oft durch weiße Sprinter, oft mit niedersächsischem Kennzeichen. Das muss man auch einmal sagen, dass wir das hier auffangen.

Es gibt eine veränderte Kostenstruktur und höhere Leistungsentgelte im Rahmen der Dienstleistungsverträge. Die Löhne der Mitarbeitenden der Abfalllogistik sind angestiegen. Das finden wir fair, und Herr Rupp hat das gesagt: Wer diese Arbeit für uns alle jeden Tag erledigt, der soll das nicht zu einem Dumpingpreis machen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Wir haben die Recyclingstationen übernommen, meine Damen und Herren, auch das waren ja hier lange Debatten, und wir wollen die Recyclingstationen auch verbessern. Wir haben uns auch dafür ausgesprochen, alle zu erhalten und auch dort den Mitarbeitenden einen ordentlichen Lohn, nämlich möglichst einen TVöD, zu zahlen.

Die Mehrkosten im Bereich der Einsammlung und Entsorgung haben sich geändert. Auch da gibt es allgemeine Preissteigerungen sowie steigende Zahlen im Bereich der Bioabfall- und Papiergefäße. Die Leerungshäufigkeit hat sich erhöht, wir haben beim Kunden- und Gebührenmanagement eine kontinuierliche Besetzung von unbesetzten Stellen sowie eine Investition in eine zukunftsfähige IT-Struktur vorgenommen.

Zu den Recyclingstationen habe ich schon etwas gesagt. Die Auswirkungen der geänderten Kostenstruktur durch die Ausschreibung der Leistungen in 2017 bedeuten einmal eine degressive Kostenstruktur, also abnehmende Entsorgungs- und Logistikkosten von größeren Behältern. Es gibt einen Vorteil für Nutzende von größeren Behältern im Vergleich zu kleinen Gefäßen. In Großwohnanlagen haben wir meistens Großgefäße, 1 100-Liter- oder 770-Liter-Gefäße, die da zum Einsatz kommen. Das trägt zu einer degressiven Ausgestaltung und zu einer sozialen Ungewogenheit bei.

Dann will ich auch noch etwas sagen: Wir müssen genau diesen Spagat hinbekommen, Anreize zur Abfallvermeidung zu schaffen. Das wollen wir aus Umweltgesichtspunkten, und deswegen wollen wir auch eine Verringerung der Mindestleerung. Gleichzeitig müssen wir es vermeiden, Fehlanreize zur Nutzung illegaler Entsorgungswege zu schaffen. Es nützt auch nichts, wenn wir die Mindestleerung soweit reduzieren, dass die Leute am Ende ihren Müll irgendwo an den Straßenrand werfen. Auch das kann man im Übrigen sehen.

Ein Grund im Übrigen, das will ich auch einmal als Beispiel nennen, auf der A 270, warum ich beauf-

tragt habe, dass die Straßenrandsäuberung mehrmals stattfindet als nur einmal im Jahr: Und dann stellt man fest, nach zwei Wochen sieht es genauso schlimm aus wie vorher. Aber, das kostet ein Heidegeld, und darum geht es: Wir wollen die Menschen animieren, Müll möglichst einzusparen, am besten zu vermeiden, aber dann auch zu trennen. Aber, wir dürfen ihnen auch nicht den Anreiz geben, um Kosten zu sparen, alles auf die Straße zu werfen.

Nach sieben Jahren Gebührenstabilität konnte jetzt eine ausgewogene und gerechte Gebührenanpassung aufgrund einer soliden Gebührenbedarfsberechnung und -kalkulation vorgelegt werden. Neben der Gebührenanpassung erfolgt die Anpassung des Abfallortsgesetzes an die sich geänderten gesetzlichen Regelungen, einmal nämlich an das Kreislaufwirtschaftsgesetz, an das Elektro- und Elektronikgerätegesetz, an das Batteriegesezt und an das Verpackungsgesetz.

Ich will jetzt nicht noch einmal aufzählen, was es alles an Verbesserungen gegeben hat – das haben viele gemacht –, sonst sagt Herr Buhlert wieder, wir wollen das alles nur abfeiern. Aber, es ist wirklich schon viel für eine Verbesserung gemacht worden. Das fängt damit an, dass wir auch aufgrund der Pandemiebedingungen zum Beispiel anfangen, morgens früher den Müll einzusammeln, weil das den Betriebsablauf entzerzt, aber, es führt wirklich auch zu einer deutlichen Verbesserung.

Ich will noch am Ende etwas zu dem Einwand der CDU sagen, das Gebührensystem sei nicht sozial ausgewogen, da die Bewohner:innen zum Beispiel von den Großwohnanlagen bestimmte Leistungen, die über die Restmüllgebühr finanziert werden, nicht nutzen können. Dazu möchte ich einmal anmerken, dass dies keine Kritik an der aktuell geplanten Anpassung ist, sondern ehrlicherweise an der Gesamtgebührensensystematik und die besteht ja schon seit vielen Jahren.

Aber, wir müssen uns auch einmal überlegen, was wir wollen. Woanders müssen Sie für die Abfuhr von Biomüll bezahlen. Hier in Bremen ist es umsonst. Woanders müssen Sie für den Sperrmüll bezahlen. Hier bekommen Sie erst einmal auch eine Abholung umsonst. Es ist am Ende nicht so trivial, wie man denkt, sondern es ist wirklich eine Abwägung der verschiedensten Komponenten. Das Wichtigste für uns, hatte ich gesagt, das ist, schon auch faire Preise zu zahlen, aber es sind auch ökologische Anreize.

Wir haben sicherlich nicht vor, jetzt ständig die Gebühren zu erhöhen, ich zumindest nicht, allein weil man sich damit politisch nicht besonders beliebt macht. Aber, wir kommen nicht darum herum, es zu machen, auch wenn wir für Gebührenstabilität einstehen, weil es eben auch Rahmenbedingungen gibt, die wir von Bremen aus gar nicht beeinflussen können. Aber, wir wollen das, was wir mit der Rekommunalisierung verbunden haben, nämlich ökologische Standards, faire Bedingungen aber auch eine möglichst große Gebührenstabilität weiter erhalten. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Gemäß § 62 Absatz 7 unserer Geschäftsordnung lasse ich zunächst über den Änderungsantrag abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE mit der Drucksachen-Nummer [20/641 S](#) zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen CDU, FDP, Abgeordneter Peter Beck [BIW], Abgeordneter Heinrich Löhmann [AfD], Abgeordneter Frank Magnitz [AfD])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Änderungsantrag zu.

Wir kommen jetzt zum Ortsgesetz selbst: Wer das Ortsgesetz zur Änderung ortsrechtlicher Regelungen im Bereich der kommunalen Abfallentsorgung – unter Berücksichtigung der soeben vorgenommenen Änderungen – beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen CDU, FDP, Abgeordneter Peter Beck [BIW], Abgeordneter Heinrich Löhmann [AfD], Abgeordneter Frank Magnitz [AfD])

Stimmenthaltungen?

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz mit Änderungen.

**172. Ortsgesetz über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für die Grundstücke innerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans 2535 für ein Gebiet in Bremen-Obervieland zwischen Kattenturmer Heerstraße, Neuenlander Straße und dem Flughafen Bremen
Mitteilung des Senats vom 23. November 2021
(Drucksache [20/623 S](#))**

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Ortsgesetz beschließen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(FDP, Abgeordneter Heinrich Löhmann [AfD], Abgeordneter Frank Magnitz [AfD])

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

**Erstes Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Haushaltsjahr 2021
Mitteilung des Senats vom 30. November 2021
(Drucksache [20/632 S](#))**

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen CDU, FDP, Abgeordneter Heinrich Löhmann [AfD], Abgeordneter Frank Magnitz [AfD])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

**Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 23
vom 3. Dezember 2021
(Drucksache [20/638 S](#))**

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(Abgeordneter Heinrich Löhmann [AfD], Abgeordneter Frank Magnitz [AfD])

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen entsprechend.

**Viertes Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über die Beiträge für die Kindergärten und Horte der Stadtgemeinde Bremen und Vorlage des Evaluierungsberichtes
Mitteilung des Senats vom 7. Dezember 2021
(Drucksache [20/640 S](#))**

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Ortsgesetz zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen.

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen CDU, FDP, Abgeordneter Heinrich Löhmann [AfD], Abgeordneter Frank Magnitz [AfD])

Stimmenthaltungen?

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Damit sind wir am Ende der Tagesordnung angekommen. Ich wünsche Ihnen allen einen schönen Abend und wir sehen uns hoffentlich gesund und munter morgen zur Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) wieder. Ich schließe die Sitzung. – Danke!

(Schluss der Sitzung 18:26 Uhr)

Anhang zum Plenarprotokoll

Schriftlich vom Senat beantwortete Anfragen aus der Fragestunde der Stadtbürgerschaft vom 7. Dezember 2021

Anfrage 6: Landesmindestlohn bei der Fremdvergabe von Reinigungsleistungen durch Immobilien Bremen

Anfrage der Abgeordneten Ingo Tebje, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 16. November 2021

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Reinigungsaufträge vergibt Immobilien Bremen und kommt dabei der Landesmindestlohn zur Geltung?
2. Gibt es dabei Unterschiede zwischen Objektvergaben und Vertretungsaufträgen?
3. Wie kontrolliert Immobilien Bremen gegebenenfalls die Einhaltung des Landesmindestlohns?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Die Immobilien Bremen AöR vergibt jegliche Aufträge gemäß der zum Ausschreibungszeitpunkt gültigen vergaberechtlichen Vorgaben zum anzuwendenden Mindestlohn. Die diesbezüglich für Dienstleistungsaufträge, worunter auch Reinigungsaufträge zu fassen sind, maßgeblichen Vorgaben ergeben sich aus den §§ 9, 11 und 12 des Bremischen Tariftreue- und Vergabegesetzes.

Die Pflicht zur Vereinbarung des Landesmindestlohns folgt aus § 9 des Tariftreue- und Vergabegesetzes. Dieser ist danach jedoch in seiner Anwendbarkeit beschränkt auf Verfahren ohne Binnenmarktrelevanz, sogenannte nationale Verfahren, welche geringere Auftragsvolumen aufweisen. Die diesbezügliche Wertgrenze liegt bei Dienstleistungsaufträgen derzeit bei 214 000 Euro netto des geschätzten Auftragswertes und erhöht sich in 2022 auf 215 000 Euro. Sofern der geschätzte Auftragswert darüber liegt, muss verpflichtend ein EU-weites Vergabeverfahren durchgeführt werden.

Neben dem Landesmindestlohn finden auch der allgemeine Bundesmindestlohn und die bundesweit geltenden Branchenmindesttariflöhne gemäß § 11 Tariftreue- und Vergabegesetz in den

Reinigungsaufträgen von Immobilien Bremen (IB) Anwendung. Im Zusammenspiel dieser verschiedenen Mindest- und Tariflöhne ist der für die bei dem konkreten Auftrag eingesetzten Arbeitnehmer:innen günstigste Lohn letztlich maßgeblich.

Solange und soweit der allgemeinverbindliche und nach Arbeitnehmerentsendegesetz gesicherte Tariflohn der Gebäudereinigung die mit der Auftragsausführung befassten Arbeitnehmer:innen besserstellt, entfaltet der Landesmindestlohn keine eigenständige Wirkung. Des Weiteren begrenzen die vergaberechtlichen Regelungen Bremens die Anwendung in der Höhe auf den vereinbarten, das heißt, den zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses jeweils gültigen Landesmindestlohn.

Nach aktuellem Stand bestehen seitens IB 369 Beauftragungen an gewerbliche Reinigungsunternehmen, davon sind circa 275 im nationalen Verfahren durchgeführt worden. Ein Großteil der 275 Aufträge ist vergeben worden, als der Tariflohn oberhalb des Landesmindestlohns lag, sodass der Branchenmindestlohn anzuwenden war. Seit 2019, als der Landesmindestlohn erstmalig höher als der damalige Tariflohn der Gebäudereinigung war, sind 14 Vergaben mit dem damaligen Landesmindestlohn von 11,13 Euro pro Stunde vorgenommen worden. Seit Gültigkeit des aktuell geltenden Landesmindestlohns in Höhe von zwölf Euro pro Stunde sind vier nationale Verfahren durchgeführt worden.

Zu Frage 2: Es gibt keine Unterschiede in der Vergabe von Vertretungsaufträgen und Objektvergaben. Unterschiede ergeben sich ausschließlich durch die je nach Auftragshöhe anzuwendenden vergaberechtlichen Bedingungen.

Zu Frage 3: Vergebene Aufträge werden der Sonderkommission Mindestlohn für die Kontrolle der Arbeitsbedingungen gemeldet. Die Sonderkommission Mindestlohn wählt aus den ihr gemeldeten Aufträgen Stichproben aus und ordnet diese zur Kontrolle durch den jeweiligen Auftraggeber an. In den letzten Jahren befanden sich hierunter auch mehrere Reinigungsaufträge von IB. Angeordnete Kontrollen werden durch IB umgehend durchgeführt. IB beauftragt dazu die „Gesundheit Nord Dienstleistungen GmbH“ mit der Durchführung der Kontrolle durch Vorlage der Lohnabrechnungen.

Anfrage 7: Entstehen Schüler:innen, die sich bei Klassenfahrten in Schullandheime für vegetarische beziehungsweise vegane Kost entscheiden, Mehrkosten?

Anfrage der Abgeordneten Philipp Bruck, Christopher Hupe, Jan Saffe, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16. November 2021

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet es der Senat grundsätzlich, wenn Schüler:innen im Rahmen einer Klassenfahrt für vegetarische beziehungsweise vegane Kost mehr bezahlen müssen als für die dort regulär angebotenen Fleisch- beziehungsweise Fischgerichte, und wie bewertet der Senat die Forderung, dass vor dem Hintergrund der Klimakrise pflanzliche Kost stets günstiger sein sollte als tierische?

2. Mussten Schüler:innen, die sich in den letzten fünf Schuljahren an Schullandheimen im Rahmen einer Klassenfahrt für den Verzehr von vegetarischer beziehungsweise veganer Kost entschieden haben, mehr bezahlen als Schüler:innen, die die regulär angebotene Kost gewählt haben, wie hoch waren die Mehrkosten, und welche Gründe wurden hierfür benannt?

3. Wie stellt der Senat sicher, dass zukünftig Schüler:innen, die sich im Rahmen einer Klassenfahrt für vegetarische beziehungsweise vegane Kost entscheiden, hierfür zumindest nicht mehr idealerweise aber sogar weniger bezahlen müssen als ihre Mitschüler:innen, die die regulär angebotene Kost gewählt haben?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Pflanzliche Kost und deren vermehrter Verzehr werden vor allem mit Blick auf die Gesundheit und den Genuss der Kinder und Jugendlichen, aber auch vor dem Hintergrund der Klimakrise vom Senat positiv bewertet. Die Preisentwicklung der pflanzlichen Kost unterliegt wie die Preisentwicklung insgesamt einer Vielzahl von Faktoren, auf die der Senat kaum Einfluss ausüben kann. Der Senat ist der Auffassung, dass die Kosten für unterschiedliche Gerichte auf Klassenfahrten nicht differieren sollten, um zu verhindern, dass Schüler:innen aus finanziellen Gründen ein bestimmtes Essen nicht wählen. Mit den „Richtlinien über Schulfahrten und Exkursionen“ wird den öffentlichen Schulen in der Stadtgemeinde Bremen vorgegeben, dass

die Jahrgangsstufen eins bis sechs für Klassenfahrten grundsätzlich nur die Angebote der Bremer Schullandheime nutzen sollen.

Die zehn Einrichtungen der Bremer Schullandheime werden alle von privaten Trägervereinen geführt und stehen gemeinsam als Arbeitsgemeinschaft Bremer Schullandheime (ArGE) in Kooperation mit der Senatorin für Kinder und Bildung. Hierdurch soll den Bremer Schulklassen ein vielfältiges und zugleich vereinheitlichtes Angebot für Klassenfahrten zur Verfügung gestellt werden. Selbstverständlich wird auf Wunsch in allen bewirtschafteten Schullandheimen der ArGE auch vegetarisches und veganes Essen, sowie auch Essen für Menschen mit Unverträglichkeiten, Allergien und Diäten, angeboten. In den Selbstversorgerheimen regeln das die Gruppen eigenverantwortlich.

Zu Frage 2: Grundsätzlich bieten alle Schullandheime der ArGE den Schulklassen die Unterkunft zu einer festgelegten Tagespauschale, Übernachtungspreise inklusive Verpflegung, an, sodass eine preisliche Differenzierung zwischen den angebotenen Essen nicht erfolgt. Nur in einem Bremer Schullandheim besteht für den Fall, dass nicht alle aus der Gruppe die ganze Woche vegetarisches Essen wählen, die besondere Regelung, dass für einzeln angemeldete Essen ein Aufpreis von drei Euro pro Schüler:in pro Tag erhoben wird. Da hiervon nur vereinzelt Schüler:innen betroffen waren, können zu den Mehrkosten keine Aussagen getätigt werden, weil der Trägerverein dieses Schullandheims hierüber keine Statistik führt.

Zu Frage 3: Die Senatorin für Kinder und Bildung wird die ArGE auffordern, bei den Trägervereinen der Bremer Schullandheime sicherzustellen, dass den Schüler:innen, die sich bei Klassenfahrten in Schullandheime für vegetarische beziehungsweise vegane Kost entscheiden, keine Mehrkosten entstehen.

Anfrage 8: Photovoltaikanlage für das neue Hallenbad in Horn

Anfrage der Abgeordneten Ingo Tebbe, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 16. November 2021

Wir fragen den Senat:

1. Warum sind beim Neubau des neuen Hallenbades Horn keine Photovoltaikanlagen auf dem Dach installiert worden?

2. Ist auf dem Dach oder auf den Parkplatzflächen eine nachträgliche Installation möglich?

3. Inwiefern setzt sich der Senat dafür ein, dass bei weiteren Neubauten beziehungsweise Badsanierungen die Dach- und Parkplatzflächen mit Photovoltaikanlagen versehen werden?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Als das Horner Bad im Jahr 2018 abschließend geplant worden ist, hat es keine gesetzliche Vorgabe zur Installation von Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Neubauten gegeben. Aufgrund der zum Planungszeitpunkt geltenden Regelungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes wäre die Investition wirtschaftlich zu dem nicht rentabel gewesen.

Zu Frage 2: Die Statik des Gebäudes erlaubt es nicht, eine Photovoltaikanlage nachzurüsten. Die Parkplatzflächen bieten aufgrund der Bepflanzung mit Bestandsbäumen sowie der engen baulichen Beschaffenheit ebenfalls kein Potenzial für eine Ausstattung mit Photovoltaikanlagen.

Zu Frage 3: Der Senat hält die Ausstattung von öffentlichen Neubauten mit Photovoltaikanlagen im Sinne des Klimaschutzes für dringend geboten. Gemäß der seit Anfang 2020 geltenden Baustandards Bremens sind Gebäude, die ab diesem Zeitpunkt geplant werden, regelmäßig mit PV-Anlagen auszustatten. Zur weiteren Umsetzung des Beschlusses der Bremischen Bürgerschaft „Bremen und Bremerhaven zu Solar Cities machen!“ aus dem Juni 2020 wird zudem die Eignung bestehender Gebäude für die Errichtung von PV-Anlagen geprüft. Eine Ausstattung des Westbades mit Photovoltaikanlagen wird daher geprüft. Im Rahmen des in Planung befindlichen Teilneubaus und der Sanierung des Freizeitbads Vegesack ist die Errichtung einer Photovoltaikanlage mit 60 Kilowatt-Peak vorgesehen.

PV-Anlagen über Parkplatzflächen sind derzeit kein Standard. Auch wenn verschattungsfreie Flächen verfügbar sein sollten, sind solche Anlagen wegen der aufwändigen Aufständigung erst ab einer bestimmten Größenordnung und dem entsprechenden Eigenverbrauch wirtschaftlich darstellbar.

Anfrage 9: Mit sicherem Gefühl ins Theater – Angebot von 2G-Plus-Abenden in Bremer Kultureinrichtungen

Anfrage der Abgeordneten Kai-Lena Wargalla, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 16. November 2021

Wir fragen den Senat:

1. Wie stellt sich aktuell die Besucher:innensituation in Bremer Theatern, Konzerthäusern und weiteren Kultureinrichtungen, besonders auch im Vergleich zu den Publikumszahlen vor der Pandemie, dar? Bitte einzeln ausführen.

2. Wie beurteilt der Senat den Vorschlag, Kulturveranstaltungen mit 2G oder 2G-Plus, zumindest aber wechselnd sowohl mit 2G- oder 2G-Plus, als auch mit 3G-Hygienekonzepten anzubieten, um sicherere Veranstaltungen für die Menschen zu ermöglichen, die dies wünschen, und welche Erkenntnisse hat der Senat beispielsweise aus anderen Städten, wie sich dies auf die Publikumszahlen auswirkt?

3. Wie hoch schätzt der Senat die Quote der Ungeimpften in der Zielgruppe dieser Kultureinrichtungen, basierend auf soziodemografischen Kennzahlen, ein?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Beim Theater Bremen liegen aktuell die Besuche um rund 30 Prozent unter den Durchschnittswerten der letzten Jahre. Auch in anderen Häusern kann ein Besucher:innenrückgang von rund 25 bis 30 Prozent festgestellt werden. Einige Theater bieten weiterhin nur reduzierte Platzkapazitäten an, die dann aber weitgehend bis 80 oder gar 100 Prozent besetzt werden können.

In der Glocke sind deutlich weniger Besucher:innen als vor der Pandemie zu verzeichnen – und zwar bei fast allen Veranstaltungen, sei es denen der Glocke selbst oder im Vermietgeschäft. Die Abonnements bei den Philharmonikern und auch bei der Kammerphilharmonie sind bis zum Jahresende ausgesetzt. Daher werden momentan nur Einzeltickets verkauft. Der Publikumsbesuch ist sehr zurückhaltend. Es ist bei den Theatern und Konzertveranstaltern eine insgesamt sehr starke Verunsicherung im Publikum festzustellen.

Das Focke-Museum stellt Besucher:innenrückgänge fest, das Übersee-Museum weniger. Der August und Oktober lag dort über dem Durchschnitt der letzten Jahre, Mai und Juni unter dem Durchschnitt und Juli sowie September im Durchschnitt. In der Kunsthalle waren die Besucherzahlen in den Ausstellungen im Sommer 2021 noch auf einem normalen Niveau. Dennoch wurden die für Winter geplanten Besucherzahlen einer Sonderausstellung nicht erreicht. Nach den Sommerferien brachen die Zahlen dann ein.

Im Bereich der kulturellen Bildung, zum Beispiel Volkshochschule (VHS) und Musikschule haben die Besuchs- oder Belegungszahlen erhebliche Einbrüche erlitten, die sich nur langsam stabilisiert hatten und aktuell wieder rückläufig sind. Im Bereich der Stadtkultur- und Stadtteilkultureinrichtung hat es insbesondere bei den Kulturveranstaltungen starke Einbrüche der Besuchszahlen gegeben, Schlachthof um 90 Prozent, Lagerhaus um 60 Prozent. Bei den Gruppen und Kursangeboten, den offenen Bereichen und sonstigen Veranstaltungen hat es starke Rückgänge gegeben, die sich noch nicht wieder erholt haben.

Aufgrund der Vielzahl der Kultureinrichtungen kann im Rahmen der Fragestunde nur eine erste Übersicht gegeben werden. Eine vertiefende, tabellarische Berichterstattung ist natürlich – etwa im Rahmen der Kulturdeputation – möglich.

Zu Frage 2: Am 25. November 2021 ist die Veränderung der 29. Coronarechtsverordnung in Kraft getreten. Danach gilt in der aktuellen Warnstufe 2 nunmehr 2G in allen Theatern, Konzerthäusern, Opern, Kinos und Museen und bei allen Kulturveranstaltungen. Erkenntnisse aus anderen Städten, wie sich eine 2G-Regelung spezifisch auswirkt, liegen dem Senat nicht vor.

Zu Frage 3: Es liegen dem Senat keine soziodemografischen Kennzahlen hinsichtlich Besuchern und Besucherinnen der bestimmten Kultureinrichtungen und deren Impfquoten vor.

Anfrage 10: Wann gibt es Planungssicherheit für das Klinikum Links der Weser?

Anfrage der Abgeordneten Rainer Bensch, Sandra Ahrens, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 23. November 2021

Wir fragen den Senat:

1. Welchen Stellenwert hat das Klinikum Links der Weser im Rahmen der Medizinstrategie, und welche Fachbereiche sind hierfür von besonderer Bedeutung?

2. Wann erfolgt die Investition in ein neues Bettenhaus und wie ist hierfür die Finanzierung gesichert?

3. Wer vertritt in welcher Funktion und mit welchen Zielvorgaben das Ressort der Senatorin für Gesundheit am „Runden Tisch Klinikum Links der Weser“?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Der Aufsichtsrat der Gesundheit Nord – Klinikverbund Bremen gGmbH (GeNo) hat sich in einer Sondersitzung am 7. Mai 2021 mit den Eckpunkten des Medizinstrategischen Konzepts der Gesundheit Nord befasst. Die GeNo versteht sich als Klinikverbund der Maximalversorgung. Für jeden der vier Standorte des Klinikverbundes wurde dazu ein Zielbild erstellt. Das Zielbild des Klinikums Links der Weser wird darin wie folgt beschrieben: Maximalversorger für Herz-Gefäßmedizin und Intensiv- und Notfallmedizin Regionaler Schwerpunktversorger für Allgemeine Innere Medizin und Chirurgie.

Der Controllingausschuss der Bremischen Bürgerschaft wurde zu seiner Sitzung am 12. Mai 2021 mit dem Bericht der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz umfassend über die „Grundzüge der Medizinstrategie der Gesundheit Nord gGmbH“ informiert.

Zu Frage 2: Im Rahmen der Aufsichtsratsbefassung zu den Eckpunkten der Medizinstrategie am 7. Mai 2021 wurde die Geschäftsführung der GeNo beauftragt, eine aktualisierte Bauzielplanung vorzulegen, die auch eine Lösung für das Bettenhaus am Klinikum Links der Weser umfassen soll. Der Aufsichtsrat der GeNo wird sich im 1. Halbjahr 2022 damit befassen.

Die Sicherung der Finanzierung kann erst nach einer abschließenden Entscheidung zum weiteren Vorgehen vorgenommen werden. Daher besteht diese zum jetzigen Zeitpunkt nicht. Selbstverständlich stellt die Erörterung unterschiedlicher Finanzierungsmöglichkeiten einen wesentlichen Aspekt der Abstimmungen und Überlegungen dar.

Zu Frage 3: Nach Kenntnisstand des Fachresorts wurde der runde Tisch durch den Beirat Obervieland bislang noch nicht einberufen. Die Senatorin für Gesundheit wird sich am runden Tisch mit einer/einem kompetenten Vertreter:in beteiligen. Zielvorgaben gibt es nicht. Die Beratungsergebnisse des runden Tisches fließen soweit als möglich und soweit mit den zukünftigen Anforderungen an eine Krankenhausversorgung für die Stadt Bremen vereinbar in die Krankenhausplanung ein.

Anfrage 11: Straßenbahnverlegung aus der Obernstraße
Anfrage der Abgeordneten Hartmut Bodeit, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 30. November 2021

Wir fragen den Senat:

1. Wann wird die im Strategiepapier „Centrum Bremen 2030+“ hinterlegte Machbarkeitsprüfung für die Straßenbahnverlegung aus der Obernstraße ausgeschrieben und in Auftrag gegeben?
2. Wann soll nach Auffassung des Senats das Ergebnis der Machbarkeitsprüfung spätestens vorliegen?
3. Welche Kosten werden durch die Beauftragung der Machbarkeitsprüfung entstehen, und inwiefern sind diese im Doppelhaushalt 2022/2023 hinterlegt?

Antwort des Senats:

Zu Fragen 1 bis 3: Der Senat hat am 19. November 2021 die Vertiefung des Innenstadtkonzeptes „Strategie Centrum Bremen 2030+ Lebendige Mitte zwischen Wall und Weser“ als Orientierungsrahmen für die künftige Entwicklung der Bremer Innenstadt zur Kenntnis genommen. Kernziele dieser Vorlage, sind die Verbesserung des Erlebens und der Aufenthaltsqualität in der Innenstadt insgesamt und auch der Martinstraße, die in einem entsprechenden Planungsprozess als Stadt- und Verkehrsraum dauerhaft umgestaltet werden soll. Bei der Vorbereitung der Beauftragung der vorgesehenen Machbarkeitsuntersuchung sollten die Verkehrsversuche Martinstraße berücksichtigt werden. Der Verkehrsversuch wird seit dem 24. Juli 2021 bis zum 18. April 2022 durchgeführt.

Die Versuchsphasen werden mit Blick auf die Ziele der Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplans und der „Strategie Centrum Bremen 2030+“ evaluiert. Die Bearbeitung einer Machbarkeitsuntersuchung kann daher zurzeit noch nicht abschließend terminiert werden, daher können die weiteren Fragen nicht beantwortet werden.

Die aktuellen Personalressourcen im Bereich Straßenbahnnetzausbau werden neben den Projekten Linie 1 und 8 nach Huchting, Stuhr und Weyhe, Querverbindung Ost, Straßenbahn in die Überseestadt in die Vorbereitung einer Machbarkeitsuntersuchung für die Verlängerung der Straßenbahn von Sebaldsbrück nach Osterholz eingesetzt. Die reinen externen Kosten einer Machbarkeitsstudie werden zurzeit mit circa 770 000 Euro angenommen.

Konsensliste

Von der Stadtbürgerschaft in der 31. Sitzung nach interfraktioneller Absprache beschlossene Tagesordnungspunkte ohne Debatte.

Nr.	Tagesordnungspunkt	Beschlussempfehlung
13.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan 109 (mit Vorhaben- und Erschließungsplan) für den Neubau einer Einrichtung für Menschen mit Beeinträchtigungen zwischen Heriwardstraße Nr. 15 (rückwärtig), Richthofenstraße, An Rauchs Gut und Chaukenhügel in Bremen Burglesum (Bearbeitungsstand: 04.08.2021) Mitteilung des Senats vom 23.11.2021 (Drucksache 20/624 S)	Die Stadtbürgerschaft beschließt den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan 109.
14.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan 110 (mit Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung von Wohngebäuden zwischen der Straße Fährer Flur, der Bundesautobahn A270, der Martin-Ecks-Straße und dem Grundstück Fährer Flur Nr. 43 in Bremen-Vegesack (Bearbeitungsstand: 27.07.2021) Mitteilung des Senats vom 23.11.2021 (Drucksache 20/625 S)	Die Stadtbürgerschaft beschließt den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan 110.
18.	Erstes Ortsgesetz zur Änderung der Kostenordnung für die Feuerwehr der Stadtgemeinde Bremen Mitteilung des Senats vom 30.11.2021 (Drucksache 20/633 S)	Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Frank Imhoff
Präsident der Bremischen Bürgerschaft